

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 2,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 2,50 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Verzeichnungs-
 Liste für 1898 unter Nr. 7578.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolonnen-
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr
 vormittags geöffnet.

Korrespondent: Amt 1, Nr. 1608.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Dienstag, den 28. Juni 1898.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Die Handlanger der Reaktion.

Wie recht wir mit unseren Ausführungen über das niedrige politische Niveau des deutschen Bürgerthums und die Prinzipien- und Charakterlosigkeit selbst der demokratischeren Schichten des deutschen Bürgerthums gehabt haben, und wie nothwendig es ist, daß wir die Grenzlinie zwischen uns und den bürgerlichen Parteien scharf ziehen und keine Verwischung dulden, das hat der Verlauf dieser Reichstagswahl und namentlich der Stichwahlen in hellster und grellster Beleuchtung gestellt. Die skandalösen Vorkommnisse in Frankfurt a. M., wo die bürgerliche „Demokratie“ sich der Entwicklung zu höchster Reinheit rühmt und als patentirte Musterdemokratie vor die Welt tritt — diese Skandale sind in frischem Gedächtniß.

Die „Demokratie“ — pour rire (zum Lachen) — scharte sich dort unter einer Sammellandidatur, welche alle bürgerlich-kapitalistischen Elemente von Riquel bis hinunter zu Sonnemann umfaßte; und das Organ dieser Musterdemokratie schimpft seit vier Tagen rohrspañemäßig auf uns, weil wir diese schmachvolle Prostitution nach Verdienst gebrandmarkt haben!

Noch deutlicher als bei der Hauptwahl ist aber die politische Verkommenheit unseres Bürgerthums bei den Stichwahlen hervorgetreten. Fast überall in Deutschland warf sich das deutschliberale und „demokratische“ Bürgerthum brünstig in die Arme der Pfaffen und Junker, um Hand in Hand mit ihnen in brüderlicher Eintracht die Sammelhäh gegen die Sozialdemokratie mitzumachen. Fast kein Wahlkreis in Deutschland, wo das liberale und „demokratische“ Bürgerthum sich nicht förmlich dazu gedrängt hätte, der Reaktion Handlangerdienste zu leisten. Dieses Geschwätz! Dieses Geschwätz! Pfui Teufel. Wenn wir dieses Amdurchein-Wettrennen schmutziger Geschäftspolitik uns ansehen, dann entfährt dem Gaun unserer Zähne unwillkürlich das Wort des biederen Seume: „Wir Wilde sind doch bessere Menschen!“

Diese ecken Umarmungen und giftigen Bruderschmaße! Noch einmal: Pfui Teufel!

Wir Sozialdemokraten haben ehrlich gekämpft; ehrlich auf den Feind losgehauen, und unsere Niederlagen sind ebenso ehrlich und ehrenvoll, wie unsere Siege.

Wo wir Gegner bei der Stichwahl unterstützten, da geschah es nicht um schändlichen Lohn, sondern im Interesse der Partei — und keinem haben wir unser Wort gebrochen. Ein Wort — ein Mann und ein Sozialdemokrat!

Schauen wir nach Schwaben, wo die Ideal-Demokratie der demokratischen Musterpolitiker von Frankfurt wohnt — Sozialisten und Volkspartei standen dort im Kampf gegen die Riquel'sche Agrarier- und Junker-Sammelgesellschaft. Wir, unserem Programm und unserer Taktik getreu — wir unterstützten die Kandidaten der Volkspartei und verhalfen ihnen zum Sieg.

Und die Volkspartei? Feiertlich versprochen sie ihre Unterstützung — wir hatten kein Versprechen gefordert — und feiertlich haben sie ihr Wort gebrochen — alle unsere Kandidaten erlagen bei der Stichwahl.

Das ist das deutsche Bürgerthum! Und wer sind die „Handlanger der Reaktion“? Nicht überall hat das deutsche Bürgerthum so feige, so reaktionär und so kurzfristig gehandelt. In Baden hat es unseren Genossen Treu und Glauben gehalten — und wahrlich nicht zum Schaden des Bürgerthums!

Um von der schmachvollen Rolle, die das deutsche Bürgerthum in dieser Wahl gespielt hat, die Aufmerksamkeit abzulenken, erhebt die „Frankfurter Zeitung“, das Organ der deutschen Patent- und Musterdemokratie, einen Höllenpetardel und behauptet, der „Vorwärts“ sei schuld, daß das deutsche Bürgerthum zu dem Riquel'schen Sammel-Reaktionsvöll übergelaufen! Der „Vorwärts“ habe durch seinen „rohen Ton“ das Bürgerthum erbittert!

Das ist eine lächerlich-groteske Verwechslung von Ursache und Wirkung. Der „Frankfurter“ Verrath war ja die Ursache, daß der „Vorwärts“ die Geißel schwang und auf den Rücken der „Handlanger der Reaktion“ niedersausen ließ!

Und will die „Frankfurter Zeitung“ etwa behaupten, auch nur ein einziger der „volksparteilichen“ Wähler, die im „demokratischen“ Schwabenland für den Reaktionär stimmten, um den Sozialdemokrat zu Fall zu bringen, sei durch die Geißelstöße des „Vorwärts“ zu dieser Niedertracht veranlaßt worden.

Und welch wunderbare Logik! Der Verrath wird gebrandmarkt. Aus Aerger über die Brandmarkung wird der demokratische Rußhennsch Verräther! Handlanger der Reaktion!

O Logik! O Frankfurter Patent-Demokratie! Nächstens werden sie den „rohen Ton“, mit welchem das „Deutsche Strafgesetzbuch“ die Spitzbuben behandelt, dafür verantwortlich machen, daß in Deutschland so viel gestohlen wird!

Noch genug hiervon. Und von etwas anderem. Nieder mit den Stichwahlen! riefen bis vor kurzem kurzichtige Reaktionäre, die sich ärgerten, daß nicht alle Wähler in der Stichwahl reaktionär stimmten. Ob sie

heute noch so rufen werden? Wir bezweifeln es. Denn was verwerflich ist an den Stichwahlen: das Schachern und das Verhandeln der Wähler wie von Kuhherden — das kommt ja gerade den Herren Reaktionären zu gute und ist ein Lieblingsgeschäft der Reaktionäre. Und durch das französische System der „Ballotage“, nach welchem bei der zweiten Wahl die Aufstellung der Kandidaten ebenso frei und unbeschränkt ist wie bei der Hauptwahl, und nur der Unterschied besteht, daß nicht die absolute, sondern schon die relative Mehrheit den Wahlsieg giebt — auch durch dieses System wird dem Mandatschacher und Prinzipienverrath kein Ziel gesetzt. Gegenüber der Sozialdemokratie, die von allen kapitalistischen Parteien: den konservativen, liberalen und sogar demokratischen Parteien in gleichem Maße gefürchtet wird, sind alle kapitalistischen Parteien jederzeit zu jedem Schacher und Prinzipienverrath bereit.

Und doch rufen auch wir jetzt: nieder mit den Stichwahlen! Jedoch in etwas anderem Sinn, als unsere Gegner es bisher gethan. Wir verlangen keine Abänderung des Wahlverfahrens, — wir wissen ja, daß heute, wie die Dinge liegen, nur solche Abänderungen möglich sind, die eine Verschlechterung bedeuten.

Was wir meinen ist: unsere Genossen dürfen überhaupt nicht auf Stichwahlen rechnen. Wie sich bei den früheren Reichstagswahlen bereits erkennen ließ, wie sich aber bei der diesjährigen Wahl mit einer nicht abzuweisenden Ueberzeugungskraft ausgedrängt hat, haben wir Sozialdemokraten bei den Stichwahlen überall da, wo organisierte Parteien bestehen, eine geschlossene Koalition gegen uns, die in der Regel nicht zu überwinden ist, weil die kapitalistischen Parteien in dem Verwaltungsapparat des Staates, der Gemeinden und der Kirche ein Mittel besitzen, das es ihnen leicht macht, in der kurzen Frist zwischen Haupt- und Stichwahl einen Druck auszuüben, dem wir einen gleich starken Druck nicht entgegenstellen können. Bei den Stichwahlen bringen unsere Gegner, auch wenn sie öffentlich gar nicht agitieren, fast immer weit größere Wählermassen an die Wahlurne, als bei der Hauptwahl, auch wenn dieser eine noch so intensive Agitation vorausgegangen ist.

Das ist eine Thatfache, die zu ignoriren Thorheit wäre und aus der wir die Nutzenwendung zu ziehen haben. Sie lautet:

Organisation des Sieges für die Hauptwahl!

Für die Hauptwahl können wir Kräfte ins Spiel bringen, die den Machtapparat unserer Gegner aufwiegen. Und da gilt es denn, gleich in dem ersten Anprall eine Macht zu entwickeln, welche die der vereinigten Gegner übertrifft.

Ist der erste Anprall nicht siegreich, so ist die Schlacht schon zur Hälfte — und mehr! — verloren.

Bei guter Organisation sind wir aber im Stande, in einer weit, weit größeren Anzahl von Wahlkreisen, als wir heute besitzen und bisher besessen haben, eine genügende Macht zu entwickeln, um beim ersten Anprall zu siegen.

Also rechnen wir nicht mehr auf Stichwahlen!

Und beginnen wir unverzüglich mit der Organisation des Sieges für die nächsten Reichstagswahlen!

Nieder mit der Reaktion!
 Nieder mit den Handlangern der Reaktion!
 Hoch die internationale Sozialdemokratie!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. Juni.

Die Zusammensetzung des Reichstags. Unbekannt ist nur noch der Ausfall der Wahl in einem bayerischen Kreise, wo Zentrum und Bauernbund in Stichwahl stehen. Rechnen wir diesen Kreis vorläufig dem Zentrum zu, so stellt sich das Ergebnis der Wahl folgendermaßen. Die Wahlen der vorigen Wahlperiode werden dabei möglichst den ihnen am nächsten stehenden Parteien zugezählt. In Klammern wird die bisherige Fraktionsstärke angegeben:

Konservative 60 (64), Freikonservative 20 (24), Nationalliberale 47 (50), Freisinnige Volkspartei 30 (28), Freisinnige Vereinigung 12 (14), Süddeutsche Volkspartei 8 (12), Sozialdemokraten 66 (48), Zentrum 104 (98), Bayerischer Bauernbund 4 (4), Bund der Landwirthe 4 (0), Antisemiten 11 (16), Polen 14 (20), Dänen 1 (1), Elsässer 8 (9), Welfen 9 (7), Wilde 6.

Somit haben eingebüßt: Die Konservativen beider Fraktionen einschließlich der konservativen Wahlen 8 Mandate, die Süddeutsche Volkspartei 4, die Antisemiten 5, die Polen 6, die Freisinnige Vereinigung 2. Es haben gewonnen die Sozialdemokratie 8 Mandate, das Zentrum 6, die Freisinnige Volkspartei 2, die Welfen 2. Außerdem ist die neue Gruppe der reinen Vertreter des Bundes der Landwirthe mit nunmehr 4 Mitgliedern entstanden.

Die rechte Seite des Reichstags (Konservative, Freikonservative, Antisemiten und Bund der Landwirthe) haben also eine Einbuße um 9 Mandate erfahren. Das Zentrum nebst den Elsässern, Polen und Welfen, zusammengerchnet, hat eine Einbuße um 1 Mitglied erfahren, die Nationalliberale eine Einbuße von 3, die Süddeutsche Volkspartei eine Einbuße von 4 Mitgliedern, die Freisinnige Vereinigung eine solche von 2 Mitgliedern. Auf der andern Seite haben gewonnen die Sozialdemokraten 8, die Freisinnige Volkspartei 2 Mitglieder. —

Internationale Solidarität. Uns geht folgendes Schreiben zu:

Parteigenossen! Euer herrlicher Sieg macht unsere Gegner allerorts erbeben. Aber die klassenbewußten Proletarier aller Länder begrüßen die deutschen Sozialdemokraten aufs beste und beglückwünschen sie freudig.

Unser kleines Land, welches dicht an Eurer Grenze liegt, wo sich so mancher Reichsdeutsche oder Pole aus Oberschlesien im Zuge des Kapitalismus schindet, empfindet jede Regung bei Euch mehr als jedes andere.

Und deshalb ist die freudige Erregung über Euren Sieg bei uns nicht minder als anderswo.

Hoch die deutsche internationale Sozialdemokratie!
 Im Namen der organisierten deutschen, polnischen und tschechischen Sozialdemokraten Schließend:
 Folgen zahlreiche Unterschriften. —

Immer dasselbe Lied. Ausnahmegefesse her, so schrien die „Hamb. Nachr.“ vor der Wahl. Ausnahmegefesse her, so schreien sie erst recht nach der Wahl, nach den neuen großen Erfolgen der Sozialdemokratie. Der Berliner Korrespondent des Blattes weiß aus dem Wahlausgang keine andere Lehre zu ziehen als die folgende:

„Die Sozialdemokratie ist aber weder von ihren revolutionären Tendenzen zurückgekommen, noch hat sich die von ihr drohende Gefahr verringert. . . . Und was die Verringerung der Gefahr anbetrifft, so muß die dahin neigende Auffassung doch mindestens eigentümlich genannt werden gegenüber der Thatfache, daß die Sozialdemokratie seit der Richtererneuerung des Sozialistengesetzes, also im Verlauf von acht Jahren, um etwa drei Viertel Millionen Anhänger zugenommen hat. Wenn die Verringerung der sozialdemokratischen Gefahr in der Zunahme der umhüllenden Anhängerhaare bestände, so könnte man auch weiter wünschen, daß das Sozialistengesetz nicht wieder auflebe. Da aber das gerade Gegenheil Wahrheit ist, so müßte mit allen Mitteln die Erneuerung dieses Gesetzes angestrebt werden. Zahlmäßig läßt sich beweisen, daß die Zunahme der Sozialdemokratie unter dem Sozialistengesetz viel geringer war, als seit dem Jahre 1890. Man hat die Politik, welche Staat und Gesellschaft zur Erreichung aller nur möglichen Abwehr gegen die Sozialdemokratie veranlassen will, als eine Gewaltpolitik zu stigmatisiren versucht, viel eher wird diese Verachtung von der Politik verdient, welche die Hände in den Schooß legen will und in der Vergrößerung des unzufriedenen Anhangs eine Verringerung der sozialdemokratischen Gefahr erblickt, eines Tages aber die Revolution großgezogen haben wird und dann zu den äußersten Gewaltmitteln wird greifen müssen.“

Der zahlenmäßige Beweis, daß die Zunahme der Sozialdemokratie unter dem Sozialistengesetz weit geringer war, als seit dem Jahre 1890, dürfte den „Hamb. Nachrichten“ schwer werden. Sie mögen sich doch nur den Sprung der Partei von 1887 bis 1890 einmal in Erinnerung rufen. Die Sozialdemokratie ist unter dem Sozialistengesetz gediehen und sie ist ohne Sozialistengesetz gediehen.

Da die „Hamb. Nachrichten“ aber von den „äußersten Gewaltmitteln“ reden, die man werde anwenden müssen, wenn jetzt „die Hände in den Schooß gelegt werden“, so können wir sie hierüber durchaus beruhigen. Wir können ihnen nur wiederholt erklären: Die Sozialdemokratie wird der Bourgeoisie keine Gelegenheit geben, bis in die Anteen im Sozialistenblut zu waten, wie es die Gewaltpolitiker in und um Friedrichstraße wünschen. Die Diktatur der Junker und Kapitalisten über das Proletariat wird durch die wirtschaftliche Entwicklung untergraben, durchbrochen und fortgeschwemmt werden. Wenn bornirte Bismärker den Gang der Dinge mit Gewaltmitteln aufzuhalten versuchen, so wird das den Entwicklungsprozeß keineswegs aufhalten, sondern nur böse Begleiterscheinungen erzeugen.

Diese Einsicht den „Hamburger Nachrichten“ einzupauken, bilden wir uns allerdings nicht ein. Aber schon, um nicht allzusehr der Langeweile zu verfallen, sollte das Blatt auch einmal eine andere Melodie zu pfeifen versuchen. Das ewige Hasten nach einem neuen Sozialistengesetz ist nachgerade gar zu öde. —

Die Postbeamten und die Sozialdemokratie. Herr von Poddolski fählt sich benüßigt, seine Untergebenen vor der Sozialdemokratie zu warnen. Der Staatssekretär des Reichs-Postamts hat soeben an die ihm unterstehende Beamtenschaft einen sich gegen das Eindringen der Sozialdemokratie in die letztere werdenden Erlaß gerichtet, welcher durch die Vorleser der Verkehrsanstalten persönlich sämtlichen Beamten und Unterbeamten — Neueintretenden nach der Vereidigung — gegen „Anerkenntniß“ bekannt gegeben werden soll. In dem Erlaß heißt es: „Wiederholt ist neuerdings der Versuch gemacht worden, Angehörige der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung für die Bestrebungen der Sozialdemokratie zu gewinnen; auch sind mehrere Fälle zu meiner Kenntniß gelangt, in denen außerhalb der Verwaltung stehende Agitatoren in Versammlungen von Beamten das Wort geführt haben, um Unzufriedenheit zu erregen, die Maßnahmen der Behörden in gefährlicher Weise zu kritisiren und Zwietracht unter den verschiedenen Beamtenkategorien zu säen. Weimgleich ich überzeugt bin, daß der Geist der Pflichttreue in der Beamtenschaft auch für die Zukunft ein Bollwerk gegen das Eindringen sozialdemokratischer Bestrebungen bilden wird, so halte ich es doch für meine Pflicht, ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß jede Vetheiligung an sozialdemokratischen Bestrebungen mit den durch den Dienstfeld gelobten Amtspflichten unvereinbar ist, und daß deshalb Beamte, die derartigen Anschauungen Ausdruck geben, nicht im Dienst geduldet werden können. Unstatthaft ist es ferner, daß gewerdmäßigen Agitatoren in Beamtenversammlungen Gelegenheit geboten wird, durch aufreizende, die Organe der Reichsregierung und insbesondere die vorgeordneten Dienstbehörden herabsetzende

Neben die Gümmlichkeit vertrauensvollen Zusammenarbeitens und die Arbeitsfreudigkeit in der Beamtenschaft zu untergraben. Wer sich durch solche Agitation beeinflussen lässt, kann nicht erwarten, daß ihm das Vertrauen geschenkt wird, das für die Verwendung in verantwortlicheren Stellungen unerlässlich ist. Es ist die Pflicht der einflussreicheren Elemente in den einzelnen Beamtenschaftsklassen, allen die Dienstsucht lodenden und die Interessen des Standes schädigenden Einflüssen energig entgegenzuwirken und in ihren Kreisen mit allem Ernste dafür einzutreten, daß der Beamtenschaft das gegenseitige Vertrauen und die Berufsfreudigkeit erhalten bleiben, die zur Lösung der großen und wichtigen Aufgaben der Reichspost- und Telegraphenverwaltung unentbehrlich sind.

Die Beamten und Unterbeamten werden diese Warnung in Gemütsruhe zum Anerkennen nehmen und im übrigen lebhaft bedauern, daß der Herr Staatssekretär gegen die niedrige Entlohnung und überaus starke Ausnutzung der Arbeitskräfte in seinem Ressort, die weit mehr noch als die Sozialdemokratie geeignet ist, die Einmütigkeit vertrauensvollen Zusammenarbeitens und die Arbeitsfreudigkeit in der Beamtenschaft zu untergraben, immer noch keinen Erfolg von ähnlicher Eindringlichkeit herausgegeben hat.

Es bleibt wirklich unerfindlich, welchen Zweck die sozialistenfeindlichen Publikationen unserer höchsten Staatsbeamten anders haben sollten, als daß bisher indifferente Personen auf die Sozialdemokratie aufmerksam gemacht werden und dann deren Lehren mit immer wachsendem Eifer in sich aufnehmen. Oder glaubt der Herr Staatssekretär wirklich, daß es ihm gelingen wird, auch nur einen Mann aufzufischen, dem durch seine Warnungen ein nachhaltiges Gruseln vor uns beigebracht wäre?

Mit dem Scheitern der Brüsseler Juckerkonferenz wird man nunmehr ernstlich rechnen müssen. Die Konferenz, die seit dem 7. Juni mit mehrfachen Unterbrechungen beriet, hat sich am Sonnabend auf unbestimmte Zeit vertagt. Die belgische Regierung wurde zwar damit betraut, die Verhandlungen zwischen den beteiligten Regierungen fortzuführen, bis bestimmte Anträge die Schaffung eines internationalen Abkommens in Aussicht stellen würden. Indes verliefen die faktisch belagerten Verhandlungskonferenzen gewöhnlich auch nicht anders; die Vertagung in Brüssel wird man daher ebenfalls als eine höfliche und vorläufige Form des Verzichts auf weitere Verhandlungsversuche zwischen den Brüsseler Delegierten ansehen können — auch wenn die offiziöse Presse demnächst feierlich das Gegenteil versichern sollte.

Ein Scheitern für das Scheitern ist natürlich leicht gefunden. Diesmal ist es Frankreich, das zwar seine direkte Anschuldigung aufzugeben bereit ist, nicht aber seine indirekte Begünstigung, die durch die steuerliche Anrechnung einer geringeren Juckerabgabe aus den Rüben entsteht, als sie in Westfalen erzielt wird. Selbst England macht man Vorwürfe, weil es sich nicht verpflichtet will, den bei ihm später etwa noch eingeführten prämierten Jucker mit Strafzöllen zu versehen. Als die Klagen der westfälischen Plantagenbesitzer einen starken Wiederhall im englischen Hinterland fanden, schienen ähnliche Maßnahmen nicht unmöglich. Unterdeh hat sich England zu einer beträchtlichen unumtönbaren Unterstützung seiner Tropenkolonie entschlossen, dafür hat es aber den Gedanken einer möglichen Belastung seiner heimischen Juckerkonsumenten durch Differenzialzölle vorläufig wieder fallen lassen. Dieser Gedanke, der nach dem Schatzsekretär von Thielmann die Körper aus ihrer teuren Ruhe ausschleusen sollte, verlag somit auch, wenigstens für die nächste Zukunft; und der Druck, den die Vereinigten Staaten durch ihre Differenzialzölle auf den Rübenzuckermarkt ausüben, scheint nicht zu genügen, um die Juckerrenten zur Befriedigung zu bringen.

Uns kommt dieser Ausgang der — wenn man richtig gerechnet hat: zwölften! — Juckerkonferenz nicht überraschend. Wir haben von jeher die Meinung vertreten, daß Frankreichs Haltung in dieser Frage nicht ausschlaggebend sein kann und daß überhaupt Deutschland ruhig auf eigene Faust und nach seinen eigenen Bedürfnissen in der Abklärung der Prämien voranzugehen könne. Ein Mal, im Jahre 1891, hat auch bereits eine Reichsregierung diesen Standpunkt verfochten. Wir sind neugierig, ob sie auch heute den Muth dazu finden wird. Sie müßte dann allerdings entschlossen sein, die Zuckerindustriellen nicht mit Glacéhandschühen anzufassen. Denn diese Industriellen haben zuletzt selbst gegen die unschuldige und ungefährliche Brüsseler Konferenz einen erbitterten Prehkrieg geführt.

Deutsches Reich.

Die Einkommens- und Verbrauchssteuern hat für die ersten zwei Monate des laufenden Etatsjahres 119,7 Millionen Mark oder 8,2 Millionen mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres betragen. Das Reche entfällt mit 4,6 Millionen auf die Juckersteuer, mit 3,1 Millionen auf die Zölle und mit nahezu einer halben Million auf die Verbrauchsabgabe von Branntwein. — Von den übrigen Einnahmen hat die Körperschaftsteuer ein Mehr von 2,1 Millionen erbracht. Die Post- und Telegraphenverwaltung hat 4,3 Millionen, die Eisenbahnverwaltung 1,2 Millionen mehr abgeworfen.

Die Privatklage des suspendierten Redakteurs der „Post“ und Sekretärs der freikonservativen Partei Karl E. Fink in Schöneberg gegen den Reichstags-Abgeordneten August Weber und den Redakteur des „Vorwärts“ August Jacoby soll am Mittwoch, den 29. d. M., vor dem hiesigen Schöffengerichte zur Verhandlung gelangen.

Die Frankfurter Wismarsch-Demokratie erhebt in ihrem Monitor, der „Frankfurter Zeitung“ einen Höllelärm gegen den „Vorwärts“, weil dieser die Charakterlosigkeit, die sich in der Sammelkandidatur Fink's offenbart hat, nach Gebühr kennzeichnete. In Ermangelung von Gründen wird natürlich geschimpft, und die Debatte vom sachlichen auf persönliche Gebiet hinübergeführt. Das Karlsruher Wismarsch, welches für das Hinkelblatt seit einiger Zeit die „Sozialpolitik“ zu besorgen hat, wendet seinen ganzen Schatz von Schulbankrottlichkeit auf, um zu beweisen, daß die Wahl eines Kandidaten, der — ein verbollkommener Jamas — drei verschiedene Gesichter hat und mit zwei Gesichtern der Wismarschen Sammelpolitik zuläuft, eine Meisterleistung „demokratischer“ Bestimmungsfähigkeit ist. Karlsruher Wismarsch erinnert wir einfach an das lateinische Sprichwort — das er noch nicht vergessen haben wird —: id est gustibus non est disputandum — über den Geschmack läßt sich nicht streiten, — und es giebt Politiker, für die nur der Redaktions-Briefkasten eine würdige Abfertigungsstelle ist.

Um die geistige und wissenschaftliche Höhe unseres Frankfurter Karlsruher Wismarsch zu kennzeichnen, seien hier bloß zwei Thatsachen erwähnt.

Karlsruher meint, wir hätten der Frankfurter Wismarsch-Demokratie übelgenommen, daß sie bei der Wahl nicht für den Sozialdemokraten eingetreten sei. Ziel uns nicht ein. Ein Johann Jacoby hielt derartige seinerzeit für Pflicht, allein nicht jeder ist Johann Jacoby und auch nicht verpflichtet, es zu sein. Wir überschätzen unsere Pappenhäuser nicht. Doch was von einem Demokraten verlangen, daß er, daß er einen demokratischen Kandidaten aufstelle. Und ein Kandidat mit zwei Wismarschen Sammelgesichtern und einem dritten auch-demokratischen Gesicht ist kein demokratischer Kandidat.

Karlsruher Wismarsch versteht das vielleicht nicht; aber wer nicht Karlsruher Wismarsch ist, versteht es.

Zweitens führt Karlsruher Wismarsch gegen den „Vorwärts“ einen gewissen Schaw, Engländer und „Galjaner“ seines Zeichens, ins Feld, der ein „Sozialist“ sei „so gut wie irgend einer“, und sich in der Wiener Wochenschrift „Die Zeit“, gegen die Taktik der deutschen Sozialdemokratie (und des „Vorwärts“, speziell Liebknecht's) ausgesprochen habe.

Desagter Schaw, den wir sehr gut kennen, ist ein vortrefflicher Mensch, auch guter politischer Zeitläufer und Gymnastiker, sogar Schlangenmenschen — aber „Sozialist“ so gut wie einer! Ach ja doch, — wirklich „so gut wie einer“, nämlich wie Karlsruher Wismarsch. —

Die Frage der Einführung einer progressiven Kommunal-Umsatzsteuer für die großen Warenhäuser, Konsumvereine etc. wird den vom 3. bis 6. August in Wiesbaden stattfindenden 40. Verbandstag der jüdischen Haus- und Grundbesitzervereine Deutschlands ganz besonders beschäftigen, da man dort unbedingt zu einem bestimmten Resultat gelangen will, um die kleineren Geschäftsleute gegen jene Großhäuser etc. zu schützen. Der Grundbesitzerverein zu Göttingen, welcher einen dahin gehenden Antrag gestellt hatte, hat diesen jetzt zu Gunsten eines gleichem, vom Hausbesitzerverein „Berlin-Süd“ eingebrachten Antrages zurückgezogen, weil dieser Verein, dessen Vorsitzender Herrmann Schulz kürzlich in der Angelegenheit eine Audienz beim Finanzminister v. Miquel hatte, ein besseres Beweismaterial besitzen soll. Der „Bund der Handel- und Gewerbetreibenden“ hat sich mit dem Vorgehen des Hausbesitzervereins „Süd“ vollkommen solidarisch erklärt.

Im Wahlkreise Göttingen-Lauban hat das bürgerliche Kartell dem Freisinnigen in der Stichwahl gegen den Sozialdemokraten zum Siege verholfen. Herr Lüders ist mit Hilfe der konservativen „Vot-bertheurer“ und der ultramontanen „Arbeiterfreunde“ gewählt worden. Was die Wähler des Herrn Lüders unter „Sozialreform“ verstehen, davon legt folgendes Schriftstück Zeugnis ab, welches in Lauban unter den Fabrikanten die Runde macht:

„In anbetraht, daß die Löhne der Weber von einigen Firmen fortwährend erhöht werden, nur um mehr Waare zu erhalten, möge doch jeder Fabrikant eingedenk sein, daß dadurch eine größere Produktion nicht geschaffen wird, denn es ist selbstverständlich, daß die Konkurrenz, um die Weber nicht einzubüßen, ebenfalls mehr Lohn giebt, was ja auch thatsächlich bis jetzt der Fall gewesen ist.“

Außerdem aber und dieser Umstand ist höchst wichtig, werden die Weber durch das fortwährende Ueberbieten der Fabrikanten prolig, herrlich und glücklich im Arbeiten, so daß, da kein Verleger sich getraut, den Webern etwas zu sagen, eine schlechte, dünne und schlechte Waare abgefertigt wird. Dieses wird, was in der Natur der Sache liegt, immer schlimmer werden, wenn der geringte Uebelstand nicht aufhört!

Es wird schließlich noch so weit kommen, daß wir mit unseren hohen Löhnen und den schlechten Waaren nicht mehr konkurrenzfähig sind, speziell der böhmischen Konkurrenz gegenüber, und können gewärtig sein, dann ein sehr schwieriges Geschäft zu haben. Mögen doch die betreffenden Herren Fabrikanten berücksichtigen!

Es würde auch sehr zweckentsprechend und nicht un schwer durchzuführen sein, wenn sich die Fabrikanten unter sich verpflichteten, von jetzt ab keine höheren Löhne mehr zu bewilligen und wäre es sehr erwünscht, wenn eine Firma die Initiative dazu ergreife. Im Interesse unserer Industrie also mehr Stetigkeit und Besonnenheit, ehe es zu spät ist!“

Um die Bestrebungen der Laubaner Fabrikantenkreise in vollem Umfange wirksam zu können, muß in betracht gezogen werden, daß die Weber in Lauban und Umgegend bei höchstem Fleiß und unermüdetlicher Arbeitszeit 8 bis 10 Mark die Woche verdienen, wobei jedoch die Frau und die Kinder den ganzen Tag bis in die Nacht hinein thätig mitarbeiten müssen. Und bei solch elenden Wirtschaftsverhältnissen mag das Unternehmertum gegen höhere Löhne für die armen Weber zu gehen. Möge da nicht nach dem Grundsatz: strengste Strafe demjenigen, der zu Lohnzulagen willige Unternehmer hindert, ihre Arbeit auszuführen: eine Verschärfung des § 152 der Gewerbe-Ordnung vorgenommen werden? Im Antwort wird Herr Graf von Pofadowsky gebeten.

Das Bündlerblatt feiert die Erfolge des Bundes der Landwirthe bei den Wahlen. Es weist darauf hin, daß die Vorstandsmitglieder des Bundes sämtlich gewählt seien und rüst triumphierend aus:

Der nächste Reichstag wird ein noch agrarischeres Gesicht zeigen als dieser und dann werden wir die Sicherheit haben, daß unsere Handelsvertragspolitik endlich entschlossen wieder in die Bahnen zurückkehrt, welche sie niemals hätte verlassen sollen.“

Das Bündlerblatt hat vor den Wahlen noch ganz andere Hoffnungen gehegt. Die Wahl hat die Durchführung der extremen Bündlerwünsche unmöglich gemacht. Wenn die „Deutsche Tageszeitung“ sich trotzdem sehr befriedigt stellt, so thut sie das nur, um ihre Anhänger bei guter Laune zu erhalten.

Innerhalb ist es aber nicht unrichtig, daß das Agrarierthum im Reichstag Fortschritte gemacht hat. Nicht nur, daß die Führer gewählt worden sind — einige freilich nur, indem sie aus gefährlichen Kreisen in rein ländliche ihre Zustucht nahmen — richtiger ist, daß der agrarische Sturm sich tief in die nationalliberale und in die Zentrumsvorteile eingekesselt hat. Es wird daher heiße Wähe aufgewendet werden müssen, um Handel und Industrie vor schweren Schädigungen zu schützen. Wenn die „Deutsche Tageszeitung“ nach der Wahl fortfährt, die Interessen der größeren und größten Grundbesitzer in „die Interessen der Landwirtschaft“ umzufälschen, so wird die kommende Zeit Gelegenheit genug bieten, die agrarische Wahlmaße weiter in ihrer Lügenhaftigkeit aufzudecken und der Bevölkerung vor Augen zu legen.

Byantiner-Kelkame. Das Verlagsgeschäft Bong u. Comp. giebt aus Anlaß des Ablaufes der zehnjährigen Regierungszeit des Kaisers ein Werk über diesen heraus. Die wie schon mittheilten, betreibt auch die offiziöse „Verl. Korresp.“ die Kelkame für dieses Werk. Dieses Regierungsorgan bringt nicht einmal, nein wiederholt ausführliche Hinweise und Anpreisungen desselben. Mag das Buch sein will es will, es ist sonderbar, daß ein politisches Publikationsorgan seinen Raum derart mit Wählerkelkamen füllt; es muß wohl nach der Meinung der Redaktion der „Verl. Korresp.“ nichts Wichtigeres in der deutschen Politik geschehen.

Zur Bewältigung des Herbstverkehrs auf den Eisenbahnen hat der Minister der öffentlichen Arbeiten Thielens in einem Erlaß an die Eisenbahndirektionen eine Anzahl von Maßregeln angeordnet, durch welche die Uebelstände, welche sich im vorigen Herbst in so hohem Maße gezeigt haben, vermieden werden sollen.

Das Verbot des Verkaufs polnischer Zeitungen auf den Bahnhöfen bezieht sich nach der „Schlesischen Zeitung“ angeblich nur auf den „Dziennik Poznanski“, das Organ der polnischen Postpartei.

Ueber den Heilbronner Wahlstrahl schreibt unser württembergischer Korrespondent: Der Strahl muß in seiner ganzen Ausdehnung vollständig auf das Konto des durch seine Wahl übermäßig getriebenen Hegelmaier gesetzt werden. Denn die bürgerliche Presse ihn zu einer von sozialdemokratischer Seite geplanten Demonstration zu stempeln sucht, so ist dies ein Vergehen, das nicht energig genug zurückgewiesen werden kann. Ueber den Sonnabend ist noch zu berichten: Gegen Abend durchsprangen Militärpatrouillen die Straßen in der Nähe des Rathhauses, wer nicht im Lauffschritt davon ging, mußte gewärtig sein, gefesselt, gefesselt oder verhaftet zu werden. Ein gut deutsch-parteilicher Weinwirth wurde gefesselt und ein Arbeiter, der ruhig seines Weges ging, wurde lebensgefährlich verwundet. Unter den vielen Verhafteten ist nicht ein einziger Sozialdemokrat. Daß von der Rose, dem Gewerkschaftshaus, mit Steinen geworfen wurde, wie verschiedene Blätter schreiben, ist ebenso erfinden, wie die Nachricht der „Wälinger Neuesten Nachrichten“, daß Steinwürfe „mit Kaiser und König“ erfolgten. Die Sozialdemokraten waren in ihrem Lokal und schlossen abfichtlich die Fenster, die auf das Rathhaus gingen. Erst nachdem die Feuerweh nach Voranstrichem Ruf der Hegelmaier's Befehl spritzte, wurden im Rathhause von der ertregten Menge Fenster eingeworfen. Heute, Sonntag, bis abends 7 Uhr zeigt Heilbronn sein gewöhnliches Aussehen. In der ganzen Stadt herrscht die einstuimige Ansicht, wäre Hegelmaier bei seiner Siegesfeier geblieben und hätte er nicht provoziert, so wäre die Anammlung auf dem Markt, die noch bei jeder Wahl war,

ruhig vorbeigegangen. Es wird nicht gelingen, das unsinnige Verhalten Hegelmaier's zu einer sozialistischen Demonstration auszu-
beuten.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Wegen Majestätsbeleidigung, angeblich begangen durch den Abdruck des konfiszirten Artikels der „Zukunft“: „Rudel-Majestät“, ist gegen den Redakteur des „Nürnberger Anzeigers“ die Unterjuchung eingeleitet worden.

Oesterreich.

Wien, 25. Juni. Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Lemberg: In den letzten 24 Stunden wurden in 15 Ortschaften Ueberfälle auf Juden unternommen. Die Ueberfälle waren theilweise mit Brandstiftungen verbunden. — Der „Gazeta Swobla“ zufolge herrscht in Reusandek Ruhe. 24 Juden und 19 Juden sind verhaftet. In einigen Fällen betrogen sich Strazgow und Orchow sind ruhig. In einigen anderen Orten dauern die Ausschreitungen fort.

Die „Neue Freie Presse“ meldet noch aus Lemberg: In Allsander wurde am Sonnabend Abend während mehrerer Stunden von Bauern geplündert; die Häuser und Läden am Ring sind ganz ausgeplündert und zerstört; der Ringplatz bietet das Bild einer Ruine. Die geraubte Waare wurde von den Bauern auf Wagen fortgeführt, die außerhalb des Ortes bereit standen. In Reusandek unternahmen gestern die Bauern einen plannmäßigen Angriff; Kavallerie sprengte sie auseinander, Infanterie trieb sie dann nach einem förmlichen Handgemenge aus der Stadt und sperrte letztere durch einen Kordon ab. In den Vororten vertrieben die Bauern dann alle von Juden bewohnten Häuser und steckten die Wirthshäuser in Brand. In Lando mürkte das Militär von der Feuerwaaffe Gebrauch machen. Auch in der Gegend von Przemysl werden Uirachen befürchtet; Militär soll dort-hin entsendet werden.

Der Statthalter Graf Binski traf in Reusandek ein, wo gestern größere Exzesse stattgefunden haben. Auch in Strazgow haben sich gestern die Unruhen erneuert.

Ungarn.

Budapest, 27. Juni. Das Magnatenhaus nahm heute die Verzehrgösteuer-Vorlagen an.

Frankreich.

Paris, 25. Juni. Reinach erklärte, er werde gegen seine Abiegung als Hauptmann der Landwehr an den Staatsrath rekurriren.

Paris, 26. Juni. Jaurès hat in einer Versammlung in London erklärt, Dupuy habe im Zeugnisszimmer während des Prozesses Pola erzählt, das angeblich Geständnisse des Dreifus enthaltende Protokoll des Hauptmanns Lebrun-Renault sei erst im Oktober 1897 unterzeichnet worden. Im Januar 1896, am Tage nach der Degradierung des Dreifus, habe Lebrun-Renault ihm, Dupuy, und dem Kriegsminister Riccio erklärt, daß Dreifus keinerlei Geständnisse abgelegt habe. Dupuy hat einem Redakteur der „Temps“ gegenüber diese Behauptung Jaurès als unrichtig bezeichnet, er habe lediglich gesagt, daß Lebrun-Renault im Oktober 1897, als er vom Kriegsminister Villot aufgefordert wurde, seine Erinnerungen zu fixiren, das Protokoll unterzeichnete, welches den ersten Bericht bestätigte.

Paris, 27. Juni. Nach zuverlässigen Informationen ist das Kabinett nunmehr konstituiert; etwaige noch eintretende Veränderungen der nachstehenden Zusammenfassung dürften den Gesamtcharakter nicht mehr erheblich umgestalten: Griffon Präsidium und Inneres, Delcassé Auswärtiges, Bourgeois Unterricht, Cavaignac Krieg, Lockroy Marine, Wehrthal Finanzen, Gariin Justiz, Trouillot Kolonien, Riger Ackerbau, Maréjols Pindel; das Vorteseuille der öffentlichen Arbeiten dürfte Vallé oder Résureur übernehmen.

Paris, 27. Juni. Im Parlamente wurden heute drei Gesetze vertheilt. Das erste betrifft die zwischen China und Frankreich seit 1894 getroffenen Uebereinkommen, insbesondere die Abtretung und den Pachtvertrag von Konang-Kuan und die Koncession zum Eisenbahnbau, das zweite umfaßt die seit 1881 mit mehreren Mächten in Nord-, Inner- und Westafrika geschlossenen Uebereinkommen, das dritte betrifft die griechische Auleihe und die Räumung Thessaliens.

England.

London, 23. Juni. (Via Ber.) Eine Nachwahl: Zunahme der liberalen Stimmen, Mißerfolg der Abstinenzler. — Die Sozialisten und ihre Wählertaktik. — Eine Demonstration gegen die Unterdrückungspolitik in Italien und die Vernachlässigung der Rohstoff-mittel-Produktion. — Gestern fand in Ost-Hartfordshire, einem fast ganz ländlichen Wahlkreis, eine Nachwahl zum Parlament statt, und wieder gelang es den Liberalen, die Position der Konservativen erheblich zu schwächen. 1896 hatte der Kandidat der letzteren mit einer Mehrheit von 1458 Stimmen gestiftet. Gestern aber wurde nur ein Mehr von 208 konservativen Stimmen erzielt, nämlich 4118 gegen 3850 liberale Stimmen. Die Liberalen verzeichneten gegen 1896 einen Aufschwung von 2818 auf 3850 Stimmen, was nicht verfehlt wird, ihre Aussichten für die nächste allgemeine Wahl als hoffnungsvoll erscheinen zu lassen und ihren Kredit entsprechend zu stärken.

Eines ihrer Hauptagitationsmittel war die Kritik der auswärtigen Politik der gegenwärtigen Regierung, mit der selbst viele Tories — wenn auch aus anderen Gründen — unzufrieden sind. Die Liberalen finden, daß die Regierung am falschen Orte, die extremen Tories, daß sie an zu wenig Orten der antibrutischen Welt die Fahne zeigt.

Charakteristisch ist, daß bei dieser Wahl der Liberale Kandidat der Temperenzpartei einen sehr entschiedenen Korb gab, indem er es nämlich ablehnte, sich auf die Local-Reto-Bill Sir William Harcourt's zu verpflichten. Nach dieser Bill sollten in allen Gemeinden die Steuerzahler das Recht haben, durch Abstimmung den Vertrieb von alkoholischen Getränken vollständig zu verbieten. Es untersteht kaum einem Zweifel, daß die Verpflichtung der Partei auf diese Bill ihr bei der letzten Wahl unendlich viel geschadet hat, und schon vor Monaten erklärte Mr. Herbert Gladstone in Leeds, es sei Unsin, daß sich die Partei noch fernerehin den Zeatotalers (Wahlleiter) zu liebe sich auf eine Maßregel einließen, von deren Weisheit viele ganz und gar nicht überzeugt seien, während andere, sehr freisinnige Leute sie geradezu für verwerflich hielten. Man überschätze die werbende Kraft des Temperenzvotums, es entziehe der Partei mehr Stimmen als es ihr zuführe. Seitdem der Sohn William Gladstone's so gesprochen, hat sich schon neulich bei einer Nachwahl in Norfolk der liberale Kandidat vom Local-Reto los-gesagt, und da er statt Stimmenverlust großen Stimmenzuwachs erzielte, konnte dies jedenfalls als ein Beweis gelten, daß die extremen Temperenzler vom rein parteipolitischen Standpunkt aus bedenklichere Freunde als Gegner sind, und die gestrige Wahl wird dieser Auffassung weitere Verbreitung gewinnen, so daß Local-Reto auf ziemlich lange Zeit hinaus wahrscheinlich von der Tagesordnung abgesetzt sein dürfte. Kommt jedoch nur diese Form des Kampfes gegen die Alkohol-
vergiftung getroffen wird.

Auch die schwachmüthige Haltung der gegenwärtigen Regierung bei den großen gewerblichen Konflikten und in bezug auf die Fragen der gesundheitsgefährlichen Betriebe ward von den Liberalen scharf ausgenutzt. Ob sie dazu ein besonderes Recht haben, ist eine Sache für sich, jedenfalls führten ihre Redner in den Versammlungen vielfach eine Sprache, die an Abfälligkeit wenig zu wünschen übrig ließ.

Die Sozialisten haben bei dieser wie bei anderen Nachwahlen der letzten Monate von Aufstellung eigener Kandidaten abgesehen, Gegenüber der Tradition der englischen Wahlkämpfe, die immer nur zwei streitende Parteien kennt, haben sie selbst in hochindustriellen Wahlkreisen meist einen sehr harten Stand, in rein oder vorwiegend ländlichen Kreisen erscheint die sozialistische Kandidatur vor der Hand ganz aussichtslos. Des bloßen Stimmensählens wegen Kandidaten aufzustellen, ist unter diesen Umständen meist ein ebenso zweck-

widriges wie kostspieliges Unternehmen, da jeder Kandidat, ob er gewählt wird oder nicht, für die amtlichen Wahlkosten einzustehen hat.

Um so größer ist die Freude in den Reihen der englischen Sozialisten über die glänzenden Wahlerfolge der deutschen Sozialdemokratie. Wenn man sich auch sagt, daß an ähnliche Erfolge auf englischem Boden vorläufig nicht zu denken ist, so schöpft man doch aus dem siegreichen Marsch der sozialistischen Arbeiterbewegung des Festlandes immer wieder Ermutigung zu uner müdlichen Anstrengungen im Kampfe für sozialistische Reformen.

Uebrigens werden neuerdings wieder allerhand Versuche gemacht, zwischen dem äußersten Flügel der radikalen Partei und den Sozialisten eine Verständigung zu erzielen, die ein Handinhandgehen bei den Wahlen ermöglicht. Ob diese Vereinigungen Erfolg haben, muß abgewartet werden, die heutige „Justice“ nimmt ihnen gegenüber eine eher günstige Stellung ein.

Die Thatsache ist, daß die Sozialisten erfahrungsgemäß in vielen Wahlkreisen über ganz ansehnliche Minderheiten verfügen, mit denen sie aber bei dem hiesigen Wahlsystem, das keine Stichwahlen kennt, es zu keinem eigenen Abgeordneten bringen, solange sie in der bisherigen Weise vorgehen. Die Frage: „Was fangen wir mit unserem Votum an?“, wird seit Monaten in der sozialistischen Presse lebhaft erörtert, und neben der etwas abenteuerlichen Idee, überall gegen die Liberalen zu stimmen, um diese trügerische Partei aus dem Wege zu räumen, gewinnt neuerdings die Idee an Boden, von den Liberalen die Ueberlassung einer mäßigen Anzahl von Wahlkreisen für die Sozialdemokratie zu verlangen, andernfalls man als Repressalie ihnen überall mit der äußersten Energie entgegenzutreten werde. Indes auch die Ausführbarkeit dieser Politik ist ziemlich zweifelhaft, und so würde eine Verständigung mit dem linken Flügel der Radikalen vielleicht noch am ehesten einen Erfolg versprechen.

Am Sonntag, 26. Juni, hält die sozialdemokratische Föderation eine große Demonstration auf Trafalgar Square ab. Dieselbe hat einen doppelten Zweck. Es soll erstens gegen die gewaltthätige Verfolgung der Sozialisten in Italien protestiert und diesen die Sympathie der englischen Sozialisten ausgedrückt werden, und ferner soll, unter Hinweis auf die große Gefahr, welche die Abhängigkeit Englands von der ausländischen Getreidezufuhr für das englische Volk bedeutet, gegen das System der Monopolisirung des Bodens und der nationalen Hilfsmittel protestiert und die Regierung aufgefordert werden, durchgreifende Maßregeln für die Organisirung der nationalen Getreidezufuhr und die Wiederbelebung der Landwirtschaft (Verstaatlichung der Eisenbahnen, Nationalisirung des Bodens etc.) zu ergreifen.

Italien.

Rom, 26. Juni. Nach Ansicht der Wähler ist die Krise in die Periode der endgiltigen Lösung eingetreten infolge des dem General Pelloux vom König erteilten Auftrags zur Bildung des Kabinetts. Pelloux beabsichtigt, dem Kabinete eine breite parlamentarische Grundlage zu geben. Die Wähler enthalten sich der Bezeichnung von Namen und sagen, jede solche Angabe wäre verfrüht.

Rom, 27. Juni. Der Senat hat ohne Debatte ein provisorisches Budget bewilligt.

Griechenland.

Athen, 26. Juni. Kapitän Miaoutis nahm das Vortreffliche der Marine an. — Der Bahrich Kofforis, bekannt durch seinen Prozeß wegen eines von ihm während des Krieges an den damaligen Kriegsminister gefandten Telegramms, ist wegen Ungehorsams verabschiedet worden.

Asien.

Peking, 26. Juni. Gemäß der dritten Klausel des russisch-chinesischen Vertrages betr. die Verpachtung von Port Arthur und Tientsin hat sich China mit China geeinigt, daß dieses eine Anleihe zu möglichst billigen Bedingungen zur Verlängerung der Peking-Hankow-Eisenbahn erhält. Als der russische Geschäftsträger Pawloff von dem Abkommen Chinas mit der Dongkong and Shanghai-Bank hörte, erhob er Einspruch, das Tsung li Hamen erklärte ihm jedoch, daß durch die Bestimmungen des Pachtvertrages Russland sich des Einspruchsrechts begeben habe. Das Tsung li Hamen wies den chinesischen Gesandten in Petersburg an, die russische Regierung davon zu unterrichten, daß es (Tsung li Hamen) beschloßen habe, bei der Hongkong- und Shanghai-Bank gemäß den Bestimmungen des Pachtvertrages, eine Anleihe zu machen. — Das Tsung li Hamen erteilt die Ermächtigung zum Bau einer 15 Meilen langen Eisenbahn nach den Kohlenfeldern im Westen von Peking und bewilligt hierzu 2 500 000 Taels. — Pawloff drängt die hohen chinesischen Beamten, russische Ingenieure anstatt des Personals des britischen Ober-Ingenieurs Rinder bei der Fertigstellung des Anschlages der projektirten Bahn zu verwenden. — Der belgische Gesandte bestand heute auf der Forderung, in den Kontrakt betreffend die Peking-Hankow-Eisenbahn solle die Bestimmung aufgenommen werden, daß bei Meinungsverschiedenheiten zwischen der chinesischen Regierung und dem Syndikat der französischen Gesandte Schiedsrichter sein solle. Die chinesische Regierung lehnte diese Forderung ab.

In einem an den Minister Hanotaux aus Shanghai gerichteten Telegramm wird gemeldet, daß die Unterzeichnung des Vertrages erfolgt sei, nach welchem dem französisch-belgischen Syndikat die Konzession zur Erbauung der Eisenbahn Peking-Hankow erteilt wird.

Shanghai, 26. Juni. (Times.) Russische Ingenieure beschäftigen sich mit topographischen Arbeiten in der Umgegend von Fintshang im Hinblick auf die Erbauung einer Eisenbahn, welche dem Transport von Material zur Erbauung der Hauptlinie von Tientsin nach Kirin dienen wird.

Tokio, 26. Juni. (Times.) Marquis Ito hat seine Entlassung eingereicht; er rath dem Kaiser, im Prinzip ein Parteikabinet anzunehmen. Indessen widersteht sich eine starke politische Partei, deren Haupt Marquis Yamagata ist, der Bildung eines Parteikabinetts und schlägt die Ernennung Yamagata's als Präsidenten des zu bildenden Kabinetts vor. Der Kaiser wird voraussichtlich den Rath Marquis Ito's annehmen.

Wahlbetrachtungen.

Wahlmogelei.

Die „Freisinnige Zeitung“ bringt in ihrer gestrigen Abendnummer in Sperrdruck die Behauptung, die Wahlkommissare haben nicht das Recht, über die Gültigkeit oder Ungültigkeit der einzelnen Stimmzettel zu entscheiden, sie dürfen nur die Wahlergebnisse addiren. Diese Behauptung des Eugen Richter'schen Blattes ist vollkommen hinfällig.

Der Wahlkommissar hat nach §§ 26 und 27 des Wahlreglements „das Wahlergebnis zu ermitteln“ und muß deshalb auch ermitteln, ob ein offenbar gültiger Zettel für ungültig erklärt ist. Nur ist seine Entscheidung nicht maßgebend, vielmehr hat die aus sechs bis zwölf eingeladenen Wählern und ihm bestehende Versammlung diese Ermittlung vorzunehmen. Ein Wahlkommissar oder ein von ihm zur Ermittlung zugezogener Wähler, der die angelegliche Ungültigkeit der Wahlzettel nicht prüft, verfährt gegen seine eidlich angelobte Pflicht. Das ist zweifellos Recht und so ist die Ermittlung des Wahlergebnisses stets auch in Berlin erfolgt. Eugen Richter benutzt nur einen vom Plenum des Reichstags überhaupt nicht anerkannten, aus dem Zusammenhang gerissenen Satz der Wahlprüfungskommission aus Nr. 286 der Reichstagsdrucksachen, um für die heutige Wahlproklamation die Wahlprüfungs nach der Richtung hin zu beeinflussen, daß sie dieses Mal nur „addiren“.

Der Satz, den Eugen Richter zitiert, würde dem gesunden Menschenverstand und der Aufgabe des Wahlvorstandes direkt widersprechen, die Wahrheit über das Wahlergebnis zu ermitteln, nicht aber zu „moaceln“. Warum legt sich

Eugen Richter für eine Fälschung der heutigen Proklamation der Wahlen plötzlich so ins Zeug? Offenbar ist ihm bekannt, daß thatsächlich Richard Fischer, nicht Kreiting gewählt ist, daß aber das umgekehrte Resultat dadurch erzielt sein soll, daß eine Menge auf Fischer lautender Stimmen einfach für ungültig erklärt sind. Hofft Eugen Richter durch seinen Appell, zu mogeln, die zur Ermittlung des Wahlergebnisses auf heute einberufenen Herren zu einer den Wählern widerprechenden Proklamation zu bewegen? Wahrscheinlich Eugen Richter's Versuch der Wahlmogelei geht noch über Ober-Puttameri. Zu dem ehrlichen Bürgerstim haben wir aber noch das Putzrauen, daß die Herren, die heute zur Ermittlung des Wahlergebnisses amtlich berufen sind, dieser Aufforderung zur Wahlmogelei nicht Folge leisten werden. Pfui Teufel über solchen „Freisinn“.

Freisinnig-konservativer Wahlschacher.

Wir sind in der Lage, unseren Lesern aus bester Quelle die Mittheilung zu machen, daß anlässlich der engeren Wahlen in Berlin ein ganz gemeiner Wahlschacher zwischen Freisinnigen und Konservativen stattgefunden hat. Für die Unterföhrung, welche die Konservativen dem Freisinnigen in den vier in Berlin in Stichwahl stehenden freisinnigen Kandidaten leistete, verpflichteten sich die Freisinnigen, die Konservativen in den Wahlkreisen Teltow-Weeslow-Storlow, Juch-Weizig-Jüterbog und Ost- und Westhavelland zu stimmen.

Gemäß diesen Schacher stimmten also die Freisinnigen in dem ersten Wahlkreis für einen protestantisch-moderischen Pfaffen, im zweiten für einen dorierten Jünger und Kandidaten des Bundes der Landwirthe, im vierten für einen reaktionär gesinnten Landrath. Sammlische vier Kandidaten, für die die Freisinnigen ihre Stimmen in diesen Wahlkreisen abgaben, sind Feinde des allgemeinen gleichen direkten und geheimen Wahlrechts, Feinde des Abschlusses von Handelsverträgen auf der bisherigen Basis und Drot- und Fleischvertheurer.

Die politische Verleumdung des Freisinn hat durch dieses Wahlschacher die Krone aufgesetzt bekommen.

Armer Freisinn!

Kaum haben die Liberalen mit konservativer Hilfe eine Anzahl Mandate gereitet, da müssen sie nun den Spott und Hohn über sich ergehen lassen. „Kreuz-Zeitung“, „Reichsbote“ u. s. f. fallen über den Freisinn her, rechnen ihm vor, daß er seine Mandate nur ihrer Unterstützung verdanke und daß er diese Unterstützung nur empfangen habe, obwohl er selbst gar nichts werth sei. Ja, der Freisinn muß es sich sogar als schweres Verbrechen anrechnen lassen, daß seine Anhänger hier und da doch ein wenig Ehrgefühl besaßen und nicht überall die ärgste Reaktion zum Siege geführt haben.

Die Richtigung, die da den tapferen Freisinnsmännern zu Theil wird, ist bitter, aber gerecht. Sie haben es glücklich soweit gebracht, daß Herr Krapatsch und der Pastor Engel wagen dürfen, es den Freisinnigen zu schwerer Schuld anzurechnen, daß sie nicht auch ihren letzten Rest eines freien Sinnes an die Junker und Ruder verkauft haben. Armer Freisinn!

Der Freisinn auf sozialdemokratischen Krücken.

Der Freisinn, der bei den Hauptwahlen so jämmerlich zusammengekauert wurde, daß er nur mit Mühe und Noth ein Mandat erhielt, hat bei den Stichwahlen glücklich 20 Mandate ergattert — mit Unterstützung aller möglichen Parteien. Soweit die Resultate bis jetzt bekannt sind, hatten die Sozialdemokraten in 14 Kreisen den Ausschlag zu geben. Trotz der wackeligen Haltung der Freisinnigen in denjenigen Wahlkreisen, wo sie in Stichwahlen zwischen Sozialdemokraten und reaktionären Parteien den Ausschlag zu geben hatten, sind unsere Parteiengenossen in der klaren Erkenntniß der politischen Situation stets geschlossen für den Freisinnigen eingetreten.

So ist u. a. in Grünberg-Frehstadt Justizrath Mandel in der Stichwahl mit 9884 gegen 5533 konservative Stimmen gewählt. (21 Dörfer fehlen noch.)

Bei der Hauptwahl erlangte Mandel 6885 gegen 6063 konservative Stimmen. Sozialdem. 3885, Centr. 1078.

Da das Centrum für Schlesien Wahlenthaltung proklamiert hatte, konnte der Sieg Mandel's nur durch das Eintreten der Sozialdemokraten erlangt werden.

Im Wahlkreise Jauer-Landskron dasselbe Bild. Hermes wiedergewählt mit 9874 gegen 5836 konservative Stimmen. In der Hauptwahl erhielt Hermes 4884 gegen 3565 kons., 4140 J., 3123 J., 305 Antif. Das Centrum proklamierte für die Stichwahl Wahlenthaltung.

In einzelnen Kreisen war der freisinnige Kandidat in der Hauptwahl weit hinter seinem Gegenkandidaten zurückgeblieben. So in Merseburg-Querfurt, wo der freisinnige Ritter um 4000 Stimmen hinter seinem konservativen Gegner zurückblieb (6572 zu 10 476), der Sozialdemokrat erhielt 6276 Stimmen. Bei der Stichwahl stellte sich das Resultat wie folgt: Ritter fr. 12 500, konservativ 10 980 Stimmen. Der letztere hat nur um wenige hundert Stimmen gewonnen, für den freisinnigen Kandidaten sind die Sozialdemokraten, wie ersichtlich, fast bis auf den letzten Mann eingetreten; schon die bloße Stimmhaltung hätte ihn zu Fall bringen müssen.

In Torgau-Liebenwerda, in Nordhausen, in Schleswig, in Mühlhausen-Langensalza, in Altena-Jserlohn, in Meiningen, in Schaumburg-Lippe, in Lippe-Dehmold, im 1. Oldenburgischen Wahlkreise, überall ganz dieselben Verhältnisse.

Wären die Sozialdemokraten ihrem berechtigten Schinn über das schäbige Verhalten der Freisinnigen in den Kreisen Ost- und Westhavelland, Juch-Weizig, Jüterbog und noch vielen andern, wo diese die Reaktion unterstützt haben, freien Lauf lassen und ihnen den Verrath mit gleicher Münze heimzahlen, dann würde die ganze freisinnige Herrlichkeit zu Ende sein. Die Freisinnigen streifen ihr Dasein nur noch, weil die Arbeiterpartei politische Einsicht genug besitzt, um ihr Vorgehen nicht von Gefühlen, sondern von klaren politischen Erwägungen abhängig zu machen und in jedem Falle gegen die politische Reaktion stimmt. Andererseits lebt der Freisinn noch von der Furcht der reaktionären Parteien vor der Sozialdemokratie, welche deshalb den Freisinn als das kleinere Uebel wählen.

Auf diesen zwei Krücken humpelt der alternde Freisinn in den Reichstags.

Aus Spandau

wird uns geschrieben: Heiß war der Stichwahlkampf, tapfer haben sich unsere Parteigenossen gehalten, leider aber gewonnen diesmal noch die Reaktionen die Oberhand, aufs eifrigste unterstützt von den sogenannten „freisinnigen“ Wählern. Ohne diese Unterstützung wäre der Erfolg auf unserer Seite gewesen. Der freisinnige Kandidat dieses Kreises, Dr. Magdon, hatte befallentlich noch vorher eine Erklärung abgegeben, daß er seinen Wählern die Wahl des Herrn Pauli nicht empfehlen könne, man hätte deshalb zum mindesten erwarten können, daß die Herren Freisinnigen sich der Wahl enthalten würden; nichts hiervon ist geschehen. Nur ein winziger Theil ehrlich denkender Freisinniger stimmte für unsere Kandidaten, die ganze übrige Zahl aber zeigte sich, so radikal sie sich auch gaben, in ihrem wahren Lichte, daß dem der Reaktion „Drehscheibe“ bezweifelt ähnelte, sie stimmten sämmtlich für den Kandidaten der reaktionären Parteien. Aber das ist auch gut so, denn wir haben nie viel auf diese Sorte „Freisinn“ gerechnet, sondern uns von vornherein auf unsere eigene Kraft verlassen. Zahlreiche Vorkommnisse in den einzelnen Wahllokalen, Wahlbeeinflussungen jeglicher Art werden jedenfalls dem neuen Reichstags Gelegenheit geben, sich mit dem „glänzenden Siege“ und dessen Zustandekommen einachend zu beschäftigen. — Rechi furios nimmi

sich auch die Thatsache aus, daß unser bester Freund, Herr Pastor Schall, nicht in der Wahlliste seiner Domäne verzeichnet war und deshalb sein Wahlrecht nicht ausüben konnte.

Die Kölner Stichwahl.

Die Stichwahl zwischen Trimborn und Hofrichter hat mit dem Siege des Centrumskandidaten geendet. Etwas anderes hatten wir nicht erwartet. An wenig Plätzen ist das Ringen der Sozialdemokratie mit einer bürgerlichen Partei so heftig und so nachhaltig, als in Köln. Kaum irgend anders dürften die Nachmittage einer so bekämpften Partei sich so häufen und vielseitig sein. Das Centrum hat hier, in jedem Weislichen aus dem schier zahllosen Kaplänschwarm einen eifrigen Werber und Organisator; es hat hier eine je nach den verschiedenen gefüllten Geldbeuteln verschiedne gepreiste Presse, die wiederum je nach den Kreisen, wofür sie berodmet ist, anders schreibt. Für die Weisenden und die Gebildeten ist die vornehme „Kölnische Volkszeitung“, für die andern der hegerische „Merkur“, und für den verschölichen Theil der Arbeiter ist der „Christliche Arbeiterfreund“; dann giebt es noch für die am wenigsten zahlungsfähigen entsprechend wohlfeile Erzeugnisse. Hierzu kommt eine Unzahl Vereine vielfältiger Bestalt, die unter dem Vorwande des Katholizismus die Schächten beim Centrum halten. Dann stehen dem Centrum alle großen Säle offen, wogegen es im edlen Wunde mit der Hochwohlthölichen fertig brachte, daß die Sozialdemokraten seit Jahren nicht einen einzigen genügenden Versammlungsraum erhalten. Kaum irgend anders, sofern man nicht bestreitet, daß gewisse Berufsgruppen und Berufsstände weniger als andere für den Sozialismus disponirt sind, ist der Boden für uns so ungünstig. Die eigentliche Stadt Köln hat nur einen geringen Prozentsatz an industriell thätiger Bevölkerung, einen um so höheren in bezug auf den Handel. Zudem nimmt die Zahl der in Köln wohnenden Arbeiter noch ständig ab. Durch das Erziehen der vielen großen Buzare und der Großhandels-Institute und durch das Wachsthum des Beamtenheeres wird die Arbeiterbevölkerung fortwährend nach den Außenorten geschoben, die zwar kommunal zu Köln, nicht aber politisch zum Wahlkreise gehören. Unter all den Umständen war die Hoffnung auf eine Steigerung der sozialdemokratischen Stimmenzahl wenig begründet. Und dennoch hatten wir einen Zuwachs von weit über zweitausend Stimmen, der sich in der Stichwahl noch um 272 erhöhte. Dagegen hat das Centrum nicht den mindesten Anlauf, mit dem Auswahl der Kölner Wahl zu prahlen. Trotz aller feiner Mittel, trotz aller Gunst der Umstände, kann es seit Jahren keines sonderlichen Fortschreitens sich rühmen. Und auf die Stichwahl kann es erst recht nicht stolz sein. Kaum für Wann haben die Nationalliberalen für Trimborn gestimmt. — Daß die Centrumspartei ihre Wahlkreise immer noch behauptet, obwohl fortwährend Theile seiner Anhängererschaft zur Sozialdemokratie kommen, und obwohl ihr von dem Auswuchs nur wenig zufällt, hat darin seine Ursache, daß sie bisher mittels religiöser Vorprägungen und kirchlicher Wachtmittel aus der katholischen Bevölkerung stets neue Stimmtrupps zu holen vermochte. Bei der letzten Wahl hat man darin im Rheinlande Unerhörtes geleistet. Aber auch diese Reserven sind nicht unerschöpflich; und nicht lange mehr wird es der Priesterschaft gelingen, das gläubige Volk über den Unterschied von Religion und Centrumspartei hinwegzuführen. Das rheinische Rom ist berühmt von seiner Kirchen und seines Karnevals. Beide sah man als die äußeren Merkmale des geistigen Zustandes seiner Bewohner an: Kirchen und Karneval — religiöser und kirchlicher Bann und fröhliche Gleichmüthigkeit gegen politische und öffentliche Dinge. Aber der Einfluß der Kirche mindert sich mehr und mehr und der Karneval findet nachgerade nur noch den Weislich kleiner und großer Kinder und interessirter Geschäftsleute. Das sind Zeichen dafür, daß der Tag nicht mehr fern ist, wo auch über Köln, diesem Eckquader im Centrumsthum, die Fahne des Sozialismus flattert.

Wer da Recht hat, weh ich nicht . . .

Die „Märkische Volkszeitung“ beklagt sich bitter darüber, daß die Gottesdiener der evangelischen Oberkanz im Wahlkreise Bochum während des letzten Stichwahlkampfes so übel mit der katholischen Kirche umgesprungen sind. Das Berliner Centrumblatt zitiert ein Flugblatt, in welchem evangelische Pfarrer sich mit folgenden Worten an die Sozialdemokraten wenden:

Wir sind gewiß viele Tausende haben am 16. Juni sozialdemokratische Stimmzettel abgegeben, die im Herzen weit entfernt sind von den Luftschiffen einer sozialdemokratischen Weltanschauung. Wir sind überzeugt, daß Tausende am Donnerstag für Lehmann stimmten, denen der Glaube treuer Eltern, der Glaube ihrer Jugendzeit noch nicht ganz aus dem Herzen gerissen ist. Wir dürfen zuversichtlich hoffen, daß ihr protestantisches Ehrgefühl nicht so weit erstorben ist, daß sie vorziehen würden, in der Stichwahl für einen Ultramontanen zu stimmen.

Wir Recht meint die „Märkische Volkszeitung“, daß die „erbitterten Gegner“ des Centrum, die Sozialdemokraten, mit solchen niedrigen, unaneren Mitteln, solcher fanatischer Hege, wie sie von den „frommen“ Pastoren, den edelsten Mitgliedern und Vertretern der konservativen Partei, im Kampfe gegen die Katholiken gebraucht werden, die Agitationsfreiheit doch nicht mißbraucht haben.

Wie gesagt, hat das Centrumblatt mit dieser Ansicht recht; die Sozialdemokratie sucht, wie immer, so auch im Wahlkampf die schöne deutsche Mutterprache ihrem eigentlichen Zweck, nämlich der Verkündung ungeschminkter Wahrheit, zu erhalten.

Wer sich aber in puncto maßloser Verheerung einigermassen mit den evangelischen „Dienern am Worte“ messen kann, das sind die katholischen Kollegen dieser Veraben. Um diese unsere unmaßgebliche Ansicht zu erörtern, erinnern wir nochmals an den großen Kirchenbann, mit dem die Frommen im „Bochumer Anzeiger“ diejenigen katholischen Wähler, welche sozialdemokratisch stimmen wollten, zu einer verfluchten Gesellschaft zu machen suchten. Dieses denkwürdige Dokument lautet:

Wir möchten aber den katholischen Arbeiter sehen, der angeht solcher Dinge einem Sozialdemokraten seine Stimme geben kann. Verflucht wird sein Haus, verflucht sein Lebensglück, der Fluch wird kommen über seine Kinder, wenn er es wagt, einen Sozialdemokraten zu wählen. Christliche Frauen, christliche Mütter, aufgepaßt auf eure Männer, die sich mit diesen Teufeln in Verbindung setzen wollen! Eine fürchtbare Verantwortung laden die Männer auf sich, welche einen Sozialdemokraten wählen. Pfui! über den anständigen ehrlichen Mann, der diese Leute unterstützt!

Wer zwischen diesen katholischen Flugblatt und dem evangelischen Flugblatt entscheiden soll, befindet sich in eben so fatalem Lage, wie die Königin in der Kula zu Toledo, die nach der Glaubensdisputation zwischen Rabbi und Mönch schließlich zu der Ansicht kam, daß sie alle beide . . . stinken!

Der Verlust des Solinger Kreises

durch die eigenen Parteigenossen ist ein Ereigniß, das bisher einzig in der Parteigeschichte dasteht.

Im gerechten Zorn über diese Schmach, die der Partei zugefügt wurde, schreibt unser Solinger Parteiorgan:

„Unser schätzbarster Freund war der, der und heimlich in den Rücken gefallen ist, als unsere schlimmsten Feinde müssen wir die Wähler Schumachers bezeichnen, die an der Partei Verrath ausgeübt haben. Durch Verrath sind wir unterlegen, durch diesen Verrath ist der Kreis Solingen den verbündeten Gegnern ausgeliefert worden. Beweise, daß dieser Verrath offen und verdeckt von den Freunden des früheren Abgeordneten von Solingen ausgeübt worden, liegen übergenug vor. Mehr wie Worte es vermögen, beweisen es die Listen der abgegebenen Stimmen bei der Hauptwahl und bei der Stichwahl. Der größte Theil der am 16. Juni für Schumacher abgegebenen Stimmen ist am 24. Juni auf den Fabrikanten Sabin entfallen.“

Dies springt bei dem Vergleiche der Haupt- und der Stichwahl speziell für Solingen in die Augen. Nicht alle früheren Wähler Sch's haben das schändliche Spiel des Parteivertraths mitgemacht, ein Theil, leider nur ein Bruchtheil, hat sich nicht mißbrauchen lassen. Die Genossen haben sich auf ihre Pflicht besonnen, und haben mit uns versucht, die Parteielite unseres Kreises zu wahren.

So ist es dem Gegner mit Hilfe aller bürgerlichen Elemente, des widerlichen Wischniack-Schubelwunders und mit Hilfe dieser Renegaten gelungen, über unsere Kandidaten mit dreihunderttausend Stimmen zu triumphieren!

Den glänzenden Sieg in Breslau

feiert die Breslauer „Volkswacht“ in folgenden Worten: „Am Boden liegen die giftigen Dämonen, mit denen die „nationalen“ Bundesbrüder die Sozialdemokratie bekämpft haben. Stumpf und schartig müssen sie ihr Schwert in die Scheide stecken, wo es für alle Zeiten einrosten wird. Denn die eine Lehre können unsere Gegner aus diesem Wahlkampf ziehen, daß es kein Mittel gibt, der Sozialdemokratie die Breslauer Reichstagsmandate zu entreißen.“

Der geistige Wahlkampf wurde auf beiden Seiten mit großer Fähigkeit geführt. Die drohende Gefahr, unsere Hochburg zu verlieren, hatte auf unsere Genossen in größerer Anzahl, als das sonst der Fall war, auf den Kampfplatz gerufen. Der Eifer, den unsere Genossen diesmal an den Tag legten, wurde mächtig angefaßt durch das Flugblatt, das noch gestern Mittag zu Gunsten der Wahl des Herrn Hellsch verbreitet worden ist. Mit diesem elenden Machwerk wollte man sicher den letzten vernichtenden Schlag gegen die Sozialdemokratie führen; er ging aber fehl, wie alle anderen. Solche Kampfesweise mag in anderen Wahlkreisen noch zum Siege führen, in Breslau wird ihr nur die verdiente Beachtung zu Theil.

Die Abstimmung ergab folgendes Resultat: Die Zahl der abgegebenen gültigen Stimmen beträgt 28 261, das sind 3158 Stimmen mehr als bei der Hauptwahl am 16. Juni. Von dem Zutwoas erhielt Genosse Lukaner 8087, im Ganzen 15 594, während es der Kandidat aller „nationalen“ Parteien auf nur 12 667 Stimmen brachte.

Nügen unsere Parteigenossen, angepörrt und durch das Resultat der diesmaligen Reichstagswahl in Breslau, unentwegt für die weitere Ausbreitung des Sozialismus thätig sein, dem Proletariat zu Ruh, den Volksfeinden zu Trau!

Ueber den Ausgang der Wahl

In Wangleben schreibt unser Magdeburger Parteiorgan: „Daß der Wahlkreis Wangleben verloren gehen würde, haben wir erwartet. Aber die Wahlprüfungskommission wird sich ernstlich mit dieser „Wahl“ zu beschäftigen haben. Wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß das Mandat des Dr. Heiligenstadt laßt wird, angefaßt der ungewöhnlichen Wahlbeeinflussungen in diesem Kreise. Hierüber werden wir noch mancherlei zu berichten haben. Für heute nur ein Fall. In Egersleben wurden an die Einwohner Stimmzettel vertheilt, auf welchen der Name des Kandidaten mit Tinte geschrieben war. Sämmtliche Stimmzettel waren durch Wasserzeichen gekennzeichnet. Vor uns liegt ein Stimmzettel, welcher das Wasserzeichen aufweist. So wurde im Kreise Wangleben gewählt.“

Ein starkes Stück von Wahlbeeinflussung

erzählt die „Breslauer Zeitung“ aus dem Kreise Waldenburg. Dort hat ein Eisenbahn-Stationsvorsteher im angeleglichen Auftrage seiner Behörde die ihm unterstellten Beamten um sich versammelt und ihnen etwa folgendes eröffnet: „Meine Herren! Die Wahl steht bevor. Ich bin königlicher Beamter — Sie auch. Ich will Sie in Ihrer Stimmabgabe durchaus nicht beeinflussen. Nur ein Beispiel will ich Ihnen erzählen.“ — Und nun erzählte der Herr Stationsvorsteher eine Geschichte von einem Beamten, der in der Trunkenheit verrathen hatte, daß er nicht konservativ gewählt habe. Das sei natürlich in seine Personalien gekommen, und der Mann sei Jahre lang beim Advancement übergegangen worden. „So, das war die Geschichte, die ich Ihnen erzählen wollte“, — schloß der Stationsvorsteher — „und nun gehen Sie und wählen Sie nach Ihrer Neigung.“

Aus Ostpreußen.

Siege hat uns der Stichwahl nicht gebracht, trotzdem können wir mit dem erzielten Resultat zufrieden sein. Nicht wie erst gemeldet in drei, sondern nur in zwei Kreisen waren wir mit den konservativen Kandidaten in die Stichwahl gekommen. Im Kreise Königsberg (Land) - Fischhausen, wo vor der Wahl zwischen den Konservativen und dem Bündler ziemlich harte Worte gewechselt waren, wurde nach der Hauptschlacht sofort zum „Sammeln“ geblasen. Die Mannen des Agrariers Dohna bekümmerten ihre Anhänger in den dringendsten Ausdrücken, doch nur ja jedes Gefühl der Bitterkeit zurückzudrängen und einmüthig für den Grafen Dönhoff einzutreten. Auch der Kandidat der freisinnigen Volkspartei, ein Herr Anshelowski, forderte seine Wähler auf, für den Grafen Dönhoff einzutreten, damit der Sieg des Sozialdemokraten verhindert werde. Mit der Sammelerei begnügten sich die Ordnungsbriber aber nicht, vielmehr wurde in der unerhörtesten Weise auf die Landarbeiter eingewirkt. Erst wurde den Arbeitern, denen eine Stichwahl bisher unbekannt war, erklärt, daß bei der Stichwahl die Arbeiter nicht noch einmal zu wählen hätten. Als dieser Schwindel durch ein von uns verbreitetes Flugblatt unmöglich gemacht wurde, sollten die Leute durch Drohungen eingeschüchert werden. Trotz aller Machinationen haben wir ungefähr 650 Stimmen mehr wie bei der Hauptwahl aufgebracht; es wurden 7252 sozialdemokratische und 6596 konservative Stimmen abgegeben. Am Wahltage spielten Schnaps und Bier wieder eine große Rolle. Unsere Genossen, welche auf dem Lande der Wahlhandlung beiwohnen wollten, wurden in den meisten Fällen höchst unanständig behandelt, in vielen Fällen gewaltsam aus dem Wahllokal entfernt. Der freisinnige Kandidat, der auf seinem Gut Wahlvorsteher war, bewies seine Freisinnigkeit, daß er unserem im Wahllokal anwesenden Genossen einen Stuhl verweigerte, so daß derselbe während der acht Stunden stehen mußte. Von bürgerlichen Parteien ist uns in diesem Kreise sicher nicht eine Stimme zugefallen. Die 7252 für Schnell abgegebenen Stimmen können wir vollständig als sozialdemokratische bezeichnen. Das ist ein glänzendes Resultat. In vielen Fällen zeigten die Landarbeiter, nachdem sie der Gutsherr hatte zum Wahllokal fahren lassen, ganz offen, daß sie sozialdemokratisch wählen. Das geschah in allen Bezirken, wo Gutsherrn, toll vor Wuth über das Wahlergebnis, am 17. Juni Leuten gekündigt hatten. Die Leute, wohl wissend, daß sie gebraucht werden, hatten dann sofort wegzugehen wollen und der Arbeitgeber hatte dann klein beigeben müssen. Immerhin sind viele Ungehörigkeiten bei der Wahl vorgekommen, daß wir wohl hoffen können, daß der Wahlprotest Erfolg haben wird. Wir werden mit den Nütungen zur kommenden Wahl beginnen.

Im Kreise Labiau-Wehau, wo Genosse Haase mit dem Oberst von Maffow in Stichwahl war, haben wir noch besser abgeschnitten. Genosse Haase erhielt 5478 Stimmen, das sind 1200 mehr wie bei der Hauptwahl, der konservative erhielt 7224, das sind 1300 Stimmen mehr wie bei der Hauptwahl. Von 1890 zu 93 war die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen von 618 auf 1392 gestiegen. Die Freisinnigen sind auch hier zum größten Theil zu den Konservativen übergegangen, die 1200 gewonnenen Stimmen haben wir durch die Agitation in den paar Tagen bis zur Stichwahl aufgebracht. Auch in diesem Kreise ist in Einschüchterung der abhängigen Landarbeiter und direkten Ungehörlichkeiten großes geleistet. Ein Amtsvorsteher betonte z. B. in einer amtlichen Bekanntmachung, daß Haase nicht gewählt werden dürfe. Umfangreiches Material zu einem Protest ist schon jetzt vorhanden.

Zu dem bedeutenden Zutwoas an Stimmen bei der Hauptwahl ist die weitere Bemerkung bei der Stichwahl gekommen. Diese Zahlen zeigen, wie auch die Landleute immer mehr unseren Ideen zugänglich werden, daß der Sozialismus durchaus nicht halt macht vor dem „antifolketistischen“ Bauernschädel“. Bald werden die Junker in ihren alten ostpreussischen Besitzthümern bedroht sein; mußten sich doch jetzt schon eine Anzahl hochadeliger Grafen in der Stichwahl mit plebejischen Arbeitervertretern herumkugeln.

Theorie und Praxis.

Die Freisinnige Vereinigung (Mittert und Genossen) brachten in der vorletzten Session des Reichstages einen Gesetzentwurf ein zur größeren Sicherung des Wahlgeheimnisses. Das war die Theorie. In der Praxis wird anders gehandelt. Im Wahlkreis Rostock, in dem zuletzt Dr. Barth mit unserem Kandidaten Dr. Herzfeld in der Stichwahl stand, wurden ansichtlich der Stichwahl von seiten der Partei-

freunde des Dr. Barth Stimmzettel ausgegeben, auf welchen der Name des Kandidaten Dr. Barth so stark gedruckt war, daß man denselben deutlich auf der Rückseite erkennen konnte. Unsere Parteigenossen mußten deshalb vielfach zu dem Mittel greifen, den Namen des Dr. Barth durchzustreichen und den Namen unseres Kandidaten darauf zu schreiben. Der Führer der Liberalen Dr. Witte in Rostock zeigte seinen Respekt vor der freien Wahl auch dadurch, daß er am Tage vor der Stichwahl seinen Arbeitern erklärte: ich habe überall Vertrauensleute, die mir berichten werden, wie Ihr stimmt, und von wem ich erfahre, daß er Herzfeld wählt, der wird aus der Arbeit entlassen. Befehl, der am Vorabend der Stichwahl in einer außerordentlich besuchten Versammlung sprach, nagelte dieses unwürdige Benehmen des freisinnigen Führers geblühend an unter dem stürmischen Beifall der Versammlung.

In Rudolstadt

haben nahezu sämmtliche freisinnige Wähler für den nationalliberalen agrarischen Wischniack-Kandidaten Müller gegen unseren Kandidaten gestimmt. Dabei die unerhörtesten Wahlbeeinflussungen, die der Wahlprüfungskommission unbedingt Veranlassung geben werden, die Wahl für ungültig zu erklären. In mehreren Orten sah der Pfarrer am Eingang des Wahllokals, um jedem Wähler zusammengefaßt den Stimmzettel zu geben, den er unter Aufsicht des Pfarrers bis zum Wahlstich fragen mußte. Die elendesten Verleumdungen gegen die Sozialdemokratie, die Aufbietung des ganzen Beamtenapparates konnten schließlich dem Gegner doch nur eine Majorität von 500 Stimmen bringen. Ueber die Stellung der Freisinnigen schreibt das „Saalfelder Volksblatt“:

„Die zweifelhafteste Rolle bei der ganzen Wahl spielte ohne Streit Herr Lüttich, der Kandidat der Freisinnigen Vereinigung, der in seinen Wahlreden ständig die Gefahr, welche Deutschland und der deutschen Landwirtschaft infolge der agrarischen Agitation drohe, nicht schwarz genug malen konnte, um in letzter Stunde doch die Wahl des Agrar-Kandidaten seinen „Gesinnungsgenossen“ zu empfehlen. Kam in solchen Fälle überhaupt noch von einer „Gesinnung“ die Rede sein, oder nicht vielmehr einzig von dem Bestreben, vor der Regierung platt auf dem Bauche zu liegen? Und wenn aus dem Gros der freisinnigen Wähler nicht auch das letzte Fünkchen politischen Verständnisses und jedesweches Rückgrat geschwunden wäre, hätte dasselbe Herrn Lüttich die entsprechende Antwort erteilt; so aber ignorierten sie die Erklärung des liberalen Wahlvereins vollständig und verhielten dem Reaktionsär, der in den Versammlungen offen erklärte, daß das Getreide noch viel zu billig sei, gegen den Sozialdemokraten zum Siege.“

Geistliche Wahlmache.

Ganz Unglaubliches wird der Münchener „Neuen Freien Volkszeitung“ aus Paar bei Ingolstadt, Wahlkreis Donauwörth, gemeldet. Der Herr Pfarrer, obwohl nicht im Ausschuss, hielt sich den ganzen Tag im Wahllokale auf. Der Wahlvorstand öffnete jeden Zettel und reichte ihn dem Herrn Pfarrer, und erst dann kam der Zettel in die Urne. Schon der erste Zettel lautete auf Seid. Da fuhr der Herr Pfarrer den Wähler also an: „Schämen Sie sich nicht, einen Mann zu wählen, der vom Glauben abgefallen ist und seine Kinder protestantisch erziehen läßt?“

Der Kaplan von Hochbach (bei Aschaffenburg) erklärte nach der „Münchener Post“ am letzten Sonntag vor der Wahl in seiner Christenlehre, wer anders als Zentrum wähle, sei nicht würdig, das hl. Altarsakrament zu empfangen.

Das amtliche Ergebnis der Hauptwahl in Württemberg

liegt vor. Wir lassen die Gesamtziffer der Stimmen, welche die einzelnen Parteien auf sich vereinigen, folgen und stellen zum Vergleich die Ergebnisse der Wahlen von 1887 ab gegenüber:

	1893	1893	1890	1887
die „Nationalen“	95 427	92 490	121 125	206 195
das Zentrum	73 816	67 018	55 960	62 186
die Demokratie	75 105	105 617	95 591	41 152
die Sozialdemokratie	62 452	42 801	26 669	11 013
zersplittert haben sich	340	1 006**	—	—
ungültig waren	615	787	—	—

Im schweren Kampfe

trotz aller schädigen Mittel der Nationalliberalen haben unsere Genossen in Mannheim und Ludwigshafen die Mandate gewonnen. Unser Rheinheimer Parteiorgan kennzeichnet den Wahlkampf folgendermaßen:

„Es hat alles nichts geholfen, Mannheim und Ludwigshafen haben die Nationalliberalen an die Sozialdemokratie verloren. Der Schwindel der Nationalliberalen, daß das Zentrum, daß die Zentrumseitung in Berlin, ja sogar der Papst den Katholiken beschien habe, für den Nationalliberalen zu stimmen, hat nichts genützt. Im Speyerer Bezirk hatten die Nationalliberalen noch am Tage vor der Wahl, im Rheinheimer Landbezirk am Wahltage selbst riesengroße Plakate angehängt, auf welchen diese faustdicken Lügen zur höheren Ehre des allseinseligmachenden Nationalliberalismus allem katholischen Volke verhängt wurden; in Mannheim hatten sie sogar unter Druck ihres Ehrenwortes in letzter Stunde Stimmzettel von verschiedenem Papier fabrizirt; alle Künste der Verleumdung wurden angewendet; in Friedriessfeld wurden die Wahlarbeiter in geschlossenen Haufen an die Wahlurne geführt; — umsonst; die Nationalliberalen sind geschlagen und das rothe Banner flattert zu beiden Seiten des Rheins über den Schwefelstädten Mannheim und Ludwigshafen.“

Unternehmer-Verbände.

Ein Bund der Mittel- und Kleinmüller Deutschlands ist in einer entsprechenden Versammlung in Leipzig gegründet worden. Der Bund soll den 35 000 Mittel- und Kleinmüllern Deutschlands Gelegenheit zum engen Zusammenschlusse behufs Wahrung ihrer Berufsinteressen geben und als Gegengewicht gegen die Organisation der Großmüllfabrikanten sowie der Mülbergewerksamen und Wählerarbeiter dienen. Zu seinen ersten Aufgaben sollen die folgenden gehören:

1. Petition an den Bundesrath bezug. Reichstag um Beseitigung der Ausfuhrprämie für minderwertige Mehle bezug. Verringerung der Typenmuster.
2. Petition an den Reichstag bezug. an die einzelnen Landtage um Einführung einer stufelförmig wachsenden Umsatzsteuer für die Großmüllbetriebe.
3. Ausarbeitung einer Denkschrift über die Lage des Mühlen-gewerbes mit Anträgen zum Schutze der mittleren und kleinen Mühlen.

Das Kali-Syndikat scheint seinem Abschluß nahe. Das preussische Finanzwerk hat von seiner Vertheiligungsquote noch etwas an das Anhaltiner Werk abgegeben und wird sich so die Grundlage zu einer Verständigung finden. Die Werke Wilhelmshall und Hedwigsburg scheinen bereits sicher für die Sache gewonnen. Der Kontrakt soll bis Ende 1901 dauern. Damit die Agrarier der preussischen Regierung gegenüber nicht rebellisch werden, ist die Vereinbarung getroffen, daß der deutschen Landwirtschaft konzentrierte Düngergalze bis 80 pCt. Chlorkalium zu sehr billigen Preisen zur Verfügung gestellt werden können.

Eine Vertheilung der Kartellbildungen. Der eben vorliegende Jahresbericht pro 1897 des österreichisch-ungarischen General-Konvents in Berlin fügt nach einer allgemeinen Besprechung der Fortschritte, welche die Industrie Deutschlands in verflochtenen Jahre aufzuweisen hat, hinzu: Es mag nicht unerwähnt bleiben, daß einen nennenswerthen Antheil an dem Aufblühen einer großen

*) Deutsche Partei, Konservative und Bauernbündler.

** Darunter aus dem 1. Wahlkreis 460 Stimmen für den antisemitischen Kandidaten.

Anzahl von Industriegewerksamen die immer willere Heile gleiche Schutzbürgung der Betriebe hat. Angefaßt des vielfachen Anstiegs, die gegen die Industriehygiene gerichtet zu werden pflegen, ist die Anerkennung von Interesse, welche der Minister für öffentliche Arbeiten den großen deutschen Industriehygiene, mit denen die Verwaltung der Staatseisenbahnen zu thun hat, vor einiger Zeit angedeihen ließ. Unter Berücksichtigung der Gefahren, welche aus dem Mißbrauch der Syndikate entspringen können, rechnet der Minister die Erfahrungen, welche die Staatseisenbahn-Verwaltung mit den Syndikaten, und zwar dem Schienenhygiene, dem Syndikat der Waggonfabriken, dem Ruhrkohlen-Syndikat, wie auch mit den, wenigstens zu keinem Syndikat vereinigen, doch nach außen geschlossenen Lokomotiv-Fabriken gemacht hat, dahin, daß ohne die Syndikate ersens die Verwaltung ihre Materialien nicht zu so billigen und gleichmäßigen Preisen wie jetzt hätte beschaffen können und dieselbe den Gefahren der Ausnutzung der Konjunktur zu den willkürlichen Preistreibereien ausgelegt gewesen wäre, zweitens in dem betreffenden Produktionszweige eine sehr bedenkliche Ueberschüttung eingetreten wäre, drittens die Bestellungen der Staats-Eisenbahn-Verwaltung nicht vollständig im Inlande hätten bewirkt werden können, viertens den vielen tausenden von Arbeitern jener Produktionszweige dauernd nicht regelmäßige Arbeit hätte gesichert werden können. Ferner wird anerkannt, daß die gewerkschaftlichen Syndikate und Syndikatsverbindungen dem Auslandsverkehr mehr und mehr ihre Aufmerksamkeit widmen und auf Maßnahmen bedacht sind, welche der deutschen Industrie eine erfolgreiche Konkurrenz auf dem Weltmarkt sichern.

Wahlergebnisse.

Letow-Weedow-Storkow. Endresultat. Jubel 5 51 967, Vorberg 48361 Stimmen.

Ruppin-Templin. Dietrich A gewählt. Rostock. Herzfeld 5 11 230, Barth 5 10 882. Wenige kleine Dorfer fehlen, auf Endergebnis ohne Einfluß. Gewählt Herzfeld 5.

Torgau. Andrie 5 8065, Graf A 6871.

Neubad A. Saale. Moriz A gewählt. Im Wahlkreis Weener-Beer-Emden (l. Hamob.) wurde Fran- z u s K in der Stichwahl mit 9368 gegen den Grafen von und zu K u p h a u s e n mit 9008 Stimmen gewählt. In der Hauptwahl erhielten K: 6725, K: 5761, Hug 5 792 Stimmen.

Minden-Lübbecke. Endresultat: Graf v. Moon 11 019, Demmig 5 9817.

Stegen. Stöcker christlich-sozial 12 106, Kreuz 12 055.

Schlauwe-Rummelsburg-Wäton. Steinhauer 5 9 gewählt.

Jena. Wasserbaum A gilt als sicher, doch ist ein endgültiges Ergebnis noch nicht eingetroffen.

Eisenach. Casselmann 5 5 gegen Bähold 5 gewählt.

Hof. Münch-Kerber R gegen Stücken S gewählt.

Weimar. Endresultat: Sander 5 10 957, v. Egloffstein 10 881. Vaudert somit gewählt.

München I. Vir 5 9892, Schwarz 11 185. Letzterer ge-wählt.

Fürth-Erlangen. Segin S mit circa 3000 Stimmen Majorität gewählt. Bisheriger Vertreter Lehrer Weiß 5 5.

Würzburg. Cijinger 5 6087, Luz 8558. Letzterer gewählt.

Literarisches.

Das Reichsgesetz, betreffend die Unfallversicherung der bei Vanten beschäftigten Personen vom 11. Juli 1887. Textausgabe mit Anmerkungen und Sachregister, zweite Auflage, herausgegeben von A. Chrczescinski, kaiserl. Reg.-Rath und ständiges Mitglied des Reichs-Verwaltungsraths (Guten-tägliche Sammlung Deutscher Reichsgesetze Nr. 28). Berlin 1898. 3. Untertag. XXIII u. 218 S. 10^o. Preis 1,60 M.

Diese in erster von L. Rudgan vor 10 Jahren erschienene Ausgabe verständigigt in der eben erschienenen zweiten Auflage die Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes und stellt sich als vollständig neue Bearbeitung dar. Durch klare Gliederung des Textes, leicht verständliche kurze Anmerkungen und durch Hinzufügung aller für die behandelte Materie noch in betracht kommenden Gesetze und Verordnungen wie des Unfallversicherungsgesetzes vom 6. Juli 1884, Anleitungen des Reichs-Verwaltungsraths, Formularen für die Unfallanmeldung zc. ist die Ausgabe sehr geeignet auch für den Gebrauch der Gewerkschaften und Krankenkassen.

G. Freytag's Karte des spanisch-amerikanischen Kriegsschauplatzes nebst einer Darstellung der beiderseitigen Armee und Flotte. Maßstab 1: 20 Millionen. Mit zwei Nebenkarten: Cuba (Maßstab 1: 5 Millionen), Ostküste der Vereinigten Staaten (Maßstab 1: 30 Millionen). Preis 80 Pf. Wien, Leipzig 1898. Verlag von G. Freytag u. Berndt.

Für diejenigen, welche eine kleine nett ausgeführte Karte des westindischen Kriegsschauplatzes mit einer Uebersicht über die den Kriegsschauplatz begrenzenden Staaten besitzen wollen, aber weniger Werth auf ein reichhaltiges Material an Ortsnamen legen, ist das kleine Werkchen, das billiger ist, als andere Kartenwerke, recht empfehlendwerth. — B.

Was leistet die Mittelschule? (Mittelschul-Enquete der „Bage“). I. Haupttheil. Gutachten der Herren Univ.-Prof. Dr. W. Dastibel, Hofrath Prof. Dr. J. Schnabel zc. zc. zc., mit den sich anschließenden Diskussionen. Herausgegeben von der Redaktion der „Bage“. Redigirt und eingeleitet von Dr. Robert Scheu, VI und 133 S. 8^o. Preis 1 Krone (85 Pf.) Wien. Kommissionsverlag und Druck der Gesellschaft für graphische Industrie.

Diese Schrift geht zwar von österreichischen, speziell deutsch-österreichischen Verhältnissen aus, ist aber in allen wesentlichen Punkten auch werthvoll für die Beurtheilung der deutschen Mittelschulverhältnisse, zum Theil hat die Kritik an den österreichischen Gymnasien wegen ihres modernen Schulplanes weniger scharf zu sein als die an den deutschen Gymnasien. Wenn auch nicht voll allen in Frage kommenden Gesichtspunkten, so doch von einer Reihe ganz erheblicher aus hat die Enquete zu sehr fruchtbaren und werthvollen Ergebnissen geführt, sie ist ein kulturhistorisches Dokument für die Macht der Tradition und die Rückständigkeit unseres höheren Schulwesens. Wir können die gehaltreiche Schrift allen denen, die sich ernstlich für die Mittelschulreform interessieren, warm empfehlen. —

Eingelaufene Druckchriften.

Le Devant Social. Revue internationale d'économie, d'histoire et de philosophie. Parait tous les mois en un fasc. de 96 pages gr. in-8. Abonnement annuel: 15 fr.; Etranger, 20 fr. 16, rue Soufflot, Paris. Sommaire du N^o 5 (Mai). Salario. Prix et Profita. Karl Marx. Quelques questions relatives aux dettes publiques. Mané-Dari. Législation ouvrière. — Accidents du travail; pensions pour la vieillesse; émigration. (Italie). Filippo Virgili. Le mouvement socialiste a l'étranger. — Belgique (Huyssmans). — Angleterre (Ch. B.). — Russie (Pétrof). — Pologne (Elehard Esse). Revue de Rouvres. — La Revue Socialiste (Hubert Lagardelle). — Neue Zeit (Sa.). Revue Critique. — Gumplovicz: Sociologie et politique (Elehard Esse). Notes Bibliographiques. — Mikhalowsky. — Magalhaes Lima.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

London, 27. Juni. (28. Z. B.) Das Unterhaus nahm die dritte Lesung der ostindischen Anleihebill an.

Hofohama, 27. Juni. (28. Z. B.) Das Kabinet Ito hat seine Entlassung genommen. Gleichzeitig hat Marquis Ito dem Bunsho Entschuldigung gegeben, alle seine Aufzeichnungen und Ehrenabzeichen niederzulegen. —

Für den Wahlfonds

gingen ein: Ein verwaister Budiser von Treptow durch Th. 3., ...

Wie und wann ist ein Wahlprotest einzureichen.

Zur Einreichung eines Wahlprotestes ist jeder Deutsche berechtigt, gleichgültig ob er in dem Wahlkreis, auf den sich der Protest bezieht, wohnt oder nicht.

Zu beachten ist ferner, daß der Protest spätestens 10 Tage nach Eröffnung des Reichstages beim Reichstags-Bureau eingelaufen sein muß.

Für den Wahlprotest empfiehlt es sich nur, wirklich gravierende Vorgänge aufzunehmen und Nebensachen, welche auf das Endergebnis der Wahl ohne Einfluß sind, fortzulassen.

Derartige Angaben haben also nur einen Sinn, wo die Wahl nur mit ganz geringer Mehrheit erfolgt ist.

Der Nachweis, daß durch die Konfiskation der Stimmzettel oder durch die Eistritzung von Stimmzetteln es unmöglich gemacht worden ist, an bestimmten Orten oder Bezirken Stimmzettel rechtzeitig vor dem Wahltage oder an diesem zur Verheilung zu bringen, genügt unter Umständen, die Wahl zu kassieren.

Als unmissverständlichen Grundlag müssen die Protesterheber festhalten, nur wirklich Erweisbares anzuführen und die Zeugen für die Behauptungen in dem Proteste sofort anzugeben.

Es empfiehlt sich, von Wahlprotesten, die an den Reichstag eingeleitet werden, der sozialdemokratischen Fraktion eine Abschrift zugehen zu lassen.

Die vier Mailändertage

und die sozialistische Partei Italiens.

Gegenüber den wahrheitswidrigen Berichten, welche die monarchistische Presse in Italien, von den im Dienst der Regierung stehenden Telegraphenagenturen unterstützt, über die Vorfälle in Mailand ausstritten, wenden die Mailänder Flüchtlinge sich an die Genossen aller Länder mit der Bitte, sie mit den nötigen Mitteln, vor allem durch die Presse, in der Feststellung der Wahrheit über die Vorfälle, unterstützen zu wollen.

Die Ursachen des Aufstandes.

Unter den verschiedenen Fragen, welche in dem sozialen Leben Italiens einer Lösung harren, steht seit 1897 diejenige über die Brotpreise obenan.

Als die Dezemberverordnungen niederliefen und die Brotpreise auf 45-50 Centesimi das Kilogramm stiegen, erhoben sich Tumulte in verschiedenen Städten, besonders in Süd- und Mittelitalien.

Doch kam die Mahnung zu spät, um verhindern zu können, daß die private Spekulation durch geschickte Manöver die Vorräte der Preisermäßigung wieder zunichte machte.

Preis des Kilogramm Brotes wieder auf 50 Cent. (40 Pf.) und mehr besonders in den Gegenden, wo eine große Menge der Bewohner durchschnittlich nicht mehr als 75 Cent. (60 Pf.) pro Tag zum Unterhalt für sich und ihre Familien verdienen.

Der erste Mai nahte und in dem Lande der Madrigale und der Liebesstränge zuckten durch den Volkslörper die Schauer des Aufsturus.

Und nun brach der Aufruhr aus. Am 1. Mai überfielen die Arbeiter die Straßen und stürzten über die Plätze von Livorno, Sesto Fiorentino, Piacenza, Ferrara, Idroli Rimini, Vagnacarlo, Pavia und viele andere Städte.

Die Regierung antwortete, indem sie die Zollgebühren bis zum 30. Juni abschaffte (welche Maßnahme dieselbe Regierung acht Tage zuvor als unmöglich, als Landesruin erklärt hatte) und indem sie gleichzeitig die Hungerlöhne niederschleichen ließ!

In Livorno fiel, von einer landesherrlichen Kugel getroffen, der junge Republikaner Nuzio Ruffi, Student der Rechte, Sohn des Vizepräsidenten der Kammer, gerade im Augenblick, da er der Menge Ruhe und Besonnenheit predigte!

Und indessen feierte das Königspaar, umgeben von dem gewohnten Kreis von Fürsten, Senatoren, Abgeordneten und andern Parasiten frohlich zu Turin den fünfzigsten Jahrestag der Befreiung Italiens!

Die Psyche des Mailänder Aufstandes.

Und in Mailand? Die besseren ökonomischen Bedingungen dieses großen industriellen und kommerziellen Mittelpunktes verhinderten, daß der Aufstand der anderen italienischen Städte hier ein Echo für ganz dieselben Bedürfnisse erweckt hätte.

Niemand an jenem Tage ahnte die unmittelbare Gefahr eines Aufstandes, und wachen Aufstandes! Niemand vor allem von all denen, die inmitten der proletarischen Organisation lebend, ganz genau zu hause, da keiner der Führer auch nur eine Ahnung der kommenden Ereignisse hatte.

Die Psyche des Mailänder Aufstandes ist, scheint mir, ziemlich klar in dem Manifest dargelegt, welches von uns Flüchtlingen dieser Tage an alle arbeitenden Genossen und an alle ehrlichen Männer jeder Partei gerichtet worden ist.

Seit Jahren wird das italienische Volk von tiefem wirtschaftlichem Elend bekränkt; seit Jahren leidet es unter dem Joch eines verderblichen Abgabensystems und wird von einer Militärorganisation ausgehöhlet, die täglich das beste seiner Arbeit für sich beansprucht.

Seit Jahren steht das italienische Volk, wie die Immoralität herrscht, wie die Mäurer und Verschwenker des öffentlichen Bewußtseins jedem Angriff widerstehen und die Regierung des Landes festhalten; steht, wie unerhörte Willkürschleichen (wie die Töddung Prezzi) unbetrast bleiben und wie die öffentlichen Gelder in Verschwendung vergeudet werden.

Bas Wunder, wenn der Begriff Ordnung und Recht in dieser Form dem Volke eingepflanzt durch dessen regierende Mächt, daselbe zum Widerspruch reizt, so daß es sich zeitweise gegen solch „Ordnungssystem“ aufbäumt?

Der Aufstand dauerte vier Tage, vom sechsten bis zum neunten Mai. Er entwickelte sich unregelmäßig, impulsiv, oft kindisch und noch öfters heldenhafte, beläufig und erblickt von den Kavalleriechargen, den Bajonetten, den Gewehrsalven, den Kanonen!

Nicht heute ist die Stunde, um die Chronik jener vier Mailänder Tage niederzuschreiben, doch mögen die auswärtigen Genossen schon heute sich wohl merken, daß die niedrigen Verleumdungen, mit welchen die Bourgeoisie seinerzeit die Ermordung der „Pariser Kommune“ beschönigen wollte, auch dieses Mal versucht wurden, um die sozialistische Partei und das Volk im allgemeinen herabzusetzen.

Doch die Wahrheit wird, früh oder spät, siegen; und obwohl fast die ganze sozialistische und republikanische Presse unterdrückt worden ist und den wenigen übrig gebliebenen Blättern der Mailkorb angelegt wurde; obwohl die Fäden unserer Verbindungen sämtlich zerissen worden sind und unsere besten Genossen fast alle im Kerker oder in der Verbannung schmachten, trotz alledem können wir heute schon mit vollen Beweisen widerlegen:

1. daß der Aufstand vorbereitet war, 2. daß sich derselbe durch Vänderungen entehrt habe, 3. daß das Volk bewußt gewesen.

Das Organ der industriellen Bourgeoisie Oberitaliens, der „Corriere della Sera“, welches der sozialistischen und republikanischen Partei unerbittliche Feinde geschworen, während es den außerordentlichen Kommissar, General Vava Beccaris, in den Himmel erhebt, schreibt über die Bewegung der Landbevölkerung: „Daß die Bewegung bald aufhören muß, läßt sich aus dem gänzlichen Mangel an Führung und Wiederholung derselben folgern.“

Die gestern vorgeschalteten Zusammenkünfte bezweckten seitens der Tumultuanten keinerlei vorbedachten Plan. Die Barrikaden wurden ohne taktische Berechnung angezündet und ohne Widerstand im Stich gelassen.

Im das Landvolk als Diebesbande zu kennzeichnen, verbreitete die offiziöse Presse im Verein mit den Telegraphenagenturen die Nachricht von der Vänderung des Palastes des Marquis Saporito auf dem Florio Porta Venezia, wo die ersten Barrikaden angezündet worden.

Der Verwalter des Hauses Saporito erklärt diese Nachricht für absolut falsch: die Aufständischen begnügten sich damit, einige schwere Möbel zum Barrikadenbau auf die Straße zu schleppen.

Was nun die Waffen betrifft, welche unter das Volk vertheilt worden sein sollen, so liegt hier die Bilanz des Aufstandes vor, ein klarer Beweis, daß dasselbe unbewaffnet gewesen.

Seitens der regulären Truppen zählt man: Von Soldaten: Gestorben 1, verwundet 20, gefangen —

Seitens des Volkes hingegen: Gestorben 300, schwer verwundet 350, leicht verwundet 500, gefangen 2000.

Dinzufügen lassen sich noch folgende Gewaltmaßregeln: Aufgelöst wurden: Die Arbeitskammer, das sozialistische Generalkomitee, ebenso das republikanische und das literarische; alle politischen und wirtschaftlichen, den beiden ersten Parteien angehörenden Verbindungen, wozu noch die Cooperativen, die Gefangenen- und Unterhaltungsvereine zu rechnen sind.

Die Zahl der Gefangenen über 2000, fällt die Kerker und das Kastell. Dies alles, selbstverständlich, nur in Mailand allein.

Von unseren Abgeordneten sind gefangen: Turati, Bissolati, Morgari, Rossi, Costa, Pescetti mußte nach Montecitorio (den Parlamentpalast) gehen und Rondani gelang es, über die Grenze nach Lugano zu flüchten.

Des weiteren befinden sich im Kerker der Advokat Romussi, Direktor des „Secolo“; Gustavo Ghiesi, Direktor der „Italia del Popolo“; der Advokat Federici, Mitarbeiter des gleichen Blattes. Zu Rom wurden sämtliche Redaktionsmitglieder des „Avanti“ verhaftet.

Das gedungene Heer. Die militärische Diktatur ist natürlich im Dienst der monarchischen Bourgeoisie, welche nun ihrer persönlichen Rache sowie ihrem Haß gegen Parteien und Klassen freien Lauf läßt.

Die Benehmen der sozialistischen Partei. Wie benahm sich unsere Partei gegenüber den Ereignissen dieser Tage?

Von ihren wiederholten Vorschlägen zur Abschaffung des Getreidezolles und für andere Verbesserungen sprachen wir schon. Wir möchten nun noch ganz besonders das Benehmen der Partei gegenüber dem Aufstand beleuchten.

Als: Zu Ende April wurde in einer der gewöhnlichen Verhandlungen derselben in Vorschlag gebracht, eine öffentliche Demonstration gegen die Brotvertheuerung zu veranstalten; lange und lebhaft wurde debattirt; einerseits glaubte man eine Demonstration notwendig auch trotz polizeilichen Verbots, andererseits warnte man vor unruhiger Verzeiterung der Straße und vor einem Konflikt gegenüber der Reaktion, und schließlich wurde mit 600 Stimmen gegen 50 der Vorschlag zu Grabe getragen.

Zu den ersten Tagen des Mai begannen die Unruhen wegen der Hungernöth eine geradezu nationale Bedeutung anzunehmen und das Echo der Aufstände in den anderen Städten brachte auch die Volksoeise zu Mailand in Gährung.

An 6. Mai brachen die ersten Tumulte aus, hervorgerufen, wie bekannt ist, durch die Verhaftung einiger junger Leute, welche jene Manifeste der Partei, die von der Behörde sanktionirt worden waren, ausstülten.

Morgens, den sechsten Mai traten die einflussreichsten unserer Freunde zusammen: Einige riefen zu einem neuen, zur Ruhe mahnenden Manifest, doch wollte man vorerst die Versammlung, welche Abends stattfinden sollte, besagen.

Am 7. Mai brachen die ersten Tumulte aus, hervorgerufen, wie bekannt ist, durch die Verhaftung einiger junger Leute, welche jene Manifeste der Partei, die von der Behörde sanktionirt worden waren, ausstülten.

Morgens, den sechsten Mai traten die einflussreichsten unserer Freunde zusammen: Einige riefen zu einem neuen, zur Ruhe mahnenden Manifest, doch wollte man vorerst die Versammlung, welche Abends stattfinden sollte, besagen.

Am 8. Mai brachen die ersten Tumulte aus, hervorgerufen, wie bekannt ist, durch die Verhaftung einiger junger Leute, welche jene Manifeste der Partei, die von der Behörde sanktionirt worden waren, ausstülten.

Morgens, den sechsten Mai traten die einflussreichsten unserer Freunde zusammen: Einige riefen zu einem neuen, zur Ruhe mahnenden Manifest, doch wollte man vorerst die Versammlung, welche Abends stattfinden sollte, besagen.

Am 9. Mai brachen die ersten Tumulte aus, hervorgerufen, wie bekannt ist, durch die Verhaftung einiger junger Leute, welche jene Manifeste der Partei, die von der Behörde sanktionirt worden waren, ausstülten.

Morgens, den sechsten Mai traten die einflussreichsten unserer Freunde zusammen: Einige riefen zu einem neuen, zur Ruhe mahnenden Manifest, doch wollte man vorerst die Versammlung, welche Abends stattfinden sollte, besagen.

Am 10. Mai brachen die ersten Tumulte aus, hervorgerufen, wie bekannt ist, durch die Verhaftung einiger junger Leute, welche jene Manifeste der Partei, die von der Behörde sanktionirt worden waren, ausstülten.

Morgens, den sechsten Mai traten die einflussreichsten unserer Freunde zusammen: Einige riefen zu einem neuen, zur Ruhe mahnenden Manifest, doch wollte man vorerst die Versammlung, welche Abends stattfinden sollte, besagen.

Am 11. Mai brachen die ersten Tumulte aus, hervorgerufen, wie bekannt ist, durch die Verhaftung einiger junger Leute, welche jene Manifeste der Partei, die von der Behörde sanktionirt worden waren, ausstülten.

Morgens, den sechsten Mai traten die einflussreichsten unserer Freunde zusammen: Einige riefen zu einem neuen, zur Ruhe mahnenden Manifest, doch wollte man vorerst die Versammlung, welche Abends stattfinden sollte, besagen.

Am 12. Mai brachen die ersten Tumulte aus, hervorgerufen, wie bekannt ist, durch die Verhaftung einiger junger Leute, welche jene Manifeste der Partei, die von der Behörde sanktionirt worden waren, ausstülten.

Morgens, den sechsten Mai traten die einflussreichsten unserer Freunde zusammen: Einige riefen zu einem neuen, zur Ruhe mahnenden Manifest, doch wollte man vorerst die Versammlung, welche Abends stattfinden sollte, besagen.

Am 13. Mai brachen die ersten Tumulte aus, hervorgerufen, wie bekannt ist, durch die Verhaftung einiger junger Leute, welche jene Manifeste der Partei, die von der Behörde sanktionirt worden waren, ausstülten.

Morgens, den sechsten Mai traten die einflussreichsten unserer Freunde zusammen: Einige riefen zu einem neuen, zur Ruhe mahnenden Manifest, doch wollte man vorerst die Versammlung, welche Abends stattfinden sollte, besagen.

Am 14. Mai brachen die ersten Tumulte aus, hervorgerufen, wie bekannt ist, durch die Verhaftung einiger junger Leute, welche jene Manifeste der Partei, die von der Behörde sanktionirt worden waren, ausstülten.

Morgens, den sechsten Mai traten die einflussreichsten unserer Freunde zusammen: Einige riefen zu einem neuen, zur Ruhe mahnenden Manifest, doch wollte man vorerst die Versammlung, welche Abends stattfinden sollte, besagen.

Am 15. Mai brachen die ersten Tumulte aus, hervorgerufen, wie bekannt ist, durch die Verhaftung einiger junger Leute, welche jene Manifeste der Partei, die von der Behörde sanktionirt worden waren, ausstülten.

Morgens, den sechsten Mai traten die einflussreichsten unserer Freunde zusammen: Einige riefen zu einem neuen, zur Ruhe mahnenden Manifest, doch wollte man vorerst die Versammlung, welche Abends stattfinden sollte, besagen.

Am 16. Mai brachen die ersten Tumulte aus, hervorgerufen, wie bekannt ist, durch die Verhaftung einiger junger Leute, welche jene Manifeste der Partei, die von der Behörde sanktionirt worden waren, ausstülten.

Morgens, den sechsten Mai traten die einflussreichsten unserer Freunde zusammen: Einige riefen zu einem neuen, zur Ruhe mahnenden Manifest, doch wollte man vorerst die Versammlung, welche Abends stattfinden sollte, besagen.

Am 17. Mai brachen die ersten Tumulte aus, hervorgerufen, wie bekannt ist, durch die Verhaftung einiger junger Leute, welche jene Manifeste der Partei, die von der Behörde sanktionirt worden waren, ausstülten.

Morgens, den sechsten Mai traten die einflussreichsten unserer Freunde zusammen: Einige riefen zu einem neuen, zur Ruhe mahnenden Manifest, doch wollte man vorerst die Versammlung, welche Abends stattfinden sollte, besagen.

*) Und liegt dieser bemerkenswerthe Artikel seit Wochen vor. Da der Wahlkampf aber die Aufmerksamkeit der deutschen Leserschaft völlig abseorbirte, haben wir gerade im Interesse der Wirkung dieses Artikels seine Veröffentlichung bis heute verschoben.

Parlei-Nachrichten.

Ein Konserbativer Radefisch. Wie der Chemnitzer Beobachter meldet, ist dem sozialdemokratischen Gemeinderathmitglied Albin Berner in Dorfe Breitenbrunn bei Johannegeorgenstadt von der Amtshauptmannschaft die Ausübung der Polizei-Aufsicht verboten worden, weil er als sozialistischer Agitator thätig gewesen sei.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Vom Landgericht in Halberstadt wurde der Redakteur der Arbeiter-Zeitung, Genosse Emil Meyer, wegen Beleidigung der Potsdamer Strafkammer zu 3 Monaten Gefängnis verurtheilt. — Genosse Karl Künne, früherer verantwortlicher Redakteur desselben Blattes, hat am 24. Juni die viermonatige Gefängnisstrafe angetreten, die ihm wegen Mißthatsbeleidigung auferlegt ist. Er hatte vom Ersten Staatsanwalt, dem Geheimen Justizrath Schöne, einen Aufschub von 24 Stunden, und zwar bis zum Abend des 24. Juni erwirkt, wurde aber trotzdem am Vormittag dieses Tages verhaftet und konnte infolge dessen nicht an der Reichstagswahl theilnehmen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Vergolder! Die Kollegen werden dringend ersucht, sich an der Einzeichnung in die Listen zur Gewerbe- und Gewerkschaftswahl vollständig zu betheiligen. Die Stellen, wo die Listen ausliegen, sind an den Aufschlagtaulen, ebenso im „Vorwärts“ ersichtlich. Ebenso liegen Listen im Arbeitsnachweis beim Kollegen Köppl aus. Der letzte Termin zur Eintragung ist Donnerstag, den 30. d. M. Thue jeder Kollege seine Pflicht! Der Bevollmächtigte der Filiale Berlin, Emil Dehert.

Achtung, Steinarbeiter! Da gegenwärtig bei uns keine Zustimmung besteht, so sind wir in die Lage versetzt, uns bei den Gewerbe- und Gewerkschaftswahlen zu betheiligen. Bis zum 30. Juni muß ein Jeder in die Wählerliste eingetragen sein und wird am selbigen Tage die Aufnahme geschlossen. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, sich daran zu betheiligen. Auf alle größeren Plätze sind Formulare zur Aufnahme in die Wählerliste hingefendet worden. Sollten diese nicht anlangen, so bitte ich die Kollegen, sich an die Stellen zu bemühen, die im „Vorwärts“ am letzten Sonntag veröffentlicht worden sind oder zu mir. K. Kleinert, Schönberg, Sebanstr. 11/12.

Von der Firma Ouffeld, Andreas-Hof, erhalten wir eine Zuschrift, in welcher gesagt ist, daß das in Nr. 145 über betreffende Firma Mitgetheilte den Thatfachen nicht entspricht.

Deutsches Reich.

Zum Hamburger Bäckerstreik. Insgesamt arbeiten jetzt rund 400 Gesellen zu den neuen Bedingungen, das sind etwa 40 pCt. der bis vor Ausbruch des Streiks beschäftigten gewerlichen Gehilfen. Verschiedene Bäckermeister haben die 1000 M. Konventionalstrafe zahlen lassen und haben die Forderungen bewilligt, um ihr Geschäft nicht zu Grunde zu richten. Die Brotansträger aus den bewilligten Bäckereien sind von dem Gewerkschaftskartell mit einer Legitimation versehen worden. An die Frauen wird im „Echo“ besonders appelliert, die Streikenden dadurch zu unterstützen, daß sie kein Brot aus solchen Bäckereien entnehmen sollen, welche nicht bewilligt haben. In dem Anruf heißt es u. a.: „Zum Reichstag wählen dürft Ihr nicht, aber Euren Brotmann wählen dürft Ihr! Was wollen die Bäcker- und Konditor-Gesellen, die unser täglich Brot und die „Lederhölzer“ für die Feindmörder im Schwelge ihres Angesichts in saurer Nachtarbeit baden müssen? Sie wollen nicht mehr länger als schlechtere, misachtete „Hausväter“ ihre Fische unter des Herrn Meisters Tisch“ füttern. Sie wollen schlecht und recht, wie andere Arbeiter auch, ein Stübchen und ein sauberes Bett haben und wollen endlich auch, als Männer, das natürliche Selbstbestimmungsrecht über ihren Magen und ihre Freistunden ausüben dürfen. Viele Male haben die Besten unter ihnen versucht, sich und die vielen Tausende ihrer verflachten Kollegen aus dieser total veralteten Sklaverei zu befreien — den so tief darnieder gehaltenen war's nicht möglich — der „Meistering“ hielt sie zu fest umspannt. Kom wohl, Ihr Frauen des Proletariats, nun zeigt einmal, ob Ihr den mächtigen Ring nicht sprengen könnt! Was wollen die Herren Meister denn machen, selbst wenn die vielen hundert gelehrten streikenden Bäcker-Gesellen durch herangeholte Arbeitswillige „erlebt“ wären — wenn Ihr mit Mann und Kindern das von ihnen hergestellte Nachwerk nicht eßt?“

Der unvermeidliche „Arbeitgeber-Verband Hamburg-Altona“, derselbe, der schon während des Hafenarbeiter-Ausstandes sein Wesen trieb, hat nun ebenfalls Stellung zum Streik der Bäcker genommen. Er erläßt in den Hamburger Blättern einen Aufruf, in dem behauptet wird, daß der Streik durch genügenden Zugang von Arbeitskräften erledigt sei. Um der „sozialistischen Wuchstfrage“ (gemeint ist der Vorstoß) entgegenzutreten, werden die bürgerlichen Streife Hamburgs aufgefordert, die gesperrten Bäckereien in diesem Kampfe zu unterstützen und ihren Bedarf an Brot ausschließlich von diesen decken zu lassen.

In ganzen steht der Streik für die Arbeiter günstig; die Hauptfrage bleibt, daß der Zugang abgehalten wird. Der Braunschweiger Maurer- und Bauarbeiter-Streik ist auf unbestimmte Zeit vertagt, da es augenblicklich nicht möglich war, bei allen Arbeitgebern die gestellten Forderungen zu erreichen. Der Zugang nach Braunschweig ist bis auf weiteres noch streng fernzuhalten. Alle Anfragen sowie etwaige Geldsendungen sind an Fr. Wagener, Bendenstr. 45, zu richten. Alle arbeiterfreundlichen Blätter sind um Abdruck gebeten.

In Gauen hat sich eine Vereinigung sämtlicher Bau-Unternehmer, Maurer- und Zimmermeister gebildet. Diese beschloß, den streikenden Zimmerleuten eine Lohnaufbesserung von 2 Pf. zu bieten. Die ausständigen Zimmerer-Gesellen hielten nun eine Versammlung ab, in der beschloffen wurde, die gestellten Forderungen hoch zu halten, insbesondere darauf zu dringen, daß die den Meistern gedruckt überreichten Forderungen unterschrieben anerkannt würden.

Der Streik der Dachdecker in Münster dauert fort; ein Meister hat bewilligt. Zugang ist fernzuhalten. Sendungen sind zu richten an E. Düren, Schlosser, Webelinghofergasse 8 L.

Ein Theil der gemahregelten Vergleiche vom Erzgebirg-Steinkohlen-Aktienverein in Jwitzan will noch die Vermittelung des königlichen Vergamts anrufen, um womöglich die Maßregelungen rückgängig zu machen; auch soll der Stadtrath ersucht werden, Sammlungen für die Familien der Gemahregelten zu gestatten. Die Humanität der Werkverwaltung hat sich darin im schönsten Licht gezeigt, daß neben tüchtigen kräftigen Arbeitern auch solche mit entlassen worden sind, welche sich auf dem Werke Knochenbrüche, Leidschäden etc. geholt und in abschbarer Zeit vielleicht hätten invalidisiert werden müssen. Einer der Entlassenen, der mit in die Lohnkommission gewählt worden war, hat dem Werke seine Kräfte 32 Jahre geopfert. Der erlittene Fehlschlag hat aber vielen die Augen geöffnet. Anmeldungen zum Verband der Deutschen Berg- und Hüttenarbeiter finden in jeder Versammlung zahlreich statt.

Ausland.

Der Ausstand der Bäckereiarbeiter von Graz ist nun erfolgt; 400 Gesellen sind daran betheilig. Die Meister suchen Ersatzkräfte aus Wien heranzuziehen.

Und der Schweiz. Die Friseur-Gehilfen stehen an allen größeren Orten der Schweiz in einer Bewegung für den Ladenschluss an Sonntagen mittags 12 Uhr. In Zürich haben bereits 128 Prinzipale die Forderung bewilligt und man glaubt, auch die anderen dafür zu gewinnen. — Unter Leitung des Stadtrathes sind die Vertreter der Schneider-Gehilfen und Meister in Bern geeinigt auf die Aufhebung der Sperren und über den Abschluß der erfolgten Rindigungen. In weiteren Verhandlungen soll ein einheitlicher Tarif für alle größeren Etablissements aufgestellt werden.

Französische Streiks im Jahre 1897. Das Arbeitsamt verzeichnet für das vergangene Jahr 856 Streiks, darunter 1 Ausübung, mit einer Gesamtzahl von 88 875 Theilnehmern (81 623 Männer, 4106 Frauen und 3146 Minderjährige), welche in 2568 Unternehmungen beschäftigt waren, davon 65 Aktienbetriebe. Die Zahl der verloren gegangenen Arbeitstage beträgt 780 044, einschließlich der 60 433 Arbeitstage, welche 5999 nicht streikenden, aber vom Streik passiv mitgetroffenen Arbeitern entgingen. Die durchschnittliche Streikdauer pro Arbeiter beträgt 10 1/2 Tage, die geringste Differenz in den letzten fünf Jahren. In den 65 Aktienbetrieben allein streikten 15 489 Personen, nahezu ein Viertel der Gesamtzahl der Streikenden im Laufe des Jahres.

Im Jahre 1896 zählte man 476 Streiks mit 41 851 Streikenden in 2178 Betrieben und 644 168 Streiktage oder 18 1/2 Tage pro Streikenden.

Die Streikbewegung des Jahres 1897 betraf demnach in ausgesprochenem Maße mehr Großbetriebe und war milder ausdauernd als im Jahre 1896. Der Rückgang der Streikzahl im Vergleich mit 1896 rührt fast ausschließlich von der Textilindustrie her, wo man 1897 82 Streiks zählte gegenüber 197 im Jahre 1896. Das giebt einen Begriff von der verheerenden Geschäftslage dieser Industrie. Auf die einzelnen Arbeitszweige vertheilt sich die Streiks und die Streikenden wie folgt: Landwirtschaft, Forste und Fischerei 4.1 pCt. der Streiks und 30.6 pCt. der Streikenden, Bauindustrie 16.8 pCt. und 22 pCt., Textilindustrie 23 und 12 1/2 pCt., Kohlengruben 4.4 und 9.7 pCt., Metallindustrie 16.8 und 6.8 pCt., Steinbrüche 2.1 und 4 1/2 pCt., Holzindustrie 10 1/2 und 5.7 pCt. u. a. m.

Die Ursachen der Streiks waren: Lohnserhöhung 52 pCt. der Streiks und 89 pCt. der Streikenden, Abwehr gegen Lohnherabsetzung 11 und 3.9 pCt., andere Lohnstreitigkeiten 9.8 und 17.2 pCt., Verlängerung der Arbeitszeit unter Aufrechterhaltung oder Erhöhung des Lohnes 7.6 und 8.2 pCt. Dazu kommen eine Anzahl anderer Forderungen, die meist mit der einen oder anderen der angeführten drei Hauptforderungen zugleich gestellt wurden. Es seien namentlich erwähnt: Forderung der Aufhebung des Stillschließens oder Kampfs gegen dessen Einführung 2.8 pCt. der Streiks und 0.75 pCt. der Streikenden, Personenfragen 20.7 und 25.3 pCt., also die zweitwichtigste Ursache nächst den Lohnforderungen. Der Prozentsatz des Erfolges ist dagegen bei den Personenfragen am geringsten.

Der Ausgang der 856 Streiks: 68 Streiks mit 19 888 Theilnehmern in 237 Betrieben waren erfolgreich, 123 Streiks mit 28 767 Theilnehmern in 1564 Betrieben endeten mit einem Ausgleich, 166 Streiks mit 20 270 Theilnehmern in 767 Betrieben waren erfolglos. Eine interessante Feststellung der Thatfache, daß größere Streiks mit mehr Theilnehmern in größeren Betrieben am erfolgreichsten sind, weil diese Bedingungen gewöhnlich mit einer besseren gewerkschaftlichen Organisation zusammenfallen.

Der Prozentsatz der Erfolge war 1897 geringer als 1896 in bezug auf die Zahl der Streiks, aber höher in bezug auf die Zahl der Streikenden. Das zeigt uns folgende Zusammenstellung:

Ergebnisse	Streiks		Streikende	
	1896	1897	1896	1897
Erfolg	21,58	19,10	23,23	28,80
Ausgleich	25,63	34,27	34,21	20,43
Mißerfolg	49,73	46,63	42,56	41,77

Von den 856 Streiks des Jahres betrafen 276 je einen einzigen Betrieb, 2 bis 5 Betriebe, 20 — 6 bis 10 Betriebe, 14 — 11 bis 25 Betriebe, 6 — 26 bis 50 Betriebe, 4 — 51 bis 100 Betriebe. 294 Streiks dauerten eine Woche oder weniger, darunter 73 einen Tag oder weniger, und 40 — 1 bis 2 Tage.

Lohnfragen haben denselben Prozentsatz an Streiks verursacht, wie in den früheren Jahren: 223 Streiks (62,64 pCt. der Gesamtzahl) mit 50 607 Theilnehmern (73,47 pCt.) und 620 626 Streiktage.

Die Staatsgewalt griff mit ihren Nichtern zu gunsten der Unternehmern, in 18 Streiks ein. Insgesamt wurden 170 justizpolizeiliche Strafen wegen „Verletzung der Arbeitsfreiheit“ u. dergl. gefällt, darunter 40 Strafentwässerungen im Weberstreik zu Condé-sur-Noireau, 30 im Kohlenarbeiterstreik zu Grand Combe, 29 im Maurerstreik zu Lyon.

Soziales.

Zugang ist streng fernzuhalten! Diese Aufforderung, von den Arbeitern als ein wichtiges gewerkschaftliches Kampfmittel hochgeschätzt, veranlaßt manche Staatsanwälte immer und immer wieder zu dem Vermerk, Prozesse wegen „groben Unfugs“ anzustrengen. Da ist es nun von Wichtigkeit, festzustellen, daß sogar ein Blatt amtlichen Charakters eine dem Sinne nach gleiche Aufforderung ebenfalls zu demselben Zwecke verwendet, wie die Arbeiter. Man schreibt uns:

Das „Centralblatt der Bauverwaltung“, das amtliche Organ für Staatsbauwesen, bringt in seiner Nummer vom 18. Juni d. J. eine Aufschrift aus Köln, worin die Art und Weise beschrieben wird, wie der Magistrat dieselbe die Stadtbauverwaltung für den Tiefbau besetzen will. Der bisherige Inhaber dieser Stelle, Geh. Bau Rath Stübgen, der die großartigen Hafenanbauten und die Stadterweiterung leitete, war beigeordnet und hatte als solcher Sitz und Stimme im Magistrat. Stübgen hat jetzt sein Amt niedergelegt. Der Magistrat sucht nun als Ersatz für diesen hervorragenden Techniker nicht etwa einen Mann, der wiederum im Magistrat Sitz und Stimme zu beanspruchen hätte, sondern er hat vielmehr die Stelle eines Stadtbauraths für Tiefbau, das heißt eines Gemeinde-Unterdarben, zur öffentlichen Verberbung ausgeschrieben. Es versteht sich von selbst, daß mit dieser Herabdrückung des Technikers unter die Juristen nicht bloß der Stand, sondern auch sachlich die Interessen des städtischen Bauwesens geschädigt werden; andererseits erhält der Stand der höheren Techniker damit auch einen Auftrieb nach dem Grundsatz: „Der Mohr hat seine Schuldigkeit gethan.“ (Die großartigen neuen Bauwerke Kölns haben zu den bekanntesten Feiertagsfesten vor kurzer Zeit erst Anlaß gegeben.)

Das „Centralblatt der Bauverwaltung“ empfiehlt die Zurücksetzung des höheren Technikerstandes so sehr, daß es den Arbeiter-Aufruf: „Zugang ist fern zu halten“ mit den Worten umschreibt: „Radegossen, die es mit der Hebung des technischen Berufes ernst meinen, werden sich um die ausgeschriebene Stelle nicht bewerben, mag sie ihnen auch in mancher Beziehung begehrendwerth erscheinen.“

Und mit offener Genugthuung setzt dann die Schriftleitung des Blattes hinzu: „Wie uns mitgeteilt wird, hatte sich bis zum 16. d. Mts. noch kein Bewerber zu der untern S. d. Mts. ausgeschriebenen Stelle gemeldet.“

Das „Centralblatt der Bauverwaltung“ wird vom preussischen Ministerium der öffentlichen Arbeiten herausgegeben. Die Redaktion dieses Blattes handelt ganz richtig, die Interessen der höheren Techniker in dieser entscheidenden Weise wahrzunehmen. Dasselbe gute Recht, vor Zugang nach Arbeitsstätten zu warnen, hat aber auch die Arbeiterpresse. Diese aber wird in derselben Sache fortgesetzt mit Prozessen hemmgeschickt.

Wegen Nichtbeachtung bergpolizeilicher Vorschriften stand, wie die Rheinisch-Westfäl. Arb.-Ztg. berichtet, am 22. Juni der Grubendirektor und jetzige Reichstags-Abgeordneter Hilde vor dem Schöffengericht in Dortmund. Aus Anlaß des großen Wassenunglücks auf Zeche Kaiserstuhl, Schacht II, hatte die Bergpolizei über mehrere Beamte eine Geldstrafe verhängt, weil die vorgeschriebene Verriegelung des Kohlenkaubes nicht erfolgt war. Die Unterbeamten haben die Strafe ohne Widerspruch bezahlt, also stillschweigend anerkannt, daß die bergpolizeilichen Vorschriften nicht beachtet wurden. Nur der technische Direktor Hilde will die ihm zugesprochenen 100 Mark nicht bezahlen. Er meint, er sei nicht verantwortlich, er könne nicht jeden Tag alle Betriebe kontrollieren, nur der Betriebsführer sei verantwortlich zu machen. Die Bergbehörde ist indes anderer Ansicht. Die Sache stand schon

vor einiger Zeit an, war damals zum Zwecke weiterer Beweis-erhebung vertagt worden. Am 22. Juni sollte sie zu Ende geführt werden. Am 24. Juni aber hatte sich Herr Hilde der Stich-wahl mit unserem Genossen Rätgenau zu unterziehen. Eine seltliche Sache, daß ein Termin kurz vor der Stichwahl! Aber ein gnädiges Schicksal hat Herrn Hilde vor der voraussichtlichen Verurteilung vor der Wahl bewahrt. Er hat nämlich in der ganzen langen Zeit ausbleibend nicht rechtzeitig einen Verteidiger finden können. Im Termin erklärte nun sein Verteidiger, er habe sich in der kurzen Zeit nicht genügend informieren können und müsse daher Vertagung beantragen. Und angesichts dieser betrüblichen Thatfache schloß der Gerichtshof menschliches Mitleiden und beschloß Vertagung. Und alle Gerechten freuten sich. Herr Hilde will im Reichstag auch die Interessen der Arbeiter vertreten. Wie reimt sich das mit seiner Handhabung der Ober-aufsicht über die Arbeiterschnur-Vorschriften auf seiner Zeche?

Kokales.

Das übliche Sozialistenvetter, welches an den beiden Tagen der Reichstagswahl die Berliner allerdings ebenso trug, wie das Wahlgeld, hat uns am Sonntag auf dem Müggelsaale hängen im Stich gelassen. Es regnete Bindfaden, wie man sagt. Troy allem hatten sich zu dem großen Parteeife, das wie alljährlich im Juni, so auch vorgerückt begangen wurde, die Genossen und Genossinnen in hellen Schaaren eingefunden. Wie viele ihrer waren, ist ja schwer zu sagen; aber wenn ein gegnerisches Blatt die Zahl der Theilnehmer auf 20 000 Personen schätzt, so ist das bei weitem zu niedrig gegriffen. Und es ging trotz Sturm und Regen. Die Bahnverwaltung hatte 42 Extrazüge eingestellt, die Sternlampen waren voll besetzt, ja auf großen Oberläufen, die von Schleppten gezogen wurden, ging es dem Friedrichshagener Feste entgegen. Die vorzügliche Schand-armeerie der Parteigenossen gab eifrig acht, daß die frohe Laune durch das Unwetter nicht verborgen würde; und wer etwa doch ein böses Gesicht machte, sei es wegen des rieselnden Regens oder wegen des un-günstigen Bahnausfalles im zweiten und fünften Berliner Reichstags-Wahlkreise, der wurde durch das wichtige Festarrangement und durch das Gelächern der Teltower und Nieder-Bammer Bauern, daß sie sich zur Stadtagitation organisiren und so die jetzt in den Händen der Feinde befindlichen Wahlkreise schon wieder zurückerobern wollten, bald wieder fibel gemacht. Das Fest nahm bei all der Unruhe, mit der uns der Himmel bedacht hatte, den besten Verlauf — ist es doch nachgerade ständige Einrichtung geworden, daß man von oben zu unermesslichem Spas das Donnerwetter über uns losläßt.

Wozu sich die Polizei gebrauchen läßt. In den mannig-fachen Arbeitsgebieten, die der Polizei überwiegen sind, ist in Berlin in letzter Zeit noch ein neues gekommen. Die Berliner Polizei giebt die Adressen der zuziehenden jungen Leute an gewisse Vereine, die den betreffenden Personen dann einen ihrer Agenten auf den Hals schiden und sie zum Besuche ihrer Ver-sammlungen einladen lassen. Dem Verein zur Hirtreise für die weibliche Jugend“ sind auf diese Weise, wie der „Reichsbote“ mittheilt, bereits aus 20 verschiedenen Revieren der Stadt die neu zugezogenen alleinstehenden jungen Mädchen aller Berufsarten gemeldet worden. Die Mädchen sind von den Helferrinnen des Vereins besucht und aufgefordert worden, in die Jungfrauen-Vereine zu kommen. Ausgegangen ist diese Idee von den Berliner Junglingsvereinen. Diese erhalten, wie wir schon von mehreren Monaten mitgeteilt haben, bereits seit dem vorigen Jahre wöchentlich zweimal die Adressen aller nach Berlin zugezogenen jungen Männer zwischen 15 und 21 Jahren von der Polizei zugestellt und lassen gleichfalls die ihnen gemeldeten Personen zum Besuche ihrer Versammlungen auffordern. Man sieht, wie vortrefflich es die Junglings- und Jungfrauenvereine verstehen, die bereitwillige Polizei in den Dienst ihrer privaten Interessen zu stellen. Wenn die Arbeiter- und Arbeiterinnen-Organisationen die Polizei um dieselbe Gefälligkeit der Adressen-Zuweisung ersuchen wollten, — wir möchten die Antwort nicht sehen, die darauf erfolgen würde! Natürlich tragen die Organisationen der Arbeiterklasse nicht das geringste Verlangen nach einer solchen Unterstützung, und sie haben sie auch garnicht nötig. Sie gedeihen und schreiten vorwärts — nicht nur ohne polizeiliche Hilfe, sondern sogar trotz der Hindernisse, die ihnen die Polizei allent-halben in den Weg legt.

Prostitution und Straßenhandel sind Erscheinungen im öffentlichen Leben, welche, obgleich in der heutigen Entwicklung der Gesellschaft nurzuland, von dieser doch als ein äußerliches Uebel betrachtet und mit äußerlichen Mitteln bekämpft werden. Sie haben an sich zwar nicht das geringste mit einander gemein, sondern werden von gewissen Leuten nur miteinander in den gleichen Topf geworfen, weil ihre Vernichtung von einem und demselben Wunder-doktor erwartet wird. Der Wunderdoktor, dessen Hilfe man in Anspruch nimmt, ist die vielseitige Polizei. Mit Polizeiverordnung glaubt man alle sozialen Uebel heilen zu können. Und der Wunder-doktor verordnet denn auch nach besten Kräften den Wünschen der Auftraggeber entsprechend, natürlich mit negativem Erfolge; so bei der Prostitution, so beim Straßenhandel. Die Polizei hat gegen beide nur ein Universalmittel: Die lokale Ausweisung. Gleichwie man es vordem fertig gebracht hat, die öffentliche Prostitution aus den „feinen“ Stadtvierteln, d. h. aus ihrer eigentlichen Nahrungs-stätte, zu verdrängen, so hat man allerdings dieses Universalmittel auch gegen den Straßenhandel zur Anwendung gebracht: durch Polizeiverordnung ist der Straßenhandel in der unmittelbaren Nähe der Markthallen verboten worden. Die Wirkung dieses Universal-mittels ist in beiden Fällen die gleiche. Die öffentliche Prostitution ist in den verbotenen Stadtteilen nicht mehr ärgerlich sichtbar, hat sich aber dafür nach anderen Orten hingezogen und tritt hier vielleicht noch unangenehmer in die Erscheinung, als es an den verbotenen Orten der Fall war. Mit dem Straßenhandel ist es genau dasselbe. Erreicht ist zwar worden, daß die Markthallen in angemessenem Umfange frei gehalten werden, dafür hat sich nun der Straßenhandel in respektvoller Entfernung von den Markthallen in die Neben- und Seitenstraßen hingezogen und bewirkt hier die selben Folge-Erscheinungen, wie vordem vor den Markthallen. Waren es früher die Markthallen-Inhaber und die „Lebhaftigen“ Händler, welche gegen den Straßenhandel getreten und wetterten und sich diese unlesbare Konkurrenz vom Hals zu schaffen trachteten, so sind es jetzt die Geschäftsleute der Neben- und Seitenstraßen, welche jetzt der Segnungen des Straßenhandels theilhaftig werden, die sich durch die von den Markthallen vertriebenen umgebenen Gäste molestirt und in ihren Geschäften beeinträchtigt fühlen. Auch sie wollen sich die Eindringlinge vom Hals schaffen, und von neuem ertönt das grimmige Feldgeschrei: Auf zum Kampfe gegen den Straßenhandel! Fort mit den Straßenhändlern vor unsere Thüren! Und begeistert stimmen die Konkurrenten, die „schonhaften“ Händler, wie auch die um ihre Miethseinnahmen besorgten Haus-besitzer“ in diesen Kampfruf mit ein. Die Dege fängt nun wieder von vorne an. Was hat nun die polizeiliche Wunderkur genügt? Nichts, gar nichts! Im Gegentheil! Der Vortheil, den die Markthallen-Inhaber durch die Verbannung des Straßenhandels aus ihrer Nähe haben, wird aufgevozen durch die dadurch verursachten Nachteile anderer Interessenten, und während das Marktgeld in der Nähe der Markthallen nicht weiter aufsteht und befreudete, so ist dies jetzt in den durch den Straßenhandel okkupirten Straßen um so mehr der Fall. Wem soll die Polizei nun recht thun? Was dem einen nicht, das schadet dem anderen, und das Grundübel bleibt bestehen. Trotzdem also die polizeilichen Wunderkuren durchaus nicht helfen, erhält doch noch wie vor der Auf nach Polizei und wird von ihr Rettung verlangt aus allen Nöthen, wird sie als der Kun beträchtet, der zu allem zu gebrauchen ist. Wahrlich, man könnte lachen, wenn es nicht gar so traurig wäre!

Ein Wahlsuriosum. Uns wird geschrieben: In einem Wahl-lokal des dritten Berliner Reichstags-Wahlkreises erschien ein Schanz-mann an der Urne, von jeder Partei einen Stimmzettel in der Hand,

dieselben längere Zeit sinnend betrachtend. Der gute Mann hatte jedenfalls gehört, daß es sich mit dem Dicusleid des Beamten nicht vertragen, wenn er einem Gegner der Regierungspolitik seine Stimme gebe und so wollte er dem zum Siege des Ordnungsmannes auch sein bescheidenes Teil beitragen. Aber welcher Kandidat war nun der „richtige“? Das stand ja nicht auf dem Teller. Als wohlwollender Beamter, der gewohnt ist, in zweifelhaften Fällen Instruktionen einzuholen, wandte er sich an den Wahlvorsteher mit der Frage: „Den muß ich denn nun wählen?“ Das konnte ihm der Wahlvorsteher freilich nicht sagen und der unentschiedene Wähler mußte unverständlicher Sache umhertreiben. In seinem Glimd traf er aber vor dem Lokal einen besser unterrichteten Kameraden, der ihm ganz genau sagen konnte, welchen Kandidaten ein pflichttreuer Beamter wählen muß. Mit dem „richtigen“ Stimmzettel ausgerüstet, konnte der Schupmann nunmehr sein Staatsbürgerrecht und seine Beamtenpflicht zugleich erfüllen.

Das **Städterblatt** giebt einem wunderlichen Gedanken Ausdruck. Es will die Sozialdemokratie aus dem Gewerbegebiet herausreißen. In der neuesten Nummer des „Voll“ steht zu lesen: „Es dürfen die Würden der Arbeitnehmer bei dem Gewerbegericht und Gewerbegerichtsaufruf den Sozialdemokraten nicht als eine Domäne überlassen bleiben. Bis auf den heutigen Tag sind auch nicht ein einziger nichtsozialdemokratischer Arbeitnehmer-Vertreter im „Alten Kölnischen Rathhaus“. Warum? Weil man es von anderer Seite mit wirklichem Ernst noch nicht ein einziges Mal versucht hat, dieses Privilegium zu brechen. Wenn es auch vorläufig unmöglich erscheint, die Majorität den Sozialdemokraten aus den Händen zu reißen, so sollte man es doch versuchen, wenigstens in den Besitztümern der Verleiher zu legen, was in bestimmten Gegenden unter den 42 jetzt in Betracht kommenden Wahlbezirken mit keiner allzu großen Schwierigkeit verbunden sein dürfte. Wie das Städterblatt es anfangen will, die Sozialdemokratie aus dem Kölnischen Rathhaus zu verdrängen, bleibt vorläufig ein Geheimnis. Vielleicht soll der Hofmaler Fischer beauftragt werden, die allerneueste Sammlung der staatsbehaltenden Elemente einzuleiten.“

Das **Organ für Sehung des Thomadypthoschwindels** in Stadt und Land, die „Deutsche Tageszeitung“, ist neuerdings mit gutem Erfolg bemüht, im Punkte Sozialistenverleumdung dem Stimmlichen Schleifstein den Rang abzulassen. Um die journalistische Eleganz des Agrarierblattes zu illustrieren, drucken wir folgende Mitteilung aus seiner gestrigen Abendnummer ab: „Die Niedererschlageneit der Berliner Sozialdemokraten über ihren Wahlverfall ist nunmehr einer Wuth gewichen, die keine Grenze mehr kennt und sich in einer Weise bemerkbar macht, welche den Charakter der „Genossen“, wenn man von einem solchen überhaupt noch reden kann, in heftigsten Licht erscheinen läßt. In allen Destillen, dem Lieblinge aufenthalte der Rothen, giebt natürlich die Wahl den Hauptgesprächstoff ab. Wer es da wagt, sich nicht als zur Sozialdemokratie gehörig zu bezeichnen, wird einfach verhaßt.“

Das Blatt muß offenbar der Meinung sein, daß der Kampf mit den geistigen Waffen des Anspüßes und Dreißigkugels, der in agrarischen Kreisen der Sozialdemokratie gegenüber flott im Schwange ist, auch unter Kulturmenschen möglich sei. Das ist aber ein großer Irrthum.

Dürfen Juden am Sonnabend Rad fahren? Mit der Entscheidung dieser für gläubige Juden nicht unwichtigen Frage beschäftigen sich gegenwärtig, dem „Süw“ zufolge, zahlreiche Rabbiner in Westpreußen. Da zwischen den russischen Rabbinern keine Uebereinstimmung erzielt worden sei, hätten sie sich an einen, große Autorität genießenden Berliner Rabbiner (Hildesheimer) gewandt, von welchem folgender Bescheid erteilt worden wäre: Da jede Arbeit von Mensch und Thier an den Sonnabenden händlich ist, so darf an diesen Tagen nur mit Automobilen gefahren werden. Nach der Ansicht der Berliner Autorität ist demnach das Radfahren eine Arbeit. — **Rebbitz!**

Arbeiter-Vidungsschule. Die in Naturerkenntnis (Dr. Borchardt) nachgehenden Stunden beginnen am Dienstag, den 28. Juni, Rede- und Übung (Schriftsteller R. Calver) am Mittwoch, den 29. Juni, und Freitag, den 1. Juli, Rationalökonomie (Dr. Conr. Schmidt) Donnerstag, den 30. Juni, und Montag, den 4. Juli. Der Vorstand.

Die **neue Potsdamer Brücke** ist am Montag für den Pferdebahnbetrieb freigegeben worden, doch sind infolge des Regens in der Nacht zum Sonntag die Anschlußgleise nur auf der Südseite, am Schöneberger Ufer, fertig geworden, so daß die vom Potsdamer Plage her kommenden Wagen vorläufig noch auf den Rothgeleisen über die Victoriabrücke fahren müssen.

Die **Erhaltung des kleinen Thiergartens** wollen verschiedene Bürger in einer Eingabe an den Kaiser erwirken.

Bei der **Tredener Bank** fand am Sonnabend Vormittag die Konstituierung der Gesellschaft „Westliche Berliner Vorortbahn“ mit einem Aktienkapital von 6.000.000 M. statt. Gründer der Gesellschaft sind die Tredener Bank, die Direktion der Diskontogesellschaft, die Bankhäuser S. Weidörfer und Born und Wuffe, sowie Justizrath Braun, Direktor der Gesellschaft für elektrische Unternehmungen.

Beim **Anziehen** ist der Bauarbeiter Brodman am Sonnabend tödtlich verlegt worden. Als er in die Wohnung Brigerstr. 23 vorn 4 Treppen eine Kommode eintrug, stürzte er und kam so unglücklich mit dem schweren Möbelstück zu Fall, daß ihm die Brust zerquetscht wurde und in wenigen Augenblicken der Tod eintrat. Ein Arzt stellte Nulterguß in die Lunge fest. Brodman hinterläßt eine Frau sowie zwei Kinder im Alter von 10 und 3 Jahren in trauriger Lage.

Arbeiterkrisis. Vom Bougelist ist gestern, Montag, Mittag der 46 Jahre alte Zimmermann Albrecht Ottow aus der Immanuelkirchstr. 36 tödtlich abgestürzt. Auf dem Rebaugrundstück Pariserplatz Nr. 6 neben der französischen Botschaft ist ein Gerüst erbaut, an dem Sandsteine emporgewunden werden. In einer Höhe von 12 Metern sollte eine große Platte umgelassen werden. Ein Arbeiter rief Ottow, der an der Erde stand, „Vorwärts!“ zu. Der Mann wollte nun bei Seite treten, schlug aber rüchlings über und stürzte in die Tiefe hinab, wo er mit zerstücktem Brustkasten und zerbrochenem Hinterkopf liegen blieb. Ein Schuttmann des 3. Reviers brachte den Verunglückten mit einem Kofferswagen zum Charité; als er aber hier mit ihm ankam, war er bereits todt. Ottow hinterläßt seine Frau mit acht Kindern, von denen fünf noch die Schule besuchen.

Ein **harmloser Selbstmörder.** Der Arbeiter Fritz Roge, der in der Teppichfabrik von Lehmann in Nimmelsburg beschäftigt war, verließ sich vor zwei Jahren in die 20jährige Spinnerin Anna Wulke, eine fleißige und achtbare Mädchen. Roge, früher ebenfalls ein ordentlicher Mensch, ergab sich im letzten halben Jahre immer mehr dem Trunke. Das Mädchen erklärte ihm wiederholt, daß es unter solchen Umständen nichts mehr von ihm wissen wollte. Daraufhin gab es in der Wohnung der Wulke öfter Streit. Am Sonnabend vor acht Tagen schickte Roge sich an, sich auf dem Flur am Fenster zu erhängen. Er hatte sich schon die Schlinge um den Hals gelegt, als auf das Hilfeschreien des Mädchens die Nachbarn gelangen kamen und ihm seinen Plan ausredeten. Am letzten Sonnabend beim Abendbrot erklärte Roge plötzlich seiner Braut, daß er ihr Gift in das Essen gemischt habe. Das Mädchen hielt dies zunächst für einen Scherz, sah sich aber später bis zum Sonntag sehr unwohl. Roge war am Sonnabend Abend weggegangen und trieb sich den Sonntag über in den Kneipen herum. Seine Braut, die das erfuhr, wollte ihn nicht mehr einlassen und verriegelte daher die Thür. Als Roge abends um 9 1/2 Uhr kam und keinen Eingang fand, schlug er an der Korridorthür eine Wandscheibe ein, riegelte die Thür auf und kam so an das Zimmer des Mädchens. Er klopfte mit der Drohung, daß etwas Passiren werde, wenn man ihm nicht öffne. Das Mädchen wurde ängstlich und öffnete. Bis um 10 1/2 Uhr verweilten die Leute in erregten Auseinandersetzungen. Dann setzte sich das Mädchen weinend auf einen Kleiderkorb, während Roge sich ans Fenster be-

gab, nachdem er das Licht ausgelöscht hatte. Als nach einer Viertelstunde das Mädchen sich erhob, sah es, daß Roge sich, auf einem Stuhle sitzend, mit einem Hosenknopf am Fensterriegel erhängt hatte. Der Hausverwalter Anhu schnitt ihn ab, Wiederbelebungsversuche aber blieben erfolglos.

Ueberfallen und schwer verwundet worden ist in der Nacht zum Sonntag gegen 12 Uhr der 36 Jahre alte Dienstmädchen Wilhelm Ahlert aus der Vorfigstraße 24. Ahlert bewachte nachts den riesigen Neubau, den die Aktiengesellschaft für Bauausführung in der Genthinerstraße 3 auf den Grundstücken am Spittelmarkt 4-7 auführt. Während er sonst jeden Morgen pünktlich um 7 Uhr nach Hause kam, blieb er vorgezogen aus. Um 8 Uhr machte sich seine Frau, von bangen Ahnungen gequält, auf den Weg zum Bauplatz. Hier fand sie ihren Mann in der Verbude auf einer Bank liegen. Eine starke Wundstichwunde führte von hier durch den Mittelgang bis zu einem Sandhaufen, an dem sie in einer großen Lache endete. Ahlert blutete noch aus mehreren Kopfwunden. Seine Frau benachrichtigte die Polizei, ein Schuttmann holte einen Arzt, und dieser ließ den Schwerverwundeten nach der Unfallstation in der Praterstraße bringen. Von hier wurde er später einem Krankenhaus zugeführt. Der Verletzte konnte nur soviel angeben, daß er bei einem Hundsgang gegen 12 Uhr von zwei oder drei Männern überfallen und mit dem Messer bearbeitet worden ist. Er hat mehrere Stiche in den Hinterkopf und auch in das Gesicht bekommen. Erst um sechs Uhr hat ihn ein „Vendrunder“, der unter dem Namen Kraus bekannt ist, auf dem Sandhaufen liegen gefunden. In die Verbude getragen und auf die Bank gelegt, ohne der Polizei Anzeige zu machen. Auf einen Raub ist es bei dem Ueberfalle nicht abgesehen gewesen, denn von dem Wogenlohn, den Ahlert in der Tasche hatte, war ihm nichts genommen. Es scheint ein Raubmord vorzuliegen.

Durch Radfahrer wurden am Sonntag in Berlin mehrere Kinder und Erwachsene verlegt. In den meisten Fällen gelang es den Radfahrern, zu entkommen. Ein Radfahrer, der mittags am Spittelmarkt ein Kind überfuhr, wurde trotz der Aufforderung eines Schuttmanns nach der Walfstraße hin zu entfliehen. Der Schuttmann warf sich schnell entschlossen in eine Droschke und nun begann eine Jagd, an der sich auch das Publikum beteiligte. Vor der Waisenbrücke wurde der Flüchtling erwischt, ohne daß zum Glück durch sein wildes Fahren noch weitere Unfälle angerichtet wurden. Ein anderer Radfahrer wurde in der Alten Jakobstraße durch einen Vierfahrer gestößt und der Polizei übergeben, nachdem er von der Menge für seine Unachtsamkeit etwas unfaust gelacht worden war.

Straßensperrung. Die Straße am Karlsruh von der Potsdamerstraße bis zur Grenze der Häuser Nr. 2 und 3 wird behufs Uaupfasterung vom 28. d. M. ab bis auf etwa 10 Tage für Fußwerke und Reiter gesperrt.

Vom Blige getroffen wurde bei dem letzten Unwetter, wie erst jetzt bekannt wird, auch dem Vellon der elterlichen Wohnung in der Kaufstraße zu Charlottenburg der Kaufmann Davidson. Dieser trat auf dem Balkon hinaus, um zu sehen, ob die Eltern, die ins Goethe-Theater gegangen waren, nicht nach Hause kämen. Raum draußen, wurde er von einem Blige niedergestreckt. Bei der Heimkehr fanden ihn die Eltern bewusstlos daliegen. Der junge Mann ist noch jetzt nicht zu klarem Bewußtsein gekommen, sondern phantastirt noch viel. Die Aerzte hoffen aber, sein Leben zu retten.

Für Stotterer. Mit Genehmigung der städtischen Schul-Deputation wird der Verein zur Beförderung der Sprechfertigkeit Stotterer („Heure“, Schützenstr. 18, pt.) an jeden Quartalsferien einen sechswochenlänglichen Uebungskursus in der 51. Gemeindegasse, Niederwallstr. 67, beginnen. Gleichzeitig wird für diejenigen Leidenden, welche in den Anfangsstufen die erste Anleitung erhalten haben, ein Fortbildungskursus eingerichtet werden, damit das Gelernte befestigt und in ihm das Selbstvertrauen gestärkt wird; denn nur durch dauernde, immer wiederholte Uebung und Anregung ist es möglich, Besserung und Heilung zu erzielen. Zur Dedung der Uulosten werden für jeden Anfangskursus 3 M., für den Fortbildungskursus monatlich 1 M. erhoben. Persönliche Anmeldungen nimmt entgegen: Zahnarzt J. Werkenhain, 2. Vorsitzender, Friedrichstraße 105 b, Sonntags vorm. von 10-11 Uhr.

Feuerbericht. Verschiedentlich wurde die Wehr im Laufe des Sonntags in Anspruch genommen. Früh 7 Uhr entstand Steinmeyerstraße 74 ein Fußbodenbrand und gegen 10 Uhr Branngelstraße 100 ein Zimmerbrand, der Möbel und Gardinen zerstörte. Eine Stunde später wurde das Rigorlager von J. Grünberg, Grenadierstraße 16, vom Feuer heimgesucht und hart betroffen. Was nicht vom Brande zerstört wurde, erlitt Wasserbeschaden, so daß der Verlust bedeutend ist. Ein Kellerbrand rief die Wehr abend 7 1/2 Uhr nach Wilsnackerstraße 58. Endlich gingen 11 Uhr Chorinerstraße 60 bei einem Zimmerbrande noch Möbel und Gardinen in Flammen auf. Montag früh wurde durch Selbstentzündung von Preßlofen im Keller Alkarm nach Zwinglstraße 151 und Köpfnickerstraße 88 veranlaßt. In beiden Fällen konnte das Feuer rasch beseitigt werden.

Aus den Nachbarorten.

Die **polizeiliche Anordnung**, daß nur die rechte Seite des Kurfürstendamms am Sonntag von Droschken u. s. w. befahren werden darf, während die linke Seite für die Radfahrer reservirt bleibt, findet in den Kreisen der Droschkentreiber wenig Beifall. Der starke Verkehr macht namentlich ein Ausweichen vor der Dampfbahn schwierig und es wird berichtet, daß der städtische Ihm, dessen Pferd am vorigen Sonntag vor dem Motorwagen schaute, vom Bod geschleudert wurde und erheblich verletzt vom Flur getragen werden mußte. Der Wunsch der Droschkentreiber geht dahin, daß für alles Fußwerk und auch für die Radfahrer an Sonntagen die Benutzung der rechten Fahrseite vorgeschrieben werde, so daß stets nur in einer Richtung gefahren werden darf.

Ein **Sittlichkeitsverbrechen**, das am Sonnabend in Lickow begangen wurde, hat die dortige Einwohnerschaft in große Aufregung versetzt. Zu dem erst einige Jahre in zweiter Ehe verheiratheten Gärtner W. waren zwei Kinder, ein Knabe von zehn und ein Mädchen von acht Jahren im Auftrage ihrer Eltern gekommen, um Blumen zu kaufen. W., der bereits eine Zuchthausstrafe von 2 1/2 Jahren wegen Sittlichkeitsverbrechens verbüßt hat, lockte die Kinder nach einem abgelegenen Theil seines Gartens und hat dort beide in unheimlicher Weise vergewaltigt. Der Thäter hat sich der Verhaftung durch die Flucht zu entziehen gelohnt.

Ueber einen Schiffszusammenstoß auf der Oberspreew wird der „Voll. Jg.“ geschrieben: „Sonntag Abend gegen 10 Uhr ist der der Firma Kahn u. Herzer gehörige, den Vergnügungsverein „Excellencia“ von Hefenwinkel nach Berlin führende Dampfer „Lotte“ auf der Oberspreew in der Höhe des Müggelsees mit einem nach Hefenwinkel leer fahrenden großen Personendampfer zusammengefahren. Ein plötzlicher, gewaltiger Ausbruch der zu großen Theil in den Kajüten befindlichen Fahrgäste ähnen, daß ein Unglück geschehen sei. Alles stürzte erschrocken auf das Deck. Kinder, Frauen wurden ohnmächtig und mußten schnell auf den sich seitwärts anlegenden leeren Dampfer getragen werden, auf den allmählich die ganze Gesellschaft hinüberstieg. Der Dampfer „Lotte“ hatte ein großes Loch in der Seite, dicht über dem Wasserpiegel, bekommen. Ein Glück war es, daß die Schiffsführer kurz vor dem Zusammenstoß zu stoppen vermochten. Wäre der schwere Dampfer mit voller Geschwindigkeit aufgefahren, so hätte er unzweifelhaft den kleinen Dampfer völlig zerhackt, und ein großes Unglück wäre die Folge gewesen. Der von den Fahrgästen verlassene beschädigte Dampfer legte die Fahrt nach Berlin fort. Die gegen 75 Personen zählende Gesellschaft wurde von dem anderen Dampfer nach Hefenwinkel zurückgebracht und konnte erst heute früh mit der Eisenbahn von Bahndorf aus nach Berlin zurückfahren. Zur Ursache des Unfalls wird behauptet, daß beide Schiffsführer den vorgeschriebenen Kurs nicht innegehalten, die Lichter nicht beachtet und trotz des strömenden Regens und der tiefen Finsterniß keine besonderen

Signale gegeben haben. Die Sache wird wohl ein gerichtliches Nachspiel haben.

Am 30. Juni abends wird das Postamt im Grunewald von der Hubertus-Allee 8 nach der Bismarck-Allee 24 verlegt.

In der Fürsorge für seine Kinder hat der 41 Jahre alte Schlosser Richard Gärtner aus der Gordes du Koopsstraße 14 zu Charlottenburg ein Auge eingebüßt. Beim Spielen auf dem Exerzierplatze hatten die Kinder eine Schlagpatrone gefunden und mit nach Hause gebracht. In der Beforsung, daß es Unheil anrichten könnte, wollte Gärtner das gefährliche Spielzeug durch Berschlagen unschädlich machen. Dabei plagte aber die Patrone und slog ihm in das linke Auge. In der Klinik hofften die Aerzte zunächst, das Auge erhalten zu können; es gelang ihnen aber nicht, sie mußten es amputiren.

In schweren Wahlezessen soll es, nach einer Potsd. Korresp., in Kreise Potsdam-Osthavelland in dem Dorfe S. gekommen sein. Die Potsdamer Sozialdemokraten hatten mehrere Zettelvertheiler dorthin geschickt. Einer, der Maurer Madde, traf am Abend blutend und mit zerrissenen Kleidern in Potsdam wieder ein. Er ließ sich sofort ärztlich untersuchen. Ueber seine Verwundungen macht er folgende Angaben: Der Wahlvorsteher habe ihn aufgefordert, das Wahllokal zu verlassen; als er sich weigerte, seien die vier Mitglieder des Wahlvorstandes, nachdem sie die Thür des Wahllokals geschlossen, über ihn hergefallen und hätten ihn durchgeprügelt. Madde will sich mit einer Schmutzabladose gewehrt und da er ein kräftiger Mensch ist, gleichfalls Siebe ausgehtelt haben. Die Sache wird, falls sie sich bewahrheitet, selbstverständlich noch ein gerichtliches Nachspiel zeitigen.

Gerichts-Beitrag.

Ein **schweres Unglück**, wobei zwei Personen das Leben einbüßten, sollte durch den Kohrleger P o d e z u l verursacht sein, welcher sich deshalb gestern vor der VII. Strafkammer des Landgerichts I wegen fahrlässiger Tödtung zu verantworten hatte. In der im Haus Gubenstraße Nr. 30 im zweiten Stock gelegenen Wohnung wurde am 10. April d. J. von der Haupt-Gasleitung eine Ableitung nach der Küche eingerichtet. Die Arbeit wurde unter Aufsicht und thätiger Beihilfe des Angeklagten, welcher in den Diensten der Englischen Gasgesellschaft stand, ausgeführt. Nach Beendigung der Arbeit hatte der Angeklagte die Pflicht, die Leitung im ganzen Hause auf ihre Dichtigkeit zu prüfen, um sich zu überzeugen, daß durch die Arbeit an dem Hauptrohr nicht die damit in Verbindung stehenden Röhren aus ihrer Lage gerückt oder verbogen waren. Er klingelte zu diesem Zwecke in der darüber gelegenen Wohnung, welche zwei alleinstehende Damen, die Wittve Geride und ihre Gesellschafterin, ein Fräulein Kfall, inne hatten. Da dem Angeklagten nicht geantwortet wurde, nahm er an, daß niemand zu Hause war und entfernte sich. Bald nach 4 Uhr wurde dem Hauswirth angezeigt, daß sich auf dem Flur des dritten Stockwerks ein starker Gasgeruch bemerkbar mache. Er klingelte mehrere Male ohne Erfolg an der Gerideschen Wohnung und als er sich überzeugt hatte, daß der Schlüssel von innen stecke, ahnte ihm nichts Gutes. Es gelang ihm nach längerem Bemühen, den von innen stehenden Schlüssel mit einem anderen so zu drehen, daß er ihn hinausstößten konnte. Darauf konnte er die Thür öffnen. Ein starker Gasgeruch krönte ihm beim Eintreten entgegen. Es war alles still in der Wohnung; die beiden Damen waren todt. Die Wittve Geride lag, nur halb bekleidet, auf dem Bett, ihre Gesellschafterin in voller Kleidung vor denselben. Sie sind nach dem Gutachten des Sanitätsraths Dr. Mittenzweig an Gasvergiftung gestorben. Es wird angenommen, daß beide Damen der Nachmittagsruhe gepflegt haben. Frau Geride auf ihrem Bett, Fräulein Kfall im Nebenzimmer auf dem Sopha, wie ein hier liegendes eingedrücktes Kopfkissen bewies. Fräulein Kfall muß durch Asten oder Stöhnen der alten Dame geweckt sein, sie wollte derselben zu Hilfe eilen, sank aber, durch die Gaseinathmung betäubt, vor dem Bett zu Boden und muß ebenfalls bald verstorben sein. Die Ursache der Gasausströmung war leicht zu ermitteln. Die Leitung führte vom zweiten Stock durch den dritten Stock hindurch nach dem vierten hinauf. Als die Arbeiter das Hauptrohr im zweiten Stockwerk auseinandernehmen mußten, um das Ableitungsrohr einzufügen, hatten sie an dem oberen Ende des Rohres so stark gedreht, daß ein zu der Leitung gehörendes sogenanntes „Weichrohr“, welches sich in der Gerideschen Wohnung befand, bis zu einem Winkel von 90 Grad verbogen und an der Biegungsstelle gelagert war.

Der Angeklagte erklärte, daß ein Hauptrohr, den er während der Arbeit hätte schliessen können, in dem betreffenden Hause überhaupt nicht vorhanden war, ebenso wenig wie ein Gasmesser. Bei der englischen Gasgesellschaft sei dies nicht eingeführt, er habe also die Arbeit unter dem Gadruck ausführen müssen. Bei einer Feuergefahr könne die Absperrung des Gases nur durch die Feuerwehre von der Straße aus erfolgen. Der gerichtliche Sachverständige, Ingenieur Besche, erklärte, daß er entlegt sei über die Fahrlässigkeit, mit der die Englische Gasgesellschaft in Berlin arbeite. Die städtische Gasgesellschaft schreibe vor, daß derartige Arbeiten unter Absperrung des Gases vorgenommen werden müssen. Der Angeklagte hätte unter keinen Umständen versäumen dürfen, die Leitung auf ihre Dichtigkeit zu untersuchen und wenn er den Hauswirth oder gar die Polizei hätte in Anspruch nehmen müssen, um Zutritt zu der Wohnung zu erlangen. Ein Kohrleger habe es übrigens im Gefühl, wenn er beim Schrauben an dem Hauptrohr ein damit in Verbindung stehendes Nebenrohr verlege. Der Angeklagte wies demgegenüber nach, daß nicht er, sondern sein Mitarbeiter an dem oberen Ende des Hauptrohres gedreht habe. Während der Staatsanwalt Dr. Oppermann eine Fahrlässigkeit für erwiesen erachtete und gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten beantragte, führte der Vertheidiger, A. A. Rade, aus, daß man dem Angeklagten höchstens den Vorwurf machen könne, er habe nicht energische Versuche gemacht, zu der Wohnung Zutritt zu erhalten. Hätte er es aber gethan und hätte er den Wirth oder die Polizei in Anspruch genommen, so sei es doch sehr fraglich, ob das Unglück dadurch verhindert worden wäre, zumal niemand eine Ahnung von einer vorliegenden Gefahr haben konnte.

Der Gerichtshof war ebenfalls der Ansicht, daß sich der ursächliche Zusammenhang zwischen der Fahrlässigkeit des Angeklagten und dem Unglücksfall nicht nachweisen lasse und kam aus diesem Grunde zu einem freisprechenden Erkenntniß.

Das **Reichs-Versicherungsamt** beendete einen Rechtsstreit, der wieder einmal beweist, wie notwendig es ist, sich nicht bei den Verscheiden der Berufsgenossenschaften zu beruhigen, und der vor allem darthut, welche Bedeutung das Reichs-Versicherungsamt als Rekursgericht, das heißt als ein Gericht hat, das den Thatsachen näherzutreten kann. Der landwirtschaftliche Arbeiter Jelasel behauptete, daß er beim Herausziehen eines Wagens aus der Scheune zu Schaden gekommen sei und beanspruchte von der ostpreussischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft eine Unfallrente. Die Berufsgenossenschaft wies den Anspruch ab, weil ein Unfall nicht erwiesen sei und folgen eines solchen nicht vorlägen. Das Schiedsgericht nahm jedoch an, daß J. einen Stoß vor den Leib erhalten habe und infolge dessen an hochgradigen Störungen seines Nervensystems leide, es billigte ihm deshalb 66 2/3 p C. der Vollrente zu. Darauf legte die Berufsgenossenschaft Rekurs ein, sie wollte nach wie vor nichts zahlen. Eine vom Reichs-Versicherungsamt noch veranstaltete Beweiserhebung ergab nicht, daß J. von der zur Seite stehenden Wagenscheune direkt getroffen wurde; dagegen wurde erwiesen, daß ihm die Deichsel eines „scharfen Rades“ verletzete. Das Rekursgericht holte auch noch das Gutachten einer medizinischen Autorität in Königsberg ein. Der Sachverständige führte aus, daß sich bei J. infolge jenes unerwarteten und scharfen Rades Epilepsie herausgebildet habe. Unter anderem bilde J. sich auch ein, es stige ihm ein Pandurom im Halse. Diese und andere geistige Störungen beeinträchtigen seine Erwerbsfähigkeit um 70 bis 80 p C. Nur ganz leichte häusliche Dienste könne er noch verrichten. Das Reichs-Versicherungsamt wies

zunehmend den Rehus der Berufsgenossenschaft als unbegründet zurück. Die vom Schiedsgericht dem J. zugebilligte Reute sei nicht zu hoch bemessen. Eine Reute in Höhe der obertugachlichen Schätzung konnte das Rehusgericht dem Kläger nicht zusprechen, weil er selber einen Rehus nicht eingelegt hatte. Die Berufsgenossenschaft wäre sonst sicher verurtheilt worden, ihm 80 pCt. der Volkrente zu gewähren.

In der Verfolgung der Vertrauensmänner des deutschen Berg- und Hüttenarbeiter-Verbandes wegen angeblichen Vorgehens gegen das Vereinsgesetz wird fortgesetzt. Sie sollen durch aus zu Vorsitzenden selbständiger Vereine gestempelt werden. Das Kammergericht hat sich abermals mit einem solchen Falle zu beschäftigen. Es handelte sich um den Vertrauensmann Harde in Eving, der den dortigen Mitgliedern des Verbandes das Nachgange vermittelt und von ihnen die Beiträge einzieht, um sie an den Verbandsvorstand abzuführen. Schöffengericht und Strafkammer verurtheilten Harde zu einer Geldstrafe, weil er der Polizei kein Verzeichnis der Evinger Mitglieder des Berg- und Hüttenarbeiter-Verbandes eingereicht hatte. Die Gerichte nahmen an, daß die am Orte anwesenden Mitglieder des Verbandes unter seinem Vorhinein einen selbständigen Verein bildeten, der wie der Gesamtverband auf öffentliche Angelegenheiten einzuwirken begreife. Harde legte Revision ein und bestritt, daß in Eving überhaupt ein Verein der in betracht kommenden Arbeiter existire und daß er Vorsitzender dieses angeblichen Vereins sei. Er sei nur als Vertrauensperson gewählt, und als solcher sei er lediglich ein Organ des Verbandes, das den Zweck habe, die Geschäftsführung zu erleichtern. — Das Kammergericht wies indessen die Revision mit der Begründung zurück, daß das Landgericht keinen Rechtsirrtum begehe, wenn es die Existenz eines selbständigen Zweigvereins des Verbandes in Eving annehme, und daß Harde mit recht als dessen Leiter angesehen worden sei, da er alle Funktionen eines Vereinsleiters in sich vereinigt habe.

Der Direktor Bruchhoff vom hiesigen Velle-Altantheater hatte beim Polizeipräsidenten die Konzession zum persönlichen Betriebe seines Theaterunternehmens nachgesucht. Der Polizeipräsident wies jedoch diesen Antrag mit der Begründung zurück, daß Bruchhoff nicht die nach dem Gesetz erforderliche finanzielle Zuverlässigkeit besitze. Auf die vom Direktor erhobene Klage antwortete dann das Präsidium, daß V. als Geschäftsmann einen schlechten Ruf habe. Er gehöre zu den unzuverlässigen Zahlern, die sich unablässig verklagen ließen. Der Bezirksauschuss lehnte es ab, über eine Reihe von Behauptungen Beweis zu erheben, die der Kläger dem abfälligen Urtheil des Bezirksauschusses entgegenzusetzen wollte. Die Thatfache, daß in den Jahren 1892 bis 1897 Forderungen in Höhe von insgesamt 33.000 Mark von 83 Personen gegen Bruchhoff im Klagenwege geltend gemacht wurden, genügt dem Bezirksauschuss, um die Annahme für begründet zu erklären, daß er seine vertraglichen Verpflichtungen als Theaterunternehmer nicht pünktlich erfüllen werde. Die Klage wurde daher abgewiesen. Der Berufung des Klägers hat jetzt das Ober-Verwaltungsgericht insoweit stattgegeben, als es die Vorentscheidung aufhob und die Sache zu nochmaliger Verhandlung in die Vorinstanz zurückwies. Der Bezirksauschuss müsse nachprüfen, ob den Direktor Bruchhoff in den Fällen, wo er sich verklagen ließ, ein Verschulden treffe. Von dem Ausfall dieser Nachprüfung sei die Entscheidung abhängig.

Ein schwerer Baunfall hat eine Kollage wegen fahrlässiger Tödtung veranlaßt, die gestern dem Maurermeister Karl Fischer vor die erste Strafkammer des Landgerichts I führte. Auf dem Neubau der Wittengasse Ludwig Löwe u. Co., Hüttenstraße 16, mußten auf einem Theile des Bauplatzes Senkfüßen eingegraben werden. Es ist dies eigentlich eine Brunnenschächte, da aber der Angeklagte in der Lösung derartiger Aufgaben bewandert war, so beschloß die ausführende Baufirma, die Arbeit durch ihn verrichten zu lassen. Am 8. Januar geriet, während eine Anzahl von Arbeitern um ihn herum beschäftigt waren, ein mit etwa 200 Zentnern beschwerter Senkfüß in den Wanken, er kippte um und brachte zwei Arbeitern schwere Verletzungen bei. Dem einen wurde das Rückgrat gebrochen und der Brustkorb eingedrückt; er ist kurze Zeit darauf im Krankenhause gestorben. Dem zweiten wurden die Beine gebrochen, er hat gleichfalls ein langes Schmerzenslager im Krankenhause durchmachen müssen und ist heute noch erwerbsunfähig. Ein dritter mit verletzter Arbeiter ist merkwürdigerweise ohne Verletzungen davongekommen. Für den Unfall wurde der Angeklagte verantwortlich gemacht, der sich aber für nichtschuldig erklärte und behauptete, daß er die Arbeit ganz nach den Regeln der Kunst ausgeführt habe und das Wanken des Senkfüßens ein unglücklicher Zufall gewesen sei. Nach den Ergebnissen der Beweisaufnahme und den Gutachten der Sachverständigen Bau- rath Stoll und Brunnenschächte-Inspektor Witterhof kam der Gerichtshof zu der Ueberzeugung, daß der Angeklagte bei den Senkfüßarbeiten doch nicht die genügende Vorsicht angewandt habe und verurtheilte ihn daher zu einem Monat Gefängnis.

Die Verlesungsklage des Hospredigers A. D. Stöder gegen Fehren v. Stumm gelangte gestern vor dem Landgericht zu Saarbrücken in der Berufungsinstanz zur Verhandlung. Das Schöffengericht hatte, wie erinnerlich sein dürfte, den Beklagten am 6. November v. J. freigesprochen, indem es annahm, daß er in Wahrheit berechtigter Interessen gehandelt habe, als er den Besprechungen Stöder's in öffentlicher Versammlung entgegentrat. Aus diesem Grunde mußten die vorhandenen objektiven Verlesungen des Privatklägers straflos bleiben. — Zur gestrigen Verhandlung vor dem Berufungsgericht war Stöder in Saarbrücken eingetroffen, um seine Anklage selbst zu begründen.

Veranstaltungen.

Die Graveure und Silberarbeiter hatten am Dienstag, den 21. d. M., ihre Alltalerversammlung. Unter Geschäftlichem giebt der Vorsitzende die Namen der Unterabtheilungen, die in ihren Wohnungen von den Mitgliedern Beiträge entgegennehmen, bekannt. Es sind dies folgende Kollegen: Gustmann, Graveur, Brunnenstr. 9; Kuttsch, Graveur, Andreasstr. 42; Eichhoff, Hüttenstr. 39; Sedanstr. 39; Wergener, Hüttenstr. 7; Hofmeister, Rixdorf, Kaiser Friedrichstr. 2-3, und Schröder, Graveur, Laufferplatz 11. Nachdem Herr Dr. Wurm einen für den Graveur- oder Hüttenarbeiter interessanten Vortrag über: Das Auge und seine Erkrankungen, gehalten, fand nicht statt. Unter Verschiedenem führt Kollege V. an, daß ein Hüttenarbeiter Müller vor der königlichen Porzellan-Manufaktur in Charlottenburg nach Geschäftlich noch für andere Firmen arbeitet und wünscht Kollege V., daß die Hüttenwerke Stellung dazu nehmen möchte. Zum Schluß theilt der Vorsitzende mit, daß die am 9. Juli stattfindende Alltalerversammlung zu Gunsten der am 9. Juli einberufenen öffentlichen Versammlung ausfällt; näheres darüber wird noch durch Annonce bekannt gemacht.

Zentralverband der Konditoren. Mittwoch, den 29. Juni, abends 8½ Uhr bei Feuerstein, Alte Jakobstr. 75 (unterer Saal): Oeffentliche Versammlung. Tagesordnung: 1. Der Streik der Hamburger Bäcker und Konditoren, und wie stellen sich die hiesigen Kollegen dazu? Referent: Genosse Sillier. 2. Diskussion. 3. Neuwahl eines Gewerkschaftsdelegirten und eines Agitations-Kommissions-Mitgliedes. Die Kollegen werden ersucht, für diese Versammlung rege zu agitiren und zahlreich zu erscheinen.

Verband deutscher Gold- und Silberarbeiter. Heute, Dienstag, Abend 8 Uhr: Vortrag des Augenarztes Herrn Dr. Wurm über: Die Erhaltung der Sehkraft, mit Demonstrationen am künstlichen Auge. Gänge haben Zutritt.

Der Krieg.

Auf Kuba finden nun schon ernste Kämpfe der Landtruppen statt. Der Korrespondent der New-Yorker „Post“ sendet eine Depesche aus Playa del Este vom 24. d. M., in welcher er bezüglich des Gefechtes von Juraguá sagt: Sofort nach dem eine Anzahl der „Mough Riders“ von feindlichen

Geschossen getroffen waren, stießen sie heftige Verwünschungen aus, während ihr Oberst ihnen zurief: „Flucht nicht, sondern kämpft!“ Die Spanier feuerten aus gedebter Stellung fortgesetzt Salven ab. Die Amerikaner wichen 100 Yards weit zurück, sammelten sich aber wieder auf ermutigende Jureufe ihrer Offiziere. Die im Hafen liegenden Hilfskreuzer beschudten auf die Spanier: ihre Geschütze waren jedoch nicht weittragend genug. Die Panzerkreuzer „Jowa“, „Oregon“ und „New-Orleans“ waren die Küste hinabgefahren und besaßen die über den Juraguálauf führende Eisenbahnbrücke, eifrig bedacht, die Spanier an der Zerstörung derselben zu verhindern. — Das Bedürfnis nach Pferden bei den Operationen zu Lande macht sich gebieterisch geltend. Es sind nicht genug Pferde vorhanden zur Bespannung der Artillerie, geschweige denn zur Fortschaffung der Traintkolonnen. Gegenwärtig sind Belagerungsgeschütze auf dem Wege gegen Santiago hin.

Nach dem amtlichen Berichte wurden in dem Gefecht bei Juraguá 22 Amerikaner getödtet und zwischen 70 und 80 verwundet. Der Bericht fügt hinzu, fünf Wagen mit verwundeten Spaniern seien nach Santiago dirigirt worden; nach dem Kampfe hätten andere Verwundete Santiago zu Pferd oder zu Fuß erreicht. Oberst Roosevelt erklärte, die Spanier hätten ganz außerordentlich gut gezielt und das Feuer gut unterhalten.

Der Korrespondent der „World“ meldet aus Playa del Este: Die „Mough Riders“ sind in einen Hinterhalt gefallen. Sie rückten ohne jeden besonderen Angriffsplan vor und ritten grüßvoll unter lebhaftem Plaudern einen engen Weg den Wald entlang, als sie plötzlich sahen, daß sie sich innerhalb der spanischen Linien befanden. Ein heftiges Feuer wurde auf sie gerichtet; es war aber kein Feind sichtbar. Die Amerikaner erlitten schwere Verluste infolge der merkwürdigen falschen Auffassung über die Kampfweise der Spanier von gedebter Stellung aus.

Eine in Washington eingegangene Depesche des Generals Schafter besagt: Die Spanier hätten bei Sevilla eine stark beschanzte Stellung auf dem Gipfel hoher Hügel inne. Das Geschützfeuer dauerte eine Stunde. Der Feind wurde aus seiner Stellung vertrieben: Die amerikanischen Truppen nahmen dieselbe jetzt ein; sie liegt 1¼ Meilen von dem Orte Sevilla. Die Spanier haben sich gegen Santiago hin zurückgezogen.

Von spanischer Seite wird dagegen gemeldet: General Miles äußerte heute, man müsse auf die Kubaner rechnen und man müsse ferner den spanischen General Rando verhindern, die in Holguin angesammelten 10.000 Mann nach Santiago zu führen. Garcia hat den besonderen Auftrag, dafür zu sorgen, daß keine Verbindung zwischen Holguin und Santiago möglich ist.

Die Kolonne des Generals Vinales wurde auf den Höhen bei Sevilla von amerikanischen Truppen und einer Abtheilung Aufständischer angegriffen. Der Feind wurde mit großen Verlusten zurückgeschlagen. Die Verluste auf spanischer Seite betragen 7 Tödtet und 27 Verwundete. Unter den letzteren befinden sich drei Offiziere. In Cienfuegos dauert die Landung der Amerikaner fort. General Vinales mußte die Ortschaft räumen, da dieselbe in Trümmer geschossen wurde. Da das amerikanische Geschwader die spanische Infanterie auf 2000 Meter aus schweren Geschützen beschloß, zogen sich die Truppen unter Einnahme des Kriegsmaterials zurück.

Der Korrespondent des „New-York Herald“ auf Kuba meldet, die Amerikaner würden Santiago nicht einnehmen, ohne den Spaniern vorher eine Schlacht geliefert zu haben. Die Spanier gehen langsam und in guter Haltung zurück und scheinen zu beabsichtigen, die Amerikaner in einen Hinterhalt zu locken und sie dann mit überlegenen Kräften anzugreifen.

Eine von Bord der „Mindora“, dem Depeschenboot des „Herald“ über Jamaica eingelaufene Depesche giebt an, die Spanier hätten das am Hafeneingang von Santiago liegende Fort Morro geräumt.

Auf eine telegraphische Anfrage des Marine-Sekretärs Long, welche eine definitive Auskunft über die behauptete Verminderung der Leichen amerikanischer Marinesoldaten bei Guantanamo verlangte, telegraphirte Admiral Sampson, daß eine sorgfältige Untersuchung der Angelegenheit eingeleitet und ihm berichtet worden sei, daß die Verstümmelung wahrscheinlich verursacht wurde durch Heinkalibrige Geschosse, welche aus kurzer Distanz abgefeuert worden seien. Er giebt daher die Anklage, daß die Verstümmelung an den Leichen vorgenommen worden sei, zurück.

Der Kreuzer „Vicksburg“ brachte am Sonnabend die nach Honduras gehörende Golette „Ampala“ auf, als dieselbe mit zahlreichen Flüchtlingen an Bord des Hafens von Havana verließ. Die Flüchtlinge an Bord des Schooners „Ampala“ sind aus allen Nationalitäten zusammengesetzt. Sie waren auf ihre Gefangennahme gefaßt. Sie erklärten, die Lebenslage in Havana sei so furchtbar, daß jede Fährlichkeit diesen Entbehren vorzuziehen sei. Sie stellen auch in Abrede, daß nach Havana Hilfe auf dem Wege durch die südlichen kubanischen Häfen gelange.

Die Pariser Ausgabe des „New-York Herald“ meldet aus Washington, die amerikanische Regierung hätte beschloffen, ein Geschwader unter Kommando Admiral Schley an die Küsten Spaniens zu entsenden, um die spanischen Häfen zu beschießen. Darauf würde es die Verfolgung Camaras aufnehmen.

Der „Edin. Jg.“ wird aus Madrid gemeldet: Infolge der Nachricht, daß amerikanische Schiffe nach Spanien kommen würden, ordnete die Regierung dringende Maßnahmen an. Die Strandbatterien wurden verstärkt, Torpedos gelegt und die Leuchtfeuer in den Häfen ausgelöscht. Dasselbe Blatt berichtet, die Amerikaner hätten über ihr erstes Gefecht nach der Landung falsche Nachrichten verbreitet. In Wirklichkeit sei ihr wiederholter, durch Schiffsartillerie unterstützter Angriff auf die vom General Vinales besetzten Höhen von Sevilla mit großen Verlusten zurückgeschlagen worden.

Aus Madrid wird ferner gemeldet: Die Regierung hat dringende Maßnahmen ergriffen infolge der Nachricht, daß amerikanische Schiffe nach Spanien kommen würden. Die Leuchtfeuer in gewissen Häfen sind gelöscht, Torpedos gelegt und neue Batterien errichtet.

Der Washingtoner Berichterstatter der „Morning Post“ erzählt: Auf die Meldung, Camaras' Geschwader sei in Port Said angekommen, beschloß die Regierung auf Vorschlag des Kriegsministers, unverzüglich ein Geschwader, bestehend aus den Schlachtschiffen „Jowa“, „Oregon“ und „Texas“, dem gepanzerten Kreuzer „Brooklyn“, den Kreuzern „Columbia“ und „Minneapolis“ und zwei Hilfskreuzern unter Befehl Schley's gegen die Küsten Spaniens zu entsenden. Das Geschwader wird zunächst die kanarischen Inseln und spanischen Küstestädte bombardiren, sodann Camaras' Geschwader um die Welt folgen und es, wenn möglich, vernichten. Es verläutet, der Präsident sei entschlossen, den Krieg nach Spanien hineinzutragen, damit es begreife, wie hoffnungslos es sei, den Krieg fortzusetzen. Möglichenfalls werde der Zug nach Portorico verschoben werden. Eine New-Yorker „Times“-Drachung besagt, Santiago werde zum Stützpunkt des Portorico-Zuges gemacht werden, den General Miles befehligen werde. General Merritt fuhr Mittwoch von San Francisco mit 6000 Mann nach den Philippinen ab.

Nach Meldungen aus Rey West behaupten die Kubaner, bei Caneles seien 2000 Mann, mit Hintern bewaffnet, gelandet, welche die Streitmacht des Aufständischenführers Gomez verstärken sollen.

Eine Depesche des „New-York Herald“ aus Santiago zufolge hat der Kreuzer „Vesuvius“ eine Kollisionsfahrt nach dem Hafen von Santiago gemacht und ist ohne Schwierigkeit an dem Brack der „Merrimac“ vorbeigekommen. Derselbe brachte die Nachricht zurück, daß zwei Kreuzer von der spanischen Seite das Brack passieren könnten. Admiral Sampson könne also im Falle eines Angriffes auf Santiago in den Hafen einfahren. — Die eine Depesche der „World“ aus Playa del Este meldet, sollen die amerikanischen Schiffe „Viren“ und „Glacier“ am Sonntag 300 Kubaner nahe der Laguna aus Land gesetzt haben. Die Spanier hätten sich nach kurzem Widerstand zurückgezogen.

Das spanische Geschwader, das im Hafen von Port Said eingetroffen und dort Befehle abwartet, besteht aus den Panzern „Pelago“, „Carlos Quinto“, zwei Panzerkreuzern, drei Torpedobooten und fünf Transportschiffen mit 4000 Mann. Infolge Ersuchens des amerikanischen Konsuls in Port Said dürfen

die ägyptischen Behörden dem Geschwader Camara's bis auf weitere Ordre nicht gestatten, Kohlen einzunehmen.

Nach einem Telegramm der New-Yorker „Tribune“ aus Port Said soll das wirkliche Ziel des Geschwaders Camara's Hawaii sein und dem endgiltig San Francisco.

Unterdessen verstärken die Amerikaner ihre Position auf Manila. General Merritt geht Mittwoch dahin und aus San Francisco wird gemeldet: 4000 Mann, welche die dritte Expedition nach den Philippinen bilden, haben sich auf vier Transportschiffen, die demnächst abgehen werden, eingeschifft.

Dah unter diesen Verhältnissen das Friedensbedürfnis in Spanien steigt, ist wohl begrifflich.

Die Madrider Blätter schreiben, die europäischen Mächte lassen Spanien allein, während es ihre Sache in Amerika verliert. England, Deutschland, Frankreich die Vereinigten Staaten, Frankreich sei gleichgiltig geworden, nachdem es kommerzielle Vortheile in Washington erlangt habe, Deutschland bleibe im Schatten und Russland mache aus Spanien ein Werkzeug seiner Diplomatie. Man dürfe also auf keinen Fall die Vermittelung Europa's annehmen. Erforderlichenfalls sei es vorzuziehen, sich direkt an den Feind zu wenden.

Ministerpräsident Sagasta erklärt die über den Frieden umlaufenden Gerüchte für unbegründet. Der Augenblick für Unterhandlungen sei noch nicht gekommen.

Der spanische General LaCampa erklärte einem Berichterstatter gegenüber, Spanien sei augenblicklich nicht in so günstiger Lage, daß es um Frieden nachsuchen könnte. Später dagegen würde es, selbst im Falle einer Niederlage, bessere Aussichten haben, da eine solche die Waffenhilfe unberührt lassen werde.

Und aus Washington wird gemeldet: Es besteht keinerlei Unterlage für die Madrider Meldung, daß die Vereinigten Staaten Friedensbedingungen in Vorschlag gebracht hätten.

Aus Madrid liegen noch die folgenden Meldungen vor:

Die Königin-Regentin unterzeichnete mehrere von den Cortes in der letzten Zeit angenommene Gesetzesvorlagen, darunter das Budget, die Kriegskredite, sowie den Gesetzentwurf betr. die Verzinsung der Coupons der kubanischen Schuld in Pefetas. Der Ministerrath trat heute Vormittag um 10 Uhr zusammen. Die Minister versichern, daß sie sich ausschließlich mit Fragen beschäftigen würden, welche den Krieg betreffen. Man glaubt indessen ganz allgemein, daß der Ministerrath sich auch mit der politischen Lage beschäftigen werde. Eine Krisis ist thätiglich vorhanden, wenigstens sie nicht öffentlich als vorhanden bezeichnet wird. Die „Gaceta de Madrid“ veröffentlicht einen neuen Erlass, durch welchen die Frist zur Einreichung der Titres der auswärtigen Schuld bis zum 10. August verlängert wird.

Endlich ist noch zu melden, daß nun auch Oesterreich-Ungarn ein Kriegsschiff, die Korvette „Brundberg“, nach Manila sendet.

Aus spanischer Quelle kommt die folgende Meldung:

Den Regierungen Spaniens und der Vereinigten Staaten ist seitens der Republik St. Domingo eine lange Note zugegangen, worin die Schädigungen aufgezählt werden, welche der Inselstaat durch den jetzigen Krieg erleide. Die Verluste seien derart, daß der Staatsbankrott bevorstehe und dieser könne nur abgewendet werden, wenn die Republik ihre bisherige Neutralität so weit aufbehe, um den Schiffen beider kriegführenden Mächte freien Verkehr in den Häfen von St. Domingo zu gewähren. — Dieses Vorgehen der Regerepublik ist offenbar das Ergebnis der seit Ausbruch des Krieges dortselbst eingeleiteten Bewegung zu Gunsten eines Schutzes und Trugbündnisses mit den Vereinigten Staaten; und jetzt, wo man in St. Domingo die spanischen Kriegsschiffe nicht mehr fürchten zu brauchen glaubt, bietet man in der vorbezeichneten Form den Kubanern dieses Bündnis an. Denn es ist selbstverständlich, daß Spanien weder die Note des Regerepublik beantwortet, noch von dem Anerkennen Gebrauch machen wird, wogegen man sich in Washington jedenfalls beeilen dürfte, den eingeleiteten Fäden weiterzuspinnen. — Ganz nach demselben Plane wird aber auch in Haiti gearbeitet, und die großamerikanischen Wortführer in New-York sehen bereits im Geiste die Gruppe der großen Antillen von Kuba bis Portorico der Union vollständig angegliedert.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Adresse (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll. Schriftliche Antwort wird nicht ertheilt.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Donnerstag und Freitag von 6 bis 7 Uhr abends statt.

Alter Abonnent. Dazu ist der Wirth berechtigt. — G. D. Wenn der Jahresmietzins mehr als 150 M. beträgt, so gilt der Vertrag auf ein Jahr. — G. Th. 41. Der Betreuer ist nicht im Recht, würde sich vielmehr strafbar machen. Suchen Sie polizeilichen Schutz nach. — Johanna. Rein. — Th. 43. Rein, wurde nur mit Hilfe der Konserntation gerettet.

— Zagan. Der Adv. Müller. Zagan ist einer der links stehenden Volksparteiler und ist für Aufhebung der gegen ländliche Arbeiter bestehenden Ausnahmsgesetze einzutreten. — 99. C. R. Er ist fröhlich und invidiosität verheerend und hat die auf ihn entfallenden Beiträge zu zahlen. Welche hat er selbst zu bezahen. — C. W. Nicht mehr möglich.

— C. V. 100. 1. Auch die Wohnung drei Monate und drei Tage vor dem 1. Oktober gekündigt sein, so muß das Kündigungsschreiben spätestens am 27. Juni in den Händen des Vermiethers sein. 2. Rein. — Andres. Betrag der Mietzins jährlich über 150 M., so dauert der Mietzinsvertrag, aber durch Uebergabe geschlossene Vertrag, ein Jahr, ohne daß Kündigung erforderlich wäre. Ist monatliche Mietzins vereinbart, so muß spätestens am 15. zum 1. gekündigt werden. — P. W. Die schon einmal Ihnen mitgetheilt, ist das Anmündungs-Schiedsgericht zuständig. — Spengler. 1. Rein, wenn kein nach § 122 Gewerbe-Ordnung ihn zur sofortigen Entlassung berechtigender Grund vorlag. Für Sonnabend ist nichts zu zahlen. 3. Lassen Sie das Gewerbegericht entscheiden. 4. Eine weitere Klage giebt es nicht.

— In St. Colonia. 1. Wenn Ihr Vertrag das sagt, ja. 2. Falsch. — Ein Blaffer und ein Kothler. Der Betreffende ist berechtigt zu wählen. — Grube. Wenn nicht etwa durch einen gerichtlichen Vertrag Sie ausdrücklich auf Ihre ehemaligen Mietzins und Verwaltungsberechtigung hatten, kann der Wirth sich an die Sachen Ihrer Frau halten.

— Carleis. Charlottenburg. Sprechen Sie gelegentlich in der Sprechstunde nach dem 27. d. M. vor. — H. R. 21. Rein; Sie können nur Befestigung der Thüren verlangen. — P. V. 63. Gerecht. — W. W. 33. 1. Rein, Sie muß das Geschäft in der neuen Gemeinde wiederholen. 2. Ist möglich. — 1055. Sie können nach dem Empfang der Summen thun oder lassen, was Sie wollen. Ein Rückforderungsrecht entsteht nicht. — G. 95. 1. Den Eid können Sie verweigern. Die Begründung ist überflüssig. 2. Behn Landgericht: etwa 6 Mark. — P. S. Rein. — G. E. Sprechen Sie in der juristischen Sprechstunde vor: Ihre fröhliche, wie Sie hervorheben, bereits beantwortete Anfrage ist und nicht mehr im Gedächtnis und daher Ihre auf diese Frage bezug nehmender Brief unverständlich. — G. N. 1. Rein. 2. Ist unmöglich. — Stephan. 1. Und nicht verständlich. 2. Sag keine polizeiliche Genehmigung über 11 Uhr hinaus vor, so war der Besuche im Recht. — R. G. 38. Soweit ersichtlich, trägt Ihr Vater seinen Reuen und den Juch zu demjenigen zu Unrecht. Als uneheliches Kind hat er, falls nicht etwa ein eingetragenes Urtheil vorliegt, den Mädchennamen seiner Mutter zu führen. — Daz. Sprechen Sie gelegentlich in der juristischen Sprechstunde vor. — M. G. 9. Sie haben nicht für die Gerichtsnoten. Der betr. Prozeß und die Gehalts haben keinerlei Beziehung zu einander. — C. V. 28. Strafe. — M. N. 24. 1. Rein. 2. Warnung, es sei denn, es handelt sich um eine infolge einer Dienstverrichtung aufgetretene Krankheit. — G. P. 104. Sie können Verlesungsklage anstrengen. — Steglitz 100. Rein. — G. M.

Witterungsübersicht vom 27. Juni 1898, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer Stand mm	Windrichtung	Wolkenart	Temperatur Grad C.	Stationen	Barometer Stand mm	Windrichtung	Wolkenart	Temperatur Grad C.
Bismarck	758	SW	3bedekt	15	Caporanda	768	SW	2bedekt	10
Bombay	754	SW	3bedekt	15	Hertersburg	762	SW	1wolfig	14
Berlin	755	SW	2bedekt	15	Kerl	762	SW	1bedekt	19
Biesbaden	757	SW	1wolfig	13	Kerl	762	SW	4wolfig	12
Bremen	758	SW	1wolfig	14	Paris	765	SW	2bedekt	12
Wien	754	SW	2wolfig	15					

Wetter-Prognose für Dienstag, 28. Juni 1898. Leichtes Wetter, theils wolfig mit etwas Regen, mäßigen westlichen Winden und wenig veränderter Temperatur.

Berliner Wetterbureau.

Arbeiter, Parteigenossen Berlins!

Am Donnerstag, den 22. September d. J., finden in Berlin die Gewerbegerichts-Wahlen statt.

Zur Teilnahme an den Wahlen sind nur berechtigt:

- a) solche Arbeitgeber, welche das fünfundzwanzigste Lebensjahr vollendet und seit mindestens einem Jahre im Gemeindebezirk Berlin Wohnung oder eine gewerbliche Niederlassung haben,
 - b) solche Arbeiter, welche das fünfundzwanzigste Lebensjahr vollendet haben und seit mindestens einem Jahre im Gemeindebezirk Berlin wohnen oder, falls sie außerhalb wohnen, hier beschäftigt sind.
- Nicht wahlberechtigt sind solche Personen,
- a) welche nicht Angehörige des Deutschen Reiches sind,
 - b) welche die bürgerlichen Ehrenrechte infolge strafrechtlicher Verurteilung verloren haben, oder gegen welche das Hauptverfahren wegen eines Verbrechens oder Vergehens eröffnet ist, das die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte oder der Fähigkeit zur Verrichtung öffentlicher Ämter zur Folge haben kann,
 - c) welche infolge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über ihr Vermögen beschränkt sind, und
 - d) die Mitglieder von Innungen, für welche ein Schiedsgericht in Gemäßheit der §§ 97a und 100d der Reichs-Gewerbe-Ordnung errichtet ist, sowie die von denselben beschäftigten Arbeiter.

Die Wahl ist geheim und erfolgt durch Stimmzettel.

Den Arbeitgebern stehen die mit der Leitung eines Gewerbebetriebes oder eines bestimmten Zweiges desselben betrauten Stellvertreter der selbständigen Gewerbetreibenden gleich, sofern ihr Jahres-Arbeitsverdienst an Lohn oder Gehalt 2000 M. übersteigt. Die der Zuständigkeit des Gewerbegerichts unterliegenden Hausgewerbetreibenden sind, sofern sie gemäß § 14 der Gewerbe-Ordnung den selbständigen Gewerbebetrieb angemeldet haben, als Arbeitgeber, andernfalls als Arbeiter wahlberechtigt.

Zum Zwecke der Aufstellung der Wählerlisten werden die zur Teilnahme an der Wahl berechtigten Personen der am 10. Juni bekannt gegebenen Wahlbezirke aufgeföhrt, ihre Stimmberechtigung Alle Anfragen diesbezüglich auf dem Gewerkebüreau, Ammentraße 16, 1. Et., von 9-1 und 6-8 Uhr.

Die Berliner Gewerkschafts-Kommision.

J. A.: R. Millarg.

unter Vorlegung der erforderlichen Bescheinigungen innerhalb der nach § 18 des Ortsstatuts vorgeschriebenen zweiwöchigen Frist — d. i. vom 17. bis einschließlich 30. Juni d. J. — und zwar an den Wochentagen von 5 bis 8 Uhr abends, an den Sonntagen von 12 bis 3 Uhr nachmittags in den nachstehend genannten Anmeldestellen mündlich oder schriftlich anzumelden. — Die Anmeldungen werden entgegengenommen:

1. im Wahlbureau, Poststr. 16, 2 Treppen;
2. in der Turnhalle der 131./169. Gemeindefchule, Tempelhofer Ufer 2;
3. in der Turnhalle der 62. Gemeindefchule, Schmidtstr. 38;
4. in der Turnhalle der 115./170. Gemeindefchule, Staligerstr. 55/56;
5. in der Turnhalle der 23. Gemeindefchule, Strankbergerstr. 9;
6. in der Turnhalle der 8./63. Gemeindefchule, Gipsstr. 23A;
7. in der Turnhalle der 15. Gemeindefchule, Kastanien-Allee 82;
8. in der Turnhalle der 118. Gemeindefchule, Pantstr. 8;
9. in der Turnhalle der 113./128. Gemeindefchule, Thurnstr. 86.

Als Ausweis genügen für den Arbeitgeber die Bescheinigung über die erfolgte Anmeldung des Gewerbebetriebes oder die letzte Mitteilung über Zahlung der Gewerbesteuer; für den Arbeitnehmer ein Zeugnis seines Arbeitgebers oder der Polizeibehörde, sowie Steuerquittungen etc., daß er seit mindestens einem Jahre innerhalb des Gemeindebezirks wohnt oder in Arbeit steht.

Formulare zur schriftlichen Anmeldung für Arbeitnehmer und Arbeitgeber können im Gewerkebüreau, Berlin S., Ammentraße 16, v. 1. Et., in der Zeit von 9-1 Uhr und von 6-8 Uhr in Empfang genommen werden. — Es wird ganz besonders darauf aufmerksam gemacht, daß bei unterlassener rechtzeitiger Anmeldung das Stimmrecht ruht; die Aufstellung der Wählerlisten erfolgt nur auf grund der zeitigen Anmeldungen, die aus früheren Jahren werden nicht berücksichtigt.

Die Arbeitgeber wählen in folgenden fünf Kommunal-Wahlbezirken nicht: 7, 14, 16, 22, 29. Die Arbeiter wählen in folgenden acht Kommunal-Wahlbezirken nicht: 2, 4, 7, 13, 14, 18, 21, 31.

Nur den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

- Dienstag, den 28. Juni.
- Cyberhaus, geschlossen.
 - Neues Opern-Theater (Kroll). Der Barbier von Sevilla. Opern-Telephon. Anfang 7 1/2 Uhr.
 - Schauspielhaus, Königlicher. Anfang 7 1/2 Uhr.
 - Leipzig. Im weißen Rössl. Anfang 7 1/2 Uhr.
 - Residenz, Romanaufnahmen. Anfang 8 Uhr.
 - Neues. Der Stellvertreter. Anfang 7 1/2 Uhr.
 - Westen. Sibella. (Schmale). Anfang 7 1/2 Uhr.
 - Schiller. Der Geizige. Anfang 8 Uhr.
 - Thalia. Im Fegfeuer. Anfang 8 Uhr.
 - Ostend. Auf Sumatra, oder: Die Holländer in Ketchin. Anfang 8 Uhr.
 - Welle-Kulisse. Ein toller Einfall. Anfang 8 Uhr.
 - Friedrich-Wilhelmsstädtisches. Die Doppelgänger. Anfang 8 Uhr.
 - Alexanderplatz. Die Ehebrecherin. Anfang 8 Uhr.
 - Urania. Lindenstraße 48-49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Wissenschaftliches Theater.
 - Invalidenstraße 57/62. Täglich abends von 8-10 Uhr: Sternwarte, Opern-Telephon.
 - Passage-Panopticum. Theater Variété. Abends 8 Uhr.
 - Apollo. Spezialitäten. Anf. 8 Uhr.
 - Reichshallen. Spezialitäten. Anfang 7 1/2 Uhr.

Schiller-Theater (Kroll-Theater).

Dienstag: Der Geizige. Mittwoch: Letzte Vorstellung in dieser Saison. Der Geizige.

Victoria-Brauerei

Lützow-Strasse 111/112 (nahe Potsdamer Platz). Garten resp. Saal. Täglich: Stettiner Sänger (Wechsel, Vieira, Britton, Steidl, Krone, Nisch, Schneider und Schrader). Anfang präzis 8 Uhr. Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf. Familien-Billets à 1 Mark (siehe Wechselliste). Stets wechselndes Programm!

Urania

Taubenstr. 48/49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Vorm. ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Vom Mitterhorn zur Jungfrau. Invalidenstrasse 57-62. Täglich: Sternwarte, Opern-Telephon. Eintritt 20 Pf. (Gutsch. unbillig.)

Passage-Panopticum.

Théâtre-Variété. Sensationell: Die schöne Tätowirte Sga. Radolf als Athletin.

Castan's Panopticum.

Friedrichstr. 165. Neu!! Zola, Laborie, Neu!! Esterhazy Neu!! Mac Kinley - Gladstone. Die schöne Schlangenschildigerin.

Ostend-Carl Weiz-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132. Sommerpreise. Parquet 1 Mark. Auf Sumatra. Gr. Anschauungsbild mit Gesang und Ballet in 12 Bildern v. Ch. Lehmann. Musik von F. Krause. Anfang 8 Uhr. Vorzugsbillets haben Gültigkeit. Ostend-Theater-Konzert-Garten. Gr. Spezialitäten-Vorstellung, Konzert, Theater. Mr. Isano, Bauchredner, mit seinen elektr. Automaten. The Carrotes, Gymnast. Die verunglückte Dreifachschiffahrt. Pantom. Karline aus Pantom. Passe-partouts haben Gültigkeit. Sonnabend: Gr. Sommerfest. — In Vorbereitung: Gebr. Buchholz, große Poffe mit Gesang in 3 Akten von D. Schulz.

Apollo-Theater.

Zum 48. Male: Don Juan in der Hölle. Phantastische Ausstattungs-Burleske mit Gesang u. Tanz in zwei Bildern von Benno Jacobson, Musik von Will. Rosenzweig, in Szene gesetzt v. Direktor Glück. Ferner: 20 Spezialitäten ersten Ranges. Vor der Vorstellung: Grosses Garten-Konzert. Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr, Konzert 7 Uhr, Anf. der Vorst. 8 Uhr.

Concerthaus

Leipzigerstr. No. 45. Letzte Saison vor dem Abbruch. Täglich: Hoffmann's Quartett und Humoristen. Anfang: Sonntag 7. Wechent. 8 Uhr.

Schweizer Garten.

Am Königs-Thor. Haltestelle der Ringbahn. Täglich: Theater u. Spezialitäten-Vorstellung, Volksbelustigungen. Sonntag Ball. In Wochentagen freier Damenanzug. Auch ist die Kasse für den Anfang des Konzerts 4 1/2 Uhr, der Vorstellung 6 Uhr. Billets zu ermäßigten Preisen in Handlungen. Größeren Vereinen empfehlen wir unser Stablisement (mit Vorstellung und Ball) zur Abhaltung ihrer Sommerfeste (speziell Sonnabends).

Adolph Neumann's Sommergarten

Brunnenstraße 150. Jeden Sonntag: Grosses Garten-Freikonzert. Zwei verdiente Regelbahnen. Schöner Garten im Norden. Die Kasse für den Anfang des Konzerts 4 Uhr. In Wochentagen ist Garten und Saal, 2000 Personen fassend, an Vereine zu vergeben. Mehrere Sonnabende sind noch frei.

Max Klem's Sommer-Theater.

Gasenhalde 14/15. — Geschäftl. Leiter: Paul Hilbitz. Täglich: Große Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung. Ulrich's Wunder-Tauben. — The Dissenato's. — Charl Gnoyn, Barock. — Paul Troy, Charakterkomiker. — Franziska Wünsche, Souflette. — Max Kientler, Eberlsänger. Martha Reinshagen, Chansonette. Neu! Berlin, wie's lebt und radelt. Neu! Poffe mit Gesang in 2 Akten von J. Bissner. Ehestands-Kandidaten, Lustspiel in 1 Akt von Friedrich. Vor und nach der Vorstellung: Grosses Doppel-Konzert. In den beiden Sälen: Grosser Ball. Anfang des Konzerts 4 Uhr, der Vorstellung Wochentags 6 Uhr, Sonntags 5 Uhr. Max Klem.

Ausstellung am Kurfürstendamm.

CARL HAGENBECK'S INDIEN. Mittwoch, den 29. Juni, nachmittags 6 Uhr: „UNNOPRASSUN“ die feierliche Taufe des am 15. Juni geborenen Hindu-Kindes „Berlin Wadiwo“, verbunden mit religiösen Zeremonien der Brahminen. — Um 8 Uhr: Gr. Vorstellung in der Arena. Mit eintretender Dunkelheit: Festzug der Indier mit Elefanten etc. unter Fackel-Beleuchtung und Bengalfeuor. Gr. Militär-Doppel-Konzert. Indisches Theater. Entree 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Otto Müller, Rauchstr. 37.

Weiss- u. Bayrisch-Bier-Lokal mit schottigem Garten. Gr. Mittagstisch nach Auswahl incl. Bier 50 Pf. Reichhaltige Abendst. von 30 Pf. an. Vereinszimmer. Fr. Billard. Jeden Donnerstag: Frei-Konzert. (5504L)

Prater-Theater,

Kastanien-Allee 7/9. Täglich: „Friede auf Erden“. Lebensbild mit Ges. u. Tanz in drei Akten von Hugo Schütz. Musik u. K. Kersten. Eugenie Formes, Kostüm-sondrie. Gebr. Milano, Grottesque-Quett. Ostrani Troupe, russ. Grenat. The 3 Wartons, Barriere-Akrobat. Mr. Barna mit 3 dress. Hottent. Ballet. Pantomime. Konzert und Ball. Anf. 4 Uhr. Eintritt 30 Pf., refer. Play 50 Pf. Kalbo.

Puhmann's Vaudeville-Theater

Inhaber F. Puhmann, Schönb. Allee 148, Kastanien-Allee 97/99. Täglich: Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung mit stets neuem Programm.

Zentral-Verband der Töpfer und Berufsgenossen Deutschlands (Filiale Berlin).

Mittwoch, den 29. Juni, abends präzis 6 Uhr, im Lokale von Buske, Grenadierstraße 33: Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Joel über: „Ist der Mensch für seine Handlungen verantwortlich zu machen?“ 2. Kassenbericht. 3. Gewerkschaftliches, Gänge willkommen. Der Vorstand. 105/6

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Rixdorf. Mittwoch, den 29. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Klenke, Bergstraße 137: Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Bericht der Kommission der Bauhölzer. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Beschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen ersucht. Der Vorstand. 105/7

Achtung! Zimmerer! Achtung!

Mittwoch, den 29. Juni, abends 8 Uhr: Sitzung der Platz-Deputierten bei Lange, Dragonerstraße Nr. 15. Es ist nötig, daß jede Arbeitsstelle einen Vertreter sendet. Die Lohnkommission. 254/10

W. Noack's Theater

Brunnen-Strasse 16. Täglich im schönen Garten: Theater- und Spezialitäten-Vorstellung. Handel und Wandel. Charakterbild in Gesang u. Akt. Neo! Neo! Junge oder Mädchen. Anschauungsbild mit Gesang und Tanz von Carlos Duchow. Musik von Pal. Am Saal: Grosser Ball.

Südbahn-Park,

Am Kaiserin-Vieh. Größtes Vergnügungs-Etablissement des Ostens, mit neuerbauten prachtvollen Festsälen. Täglich: Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung. Anfang des Konzerts: Montag 5 Uhr, Sonntag 4 Uhr. Entree. Wochent. à Berlin 10 Pf. Sonnt. 20 Pf. Abnd. 10 Pf.

Achtung! Achtung! Feldschlößchen.

Die Sonntage der Winterfassen sind an Theatervereine zu vergeben. 5247/6 Fritz Nagel.

Reichshallen-

Garten-Theater. Leipzigstr. 77. Das Beste vom Besten, was bisher über die Bretter gegangen ist: Berlin auf Stelzen! Von W. Agoston und K. Wilhelm. Ferner: 20 Spezialitäten 1. Rang. Sonntag 7 Uhr. Wochentags 8 Uhr. Entree 50 Pf. Familien-Vorzugsbillets gültig. Bei ungenügender Witterung im großen Theatersaal. Halbrömer, gut erhalten, verkauft preisw. Berner, Elisabeth-Ufer 11, II.

Geschäfts-Verlegung.

Die, mit zur Nachricht, daß sich meine Glaseri, Spiegel- und Bilderrahmen vom 2. Juli d. J. ab nicht mehr Brangelstr. 110, sondern vis-à-vis 54557, befindet. — Zur Anfertigung aller in mein Fach einschlagenden Artikel hält sich nach wie vor bestens empfohlen. Carl Scholz.

Cacao

Einen Weltraf!

van

In allen Ländern findet man ihn am Frühstückstisch.

houten

Für 2-3 Mark

Recht sehr groß, zu Ruhestörungen, Reize zu Herrenausgängen, schöne Muster 7-10 W. Für 12 W. f. Chemisch auch Reisingarn, Paletot und Dolentze so lange der Vorrath reicht im Riesenschloßlager Kranjestr. 14, I., kein Laden. 4 1/2 Pf. Brot 50 Pf. liefert (5046) Albrecht's Bäckerei, Brangelstr. 8, Rangstr. 26. Holtenheiner, 28. Zankstr. 2

Ausnahme-Preise

von Dienstag bis Sonnabend,

so lange der Vorrat reicht,

Fahrräder, modern und solid gebaut, mit Continental-Pneumatic 120 Mk.

Signal-Glocken 23 u. 65 Pf.
Amerik. Glocken 1.40, 1.50, 1.75 Mk.
Email. Glocken, alle Farben, 1.60 Mk.
Radfahrerschloss mit Kette 75 Pf.
Oelkannen, vernickelt, 35 Pf.
Radfahr-Schnürschuhe, 8.50 Mk.

Radfahr-Strümpfe,
Sweaters, Mützen u. s. w.

Rahmentaschen für die Reise

Vorderseite aufklappbar,
Leder, weich gearbeitet
Größe ca. 16x35x30 cm 5.40 Mk.
Größe ca. 16x42x30 cm 7.20 Mk.
Größe ca. 18x48x30 cm 10.40 Mk.
Grün Schilffleinen, weich gearbeitet
Größe ca. 13x35x29 cm 4.60 Mk.
Größe ca. 14x41x28 cm 4.50 Mk.
Größe ca. 16x53x29 cm 5.— Mk.
Grün Schilffleinen, steif gearbeitet
Größe ca. 16x48x28 cm 4.50 Mk.

Leder, steif gearbeitet
Größe ca. 13x32x25 cm 4.40 Mk.
Größe ca. 13x36x34 cm 6.— Mk.
Größe ca. 13x38x41 cm 8.50 Mk.
Braun Segeltuch, weich gearbeitet
Größe ca. 14x33x28 cm 1.50 Mk.
Größe ca. 15x43x29 cm 3.25 Mk.
Größe ca. 17x48x29 cm 3.— Mk.
Wachstuch, steif gearbeitet
Größe ca. 12x44x32 cm 2.80 Mk.
Größe ca. 16x47x41 cm 3.— Mk.

Fusspumpen für jedes Ventil 3.25 Mk.

Maschinen-Oel, Blechkanne, 45 Pf.

Brenn-Oel, Blechkanne, 45 Pf.

Fucosin zum Dichten der Luftschiküche 3.25 Mk.

Grosse Auswahl in:

Sporen, Jagdtaschen,
Patronengürtel,
Gewehrfutterale u. s. w.

Warenhaus A. Wertheim

Die Mitglieder der 6415L.
Freien Volksbühne
und der
Freireligiösen Gemeinde
genehmigen laut Vertrag mit der **Victoria zu Berlin**
besondere Vergünstigungen derart, daß bei **Volk- und Kinder-**
Ver sicherungen und bei **lebenslänglichen Eisenbahn-Ausfall-**
Ver sicherungen (letztere mit nur einjähriger Wochenprämie) die
Aufnahmegebühren (sowohl bei größeren Lebens- und Unfall-
Ver sicherungen die Policengebühren nicht berechnet wird.
Ver sicherungs-Aufträge nimmt schriftlich und mündlich entgegen.
E. Vogtherr, General-Agentur,
Stephanstr. 30.

Bitte zu lesen!
Brauerei Werm, Zionskirchstr. 39.
Das Verbot der Saccharin-Verwendung bei der Herstellung von Bier ist von der Reichstagsmehrheit angenommen worden und tritt mit dem 1. Oktober d. J. in Kraft. Dieser künstliche Süßstoff enthält durchaus keinen Nährwert und dient eigentlich nur dazu, den geschäftigen, teilweise schlechten Geschmack des Bieres zu verdecken. Infolge dessen erlaube ich mir hierdurch nochmals bekannt zu machen, daß ich bei meinem **Breslauer Weizenbier kein Saccharin**, sondern nur den reinsten **Kaffinsäurezucker**, sowie das beste **Malz** und den edelsten **Hopfen** verwende. Weinen vorzuziehen Kunden, welche ich bisher ein reelles und wirklich nahrhaftes Bier; das keine Fäule, die 1/2 Liter, mit 8 Pf. Inhalt und nur in der **Brauerei** gefüllt für **1.10** frei ins Haus. Auch in Flaschen zu 10 Pf. sende ich mein **Breslauer Weizenbier** nach allen Gegenden Berlins und literweise ist dasselbe vormittags von 6-12 Uhr, an Sonn- und Feiertagen von 7-10 Uhr in meiner **Brauerei** und in meiner **Offense, Selterstr. 35** am Wedding, zu haben. — **Pro Liter 15 Pf.** — Hüter und Flaschen sind mit meiner **Stempel** versehen, worauf ich noch besonders zu achten bitte.
August Werm, Brauereibesitzer,
39 Zionskirchstr. 39.

Zahnärztliches Institut
Spr. 8 1/2 - 6. ● Karlstr. 20 A. ● Sonnt. 9-12.
Unentgeltlich: Zahnziehen u. Behandl. v. Mundkrankheiten.
Plomben, Zahnersatz die bekannten Institutspreise.

Homöopath. Klinik, Wasserheilverfahren
Linienstr. 127, 8-10, 5-7, f. Krankh. d. Brust, Verdauungs-,
Unterleibsorgane, der Haut, Nerven, Rheuma.
Fordern Sie nur den vorzüglich schmerzenden
preisgekrönten dänischen Kantabak
aus der größten Tabakfabrik Dänemarks **C. W. Obel, Kopenhagen** und
Kopenhagen. — General-Vertrieb für Berlin: **Carl Röcker,**
Grüner Weg 8. 54012

Direkt von Aachen!
der ersten Tuchfabrikstadt Deutschlands, versenden wir zu
bekannt billigen Preisen berühmte prämierte Aachener und
andere erstklassige **Anzüge, Paletots** etc. in unüber-
triffl. Stoffe an **Tausende Empfehlungen** und die stätliche nachweis-
bare Anzahl von ca. 30 000
Kunden beweisen unsere hervorrag. Leistungsfähigkeit.
Muster vom Einfachsten bis Hochfeinsten franko an jedermann.
unsere berühmte Spa-
zialität, echtfarbig, rain-
wollig, modern, 3 Meter
Monopol-Cheviot
zum godiogenen Anzuge 12 Mark! [23/17*
Wilkes & Cie., Tuch-Industrie, Aachen No. 78.

Zähne.
Das rühmlichste bekannte, alirenommierte Zahnärztliche
bisher Gr. Nr. 10, **Grünstr. 231,** Gertraudenstr. 10.
jetzt nur
Die früher allerbest exist. Zähne v. 2 Mk. an,
10jähr. Garantiefchein. Auf Wunsch Teilzahlung.

Ran trinke:
Original-Löwenbitter
Das beste für den Magen.
In Flaschen
à **1.10, 1.10 u. 1.80.**
Wo nicht vorhanden, bitte zu
verlangen. [50482*
R. F. Mittelstädt
Behandlung und Kaffee-Fabrik
N., Brunnenstr. 152.

Dür 36 Mark
fertige feine Anzüge nach Maß, für
30 W. ff. Sommerpolster nach Maß,
für 6-12 W. feine Hosen nach Maß.
Riesenhofflager
Krausenstr. 14, I, kein Laden

Senfel
ist ohne Gnade sicher allen Wan-
gen sammt deren Brutt durch das
sichere sicher wirkende **Concen-**
trirte Wangen-Fluid (Flasch.
zu 50 Pf., 1.00, 2.00, 3.00
und
Vierfache 1.00, Spritz-
Apparat 50 Pf. Verhindert
dauernd jede Wiederkehr, durch-
bringt Zapfen und Stoffe und
berührt alle Nester bis auf den
letzten Rest. Hinterläßt nirgend
Neste. Ist völlig geruchlos und
nicht feuergefährlich. Der
Senfel
holt auf der Stelle alle Schwä-
chen milde und der ganzen Brutt
bei der geringsten Berührung
mit **Poudre Martial** in
Paketten zu 50 Pf., 1.00,
2.00 und das Pfund 4.00.
Tödtet wie kein zweites Mittel
absolut sicher.
Günstig mögliche Ausrottung
und totale Vernichtung. **Garant-**
ie für radikalen Erfolg!
Bislangende Anerkennungen bis
aus den fernsten Ländern.
Diese altbewährten gefest ge-
schäftigen Spezial- Mittel sind
einzig und allein nur direkt zu
haben bei
51862*
Otto Reichel
Berlin SO., Eisenbahnstr. 1
gegenüber der Markthalle.
Nirgendwo weiser! Alle Be-
stellungen sofort frei nach jeder
Wohnung.
Fernsprecher Amt IV, Nr. 3190.

Senfel
ist ohne Gnade sicher allen Wan-
gen sammt deren Brutt durch das
sichere sicher wirkende **Concen-**
trirte Wangen-Fluid (Flasch.
zu 50 Pf., 1.00, 2.00, 3.00
und
Vierfache 1.00, Spritz-
Apparat 50 Pf. Verhindert
dauernd jede Wiederkehr, durch-
bringt Zapfen und Stoffe und
berührt alle Nester bis auf den
letzten Rest. Hinterläßt nirgend
Neste. Ist völlig geruchlos und
nicht feuergefährlich. Der
Senfel
holt auf der Stelle alle Schwä-
chen milde und der ganzen Brutt
bei der geringsten Berührung
mit **Poudre Martial** in
Paketten zu 50 Pf., 1.00,
2.00 und das Pfund 4.00.
Tödtet wie kein zweites Mittel
absolut sicher.
Günstig mögliche Ausrottung
und totale Vernichtung. **Garant-**
ie für radikalen Erfolg!
Bislangende Anerkennungen bis
aus den fernsten Ländern.
Diese altbewährten gefest ge-
schäftigen Spezial- Mittel sind
einzig und allein nur direkt zu
haben bei
51862*
Otto Reichel
Berlin SO., Eisenbahnstr. 1
gegenüber der Markthalle.
Nirgendwo weiser! Alle Be-
stellungen sofort frei nach jeder
Wohnung.
Fernsprecher Amt IV, Nr. 3190.

B. Günzel, Lothringerstr. 52. Spezialität: **Porträts**
sozialistischer Führer,
Vassale, Marx u. in Cigaretten, Pfeifen, Radein, Broden, Knöpfen, Wäfen,
Bildern u. dgl., sowie jede Drechslerwaare u. Repar. (Ran verl. Preisdrant.)
Werkstatts-Bekleidung für jedes Gewerk
kauft man gut und billig bei [5187L*
Adolf Wecker, Molkenmarkt 3, Blusenfabrik für alle Gewerke.

Kranzbinderi u. Blumen-
handlung von 50482*
Robert Meyer,
No. 2. Mariannenstr. No. 2.
Bildungs-Kränze, Guirlandes, Bast-
sträußen, Bouquets u. werden sehr
geschmackvoll und preiswerth geliefert
Dr. med. Schaper,
prakt. homöopath. Arzt u. Spezialarzt f.
Haut, Gorn, Geschlechtsleiden,
Frauenkrankheiten. Spr. 9-1, 4-8.
Schöneberger Ufer 25.
Homöopath. Poliklinik:
Montag, Mittwoch, Sonnab. 10-7-8.
Große Hamburgerstr. 20. I.

Haut- und Harnleiden
heilt gründl. **Gombos, Haedecke,**
Rosenthalerstr. 23. 9-11, 3-5. *
Sommerproffen sicher
gründl. in kurz. Zeit zu entfernen. 2.50
Gesichtspickel, Finnen,
Gourdihe. schnell und radikal zu be-
seitigen 2.—. Garantie gegen Wieder-
kehr oder Nachschub. Viele glänzende
Dankschreiben. Nur direkt 4. [4744L*
Reichol, Spezial. Bergh. Eisenbahnstr. 4.

Betten, Steppdecken, Gardinen,
Anzüge, Sommerpalet,
Kempulohrchen, Regulatoren, Kieffe-
teller, Dampfgläser, sportlich Wand-
leche **Reanderstr. 6.** [40955*
Sophastoffe
auch **Reste**
in Nips, Damast, Grobe,
Whantise, Gebelstn und
Wisch (voitbillig!) [40712*
Proben franko!
in allen Qualitäten
zu Fabrikpreisen.
Emil Lafèvre, Berlin S.,
Craucisstr. Nr. 158.

Möbel
verliehen gemessene und neue, stannend
billig. Teilzahlung gestattet.
Beamteten ohne Anzahlung. 49054*
Neue Königstraße 59
und **Gneisenaustraße 15.**
Fahrräder
Stets großes Lager erstklass. Fabrik-
rate auf
49092*
Theilzahlung
ohne Preisverhöhung zu den konstantesten
Zahlungsbedingungen.
Reparatur-Anstalt.
Adomeit & Landau,
Lothringerstraße 48 I,
dicht am Rosenthaler Thor.
Defikation zu verkaufen Pflaster-
straße 33. 42455

Möbel
verliehen gemessene und neue, stannend
billig. Teilzahlung gestattet.
Beamteten ohne Anzahlung. 49054*
Neue Königstraße 59
und **Gneisenaustraße 15.**
Fahrräder
Stets großes Lager erstklass. Fabrik-
rate auf
49092*
Theilzahlung
ohne Preisverhöhung zu den konstantesten
Zahlungsbedingungen.
Reparatur-Anstalt.
Adomeit & Landau,
Lothringerstraße 48 I,
dicht am Rosenthaler Thor.
Defikation zu verkaufen Pflaster-
straße 33. 42455

Feuerstein's Festsäle
Alte Jakobstrasse 75. I*
Juh. Martin Herzberg.
Grosse und kleine Säle zu
Versammlungen unentgeltlich, so-
wie Sommer- u. Winterfestlich-
keiten b. koulanten Bedingungen.
auf I*
Möbel Teilzahlung.
Neue
J. Kellermann, Jacobstr. 26.

Gähnerfütter, Taubenfütter, ver-
renter 4-5 W. offeriert Getreide-
reicher **Wasserküch. 29.** 50012*
Gaslöcher, Sparsystem 2 1/2, Zwei-
loch 6, Dreiloch 15.
Gasdrücken 10 W. Gasplättchen bil.
Wohauer, 4070b.
26/27, Wallnertheaterstrasse Nr. 26/27.
Goldabfälle, Gold, Silber, Schrot-
gold, Zinn, Platin
kauft die Schmelz-Anstalt Zimmer-
straße 32. 54793*
Fahrräder, I a
habilitat, unter Garantie zu touf.
Teilzahlung bei mäßig Anzahlung
direkt in d. **Fabrik Diefendachstr. 33.**
Gasmotor, 2
Zylinderföhrig, fast neu, vorzüglich.
50003* **Craucisburgerstr. 11.**

„Vorwärts“
eine milde und sehr preiswertige
Algarre, Sumatra mit feilz Brafil,
à 40 W. franko. Probegehret
à 4 W. ab hier, besteht bei Jecher-
mann, empfeht gegen Radmanne
H. Reichel, Altona-Westfalen.
Mühlensstraße 8. a. d. Ober-
baumstraße, 5 Min. von Station
Warschauerstraße, sind v. I. O-
tober frdl. Hofwohnungen
a. 1 u. 2 Stuben nebst allem Ju-
belde v. 72-94 Thaler zu ver-
mieten. 54032*
Näheres besteht beim **Verwalter.**

Redl. Schlafst. f. 2 ant. Orn. zu verm.
bei Frau **Reinhard, Bruchstr. 63.** [41948
Ein **Pferst. möbl. Jim. f. 1 oder**
2 Pers. f. 16 W. (sof. a. um. **Vaußger-**
straße 13, v. IV z. 41148
Redl. Schlafst. f. Herren Mantelst.
straße 51, v. I Tr. z. 42005
Redl. Schlafst. f. O. Raungr. 18,
2 Tr. I. 42206
Redl. Schlafst. f. O. Reichstr. 8,
v. 4 Tr. bei Pflst. 42348
Häblich möblirte Schlafstube zu vm.
Brow. Güttel, Waldenstr. 15, vom
3 Tr. 42206
Redl. Schlafst. bei Fr. **Rudolph,**
Krausenstr. 8, d. 4 Tr. z. 42306
Schlafst. f. O. Ritterstr. 72, d. z.
Redl. Schlafst. zu vm. **Montaufer-**
straße 115, v. 4 Tr. d. Winkelnom.

Goldleisten.
Farbigemader, Becklberer u.
Malschingerbinder f. dauernde
Stellung. Preisverhandlung erfolgt
nach halbjähriger Arbeit.
H. Dencke, Goldleisten-Fabrik,
Offen (Rheinland).

Herren-
Anzug, eleg. die, nach Maß,
reine Wolle, neueste Muster, poet
Knöpfe, in guten Futterstoffen,
unter Garantie für tadellosen
Sitz, für 25-30 W., offeriert
A. Priester,
Lieferant d. **Spavereins **Rocholt,****
sowie Lieferant des **Verbandes**
Deutscher Beamten-Vereine,
Große **Franfurterstraße 40.**

Arbeitsmarkt.
Karton- Arbeiterinnen verlangt
Neue **Friedrichstraße 48.**
Bergelder verl. **Biering, Wolgater-**
straße 10. 42426
Eine **kleine **Verguldpapierfabrik** sucht**
einen tüchtigen

Andruker
und eben solchen
Maschinenmeister
für seinen **Chromdruck (Johannis-**
berg) bei höchstem **Wochenlohn.** Es
wird nur auf **selbständig arbeitende**
Kräfte mit langjähriger **Erfahrung**
u. **Praxis-Jaargnissen** reflektiert. **Offert.**
mit **Zeichnungen, Lebenslauf** und **An-**
sprachen an **E. K. 1971 an Rudolf**
Wolke, Prinsenstr. 41.

Mehrere **Reisende für den Ort,**
wohin sie
wohnen, **gelübt. Kaufmännische Bil-**
dung und **Branchenkenntnis** nicht er-
forderlich. Offerten mit der **Adresse**
„Neuchel“ Nr. 1111 postlag. W.-
Glückbad.
Näherin a. **einfache **Damenpfeifen-****
binden verl. **Gensner, Oppelner-**
straße 48, vt. 42458

Schilbermaler,
nur **selbständige **erste **Kraft,** findet****
unbegabte **Jahreslohn.** **Offerten** an
A. Frei, Schilbermaler, Zürich
(Schweiz). 25/20*

Kardiguanerin verlangt **Gold-**
leisten **Fabrik**
Neu-**Weihenaufer, Streustraße 42.**
Eine **Schreibschleifstein** verl. **Schritt-**
gleicher **Otto **Tsch, **Dreddenstr. 69.******
Kraft. **Arbeitsbucher verl. **Paul**
Michaels, Knopffabrik, **Reichenstr. 40.****

Celluloid-Arbeiter auf **Schreib-**
niffen **sucht **Stellung** auf **Wochenlohn.****
22 **Jahre alt. **Paul **Langner, **Röpo-******
nickerstraße 77/78 bei **Reuch. 42288****

Goldleisten.
Farbigemader, Becklberer u.
Malschingerbinder f. dauernde
Stellung. Preisverhandlung erfolgt
nach halbjähriger Arbeit.
H. Dencke, Goldleisten-Fabrik,
Offen (Rheinland).